

Vorlage Nr. 19/131-L/S
für die Sitzung der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 06.04.2016

**Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017
für die Produktpläne Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

A. Problem

Am 29. September 2015 hat der Senat die Eckwerte für die Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 sowie die Planung für 2018 bis 2010 beschlossen. Ausgehend von einer Analyse der strategischen Ausgangslage und unter Berücksichtigung von gesetzlichen Vorgaben sowie gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat der Bremische Senat mit diesem Beschluss die Finanzrahmen für die Haushalte der Jahre 2016 und 2017 sowie für die Finanzplanung für die Jahre 2018-2020 festgelegt. Der Senat hat am 08.12.2015 die maßnahmenbezogene Investitionsplanung und zuletzt am 08.03.2016 die Ergebnisse der Revisionsgespräche (Berücksichtigung von Mehrbedarfsanmeldungen) beschlossen. Entsprechend der Terminvorgabe sollen Haushaltsentwürfe für 2016/2017 zwischen dem 21.03.2016 und dem 08.04.2016 den Fachdeputationen vorgelegt werden. Mit dieser Vorlage folgt der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen diesem Beschluss und legt den Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2016/2017 einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung und die Finanzplanung für die Jahre 2018-2020 vor.

B. Lösung

1. Gesamtrahmen für das Land Bremen

Ausgehend von vorliegenden und hergeleiteten Einnahmen- und Ausgabepositionen wurden für das Land und für die Stadtgemeinde Bremen die finanziellen Gesamtrahmen festgelegt, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind:

Tab. 3: Ausgangswerte für die Fortschreibung des Finanzrahmens 2015/ 2020
Land und Stadtgemeinde Bremen; in Mio. €

Einnahme-/ Ausgabe-Positionen	Ist		Basis	Planung		Fortschreibung		
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Steuerabhängige Einnahmen 1)	3.138	3.390	3.358	3.566	3.706	3.842	3.982	4.100
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 8,04	- 0,96	+ 6,22	+ 3,92	+ 3,66	+ 3,65	+ 2,96	
Sonstige konsumtive Einnahmen	690	728	674	681	699	685	687	678
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 5,45	- 7,41	+ 1,03	+ 2,69	- 2,02	+ 0,32	- 1,37	
Investive Einnahmen	103	89	110	107	118	121	116	110
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 13,83	+ 23,37	- 3,00	+ 10,48	+ 2,35	- 4,17	- 4,52	
Bereinigte Einnahmen	3.931	4.207	4.142	4.354	4.523	4.648	4.785	4.888
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 7,02	- 1,56	+ 5,13	+ 3,89	+ 2,75	+ 2,95	+ 2,15	
Personalausgaben	1.191	1.239	1.284	1.305	1.334	1.352	1.369	1.387
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,99	+ 3,68	+ 1,64	+ 2,22	+ 1,30	+ 1,30	+ 1,30	
Zinsausgaben	611	539	568	587	596	605	625	635
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	- 11,75	+ 5,37	+ 3,38	+ 1,53	+ 1,51	+ 3,31	+ 1,60	
Sozialleistungsausgaben	766	830	856	875	892	908	923	936
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 8,39	+ 3,10	+ 2,20	+ 2,00	+ 1,80	+ 1,60	+ 1,40	
Sonstige konsumtive Ausgaben	1.493	1.551	1.533	1.581	1.612	1.622	1.623	1.643
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 3,83	- 1,16	+ 3,14	+ 1,98	+ 0,61	+ 0,05	+ 1,25	
Investitionsausgaben	526	627	465	456	462	470	456	434
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 19,17	- 25,90	- 1,86	+ 1,36	+ 1,62	- 2,97	- 4,74	
Ausgleichsmittel				50	50	50	50	50
Bereinigte Ausgaben	4.588	4.786	4.705	4.854	4.947	5.006	5.045	5.085
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 4,32	- 1,68	+ 3,16	+ 1,91	+ 1,21	+ 0,78	+ 0,78	
Primärausgaben	3.977	4.247	4.138	4.267	4.351	4.401	4.420	4.450
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+ 6,79	- 2,57	+ 3,13	+ 1,97	+ 1,16	+ 0,43	+ 0,67	
Finanzierungssaldo	-656	-578	-564	-500	-423	-359	-261	-197
Primärsaldo	-45	-39	4	87	173	246	364	438
Bereinigungen	240	82	186	108	109	106	95	91
Strukturelles Defizit	-416	-496	-378	-392	-315	-253	-166	-105
Zulässiges strukturelles Defizit	-785	-673	-561	-448	-336	-224	-112	0
Differenz	368	176	183	56	21	-29	-54	-105

† Ab 2018: Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2016

Stand: 24. September 2015

Noch ohne Zuordnung der Ausgleichsmittel und unter Berücksichtigung der derzeit berechenbaren Sondereinflüsse bei den einzelnen Ausgabearten betragen die

durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten für das Land Bremen im Planungszeitraum für

Personalausgaben:	1,6 %
Sozialleistungsausgaben:	1,8 %
Sonstige konsumtive Ausgaben:	1,4 %
Investitionsausgaben:	-1,3 %

2. Eckwertvorschläge / Allgemeines / Personalhaushalt

2.1 Eckwertvorschläge für die Produktpläne Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Aus dem oben in der Tabelle dargestellten Finanzrahmen wurden die Eckwertvorschläge der jährlichen Produktplanhaushalte abgeleitet. Insgesamt werden damit in den Produktplänen Wirtschaft, Arbeit und Häfen die notwendigen Handlungserfordernisse abgedeckt.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Eckwert-Vorschläge für die Produktpläne Wirtschaft, Arbeit und Häfen:

Im Produktplan 71 Wirtschaft stehen für die laufenden und neuen Maßnahmen (d.h. ohne Zins-, Tilgungs- und Personalausgaben) rd. 93,9 Mio. € (2016) und 90,5 Mio. € (2017) zur Verfügung. Davon entfallen auf Investitionen (ohne Tilgung) in 2016 rd. 62,5 Mio. € und in 2017 rd. 57,3 Mio. €. Für konsumtive Ausgaben sind in 2016 rd. 31,4 Mio. € und in 2017 rd. 33,2 Mio. € vorgesehen. Aus diesem Volumen sind im Wesentlichen bereits beschlossene Maßnahmen und institutionelle Förderungen zu finanzieren. Doch bleiben im Rahmen der Drittmittelprogramme wie EFRE, EMFF und GRW sowie GAK noch nicht gebundene Mittel in Höhe von insgesamt rd. 20,9 Mio. € im Jahre 2016 und 29,8 Mio. € im Jahre 2017, über deren Verwendung noch zu beschließen ist.

Der Produktplan 31 Arbeit ist geprägt durch seinen hohen konsumtiven Anteil. Hier stehen insgesamt rd. 29,1 Mio. € (2016) und 32,5 Mio. € (2017) für die beschlossenen und neuen Maßnahmen zur Verfügung, wobei die Mittel aus dem neuen ESF-Programm 2014-2020 mitberücksichtigt sind.

Im Produktplan 81 Häfen stehen in 2016 rd. 83,3 Mio. € und in 2017 rd. 90,7 Mio. € zur Verfügung. Dadurch wird es möglich sein, die bereits beschlossenen Aufgaben wie z.B. den Bau des OTB weiterhin umzusetzen.

In der Anlage 1 sind die für das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgeschlagenen Eckwerte zusammenfassend dargestellt.

Mit diesen Eckwertfestsetzungen können somit zentrale Projekte des Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Häfen fortgesetzt bzw. begonnen werden und damit politische Schwerpunkte des Ressorts umgesetzt werden.

Die Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der vorgeschlagenen Eckwerte realisiert werden sollen, sind in der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung aufgezeigt, die von dem Bremischen Senat am 08.12.2015 beschlossen worden ist (s. Anlage 2).

Die als Anlage beigefügten Haushaltspläne für die Produktpläne 71 Wirtschaft, 31 Arbeit und 81 Häfen zeigen die Finanzmittel, die bei den entsprechenden Haushaltsstellen veranschlagt worden sind. (Anlagen 3, 4 und 5)

2.2. Neue Produktgruppenstruktur

Im Rahmen des "Wirkungsorientierten Haushalts" wurde mit der Haushaltsaufstellung 2016/2017 eine neue Produktgruppen- und Haushaltsstellensystematik entsprechend der Aufgabenschwerpunkte konzipiert und umgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde eine im Vergleich zu früheren Jahren sehr differenzierte, schwerpunktorientierte Programmgruppenstruktur implementiert. Im Produktgruppenhaushalt wird jede Produktgruppe neben der Finanz- und Personaldaten auch mit entsprechenden, produktgruppenspezifischen Leistungskennzahlen dargestellt. Dadurch wird eine noch transparentere Darstellung der Förderschwerpunkte und eine bessere und detaillierte Darstellung und Kontrolle der Umsetzung und Wirkungen ermöglicht.

Zum anderen wurden nun auch die Sondervermögen und die zentralen Beteiligungsgesellschaften, die in dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen liegen, mit in die Produktgruppensystematik einbezogen. Dadurch soll das Engagement des Ressorts in diesen Einrichtungen und die Ergebnisse und Wirkungen dargestellt und dokumentiert werden. Die Berichtspflich-

ten und die ausführlichen Informationen wie die Controllingberichte über die Sondervermögen und Beteiligungsgesellschaften bleiben weiterhin bestehen.

Um die Ergebnisse der Umstrukturierung der Produktgruppen nachvollziehbar darzustellen, wird die neue Produktgruppenstruktur unten im Vergleich zu der alten, bis Ende 2015 gültigen Produktgruppenstruktur dargestellt.

Produktplan 71 Wirtschaft:

Bis Ende 2015	Ab 2016
<p>71.01 Wirtschaftsstrukturpolitik 71.01.01 Wirtschaftsstrukturpolitik</p> <p>71.02 Sektorale Wirtschaftsförderung / Sonstiges 71.02.01 Sektorale Wirtschaftsförderung / Sonstiges</p>	<p>71.01 Wirtschaftsförderung 71.01.01 Mittelstand/Industrie/Aussenhandel (L) 71.01.02 Innovation / Technologie (L) 71.01.03 Gewerbeflächen / Regionalplanung (S) 71.01.04 Gewerbeflächen / Regionalplanung (L) 71.01.05 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (S) 71.01.06 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (L) 71.01.07 Wirtschaftsförderung Bremerhaven (L) 71.01.08 EU-Programme / -Planung (L)</p> <p>71.90 Zentrale Dienste 71.90.01 Zentrale Dienste</p> <p>71.99 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift.+AöR 71.99.01 SV Gewerbeflächen (L), Teil-SV HB +Brhv. 71.99.02 SV Gewerbeflächen (S), Teil-SV HB +Brhv. 71.99.03 Sondervermögen Überseestadt (Stadt) 71.99.10 WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH 71.99.11 Großmarkt Bremen GmbH 71.99.12 Fischereihafen-Betriebsgesell.mbH, Brhv. 71.99.13 Besitzgesell. Science Center Bremen GmbH 71.99.50 BAB Bremer Aufbau-Bank GmbH</p>

Bis Ende 2015 gliederte sich der Produktplan „71 Wirtschaft“ in zwei Produktbereiche. Während in dem Produktbereich „71.01 Wirtschaftsförderung“ alle Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung in einer gemeinsamen Produktgruppe dargestellt waren, wurde in dem zweiten Produktbereich „71.02 Sektorale Wirtschaftsförderung / Sonstiges“ sowohl die sektorale Wirtschaftsförderung wie die Landwirt-

schaftsförderung und Verbraucherschutz als auch der allgemeine Haushalt der Produktpläne Wirtschaft und Häfen abgebildet.

Ab 2016 werden die Förderschwerpunkte in dem Produktbereich „71.01 Wirtschaftsförderung“ in der jeweiligen Produktgruppe mit Finanz- und Personaldaten sowie Leistungskennzahlen ausgewiesen. Darüber hinaus sind in einigen Produktgruppen entsprechend der Landeshaushaltsordnung eine Differenzierung nach dem Landes- und Stadt-Haushalt vorgenommen worden.

In der aktuellen Legislaturperiode sind die Aufgaben für die Landwirtschaftsförderung an den Senator für Umwelt, Bau, und Verkehr und die Verbraucherschutzförderung an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz übertragen worden. In dem neuen Produktbereich „71.90 Zentrale Dienste“ sind die Verwaltungsausgaben des gesamten Ressorts ausgewiesen. Im Gegensatz zu den Haushalten der früheren Jahre sind nun die Verwaltungsausgaben des Produktplans Arbeit auch integriert. Damit ist die verwaltungsmäßige Integration der drei Produktpläne abgeschlossen.

Schließlich werden die Sondervermögen und die wesentlichen Beteiligungsgesellschaften aus dem Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsressorts in dem Produktbereich „71.99 Eigengesellschaften, Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes“ dargestellt.

Produktplan 31 Arbeit:

Im Produktplan 31 Arbeit sind nachstehend genannte Änderungen zu verzeichnen.

Bis Ende 2105	Ab 2016
<p>31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprog. 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr. 31.01.02 Arbeitsförderung im Land Bremen</p> <p>31.02 Soziale Sicherheit 31.02.01 Amt für Versorgung und Integration 31.02.03 Lastenausgleich, Wiedergutmachung</p> <p>31.90 Sonstiges Arbeit 31.90.01 Senatorische Angelegenheiten Arbeit</p>	<p>31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprog. 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr.</p> <p>31.02 Soziale Sicherheit 31.02.01 Amt für Versorgung und Integration 31.02.03 Lastenausgleich, Wiedergutmachung</p>

Hier ist der alte Produktbereich 31.90 Sonstiges, wo die „senatorischen Angelegenheiten Arbeit“ abgebildet waren, abgeschafft und in den Produktbereich „71.90 Zentrale Dienste“ (wie oben dargestellt) integriert worden.

Darüber hinaus ist die Produktgruppe „31.01.02 Arbeitsförderung im Land Bremen“, die eingerichtet worden war, um den Integrationsprozess der bba zu dokumentieren, nun in die Produktgruppe „31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm“ integriert worden, um die Aufgaben auch inhaltlich richtig zuzuordnen. Damit ist die Integration der bba auch haushaltstechnisch vollständig abgeschlossen worden.

Produktplan 81 Häfen:

Auch im Produktplan 81 Häfen ist ab 2016 entsprechend der oben erläuterten Vorgaben und Zielsetzungen eine weitergehende Produktgruppenstruktur eingerichtet worden. Die folgende Tabelle zeigt die neue Struktur im Vergleich zu der alten Struktur:

Bis Ende 2105	Ab 2016
<p>81.01 Häfen 81.01.01 Häfen 81.01.02 Hafenbehörde</p>	<p>81.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur 81.01.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur (S) 81.01.02 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur (L) 81.01.03 Luftverkehrsbehörde 81.01.04 Hafenbehörde</p> <p>81.99 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift.+AöR 81.99.01 Sondervermögen Häfen (S) 81.99.02 Sondervermögen Fischereihafen (L) 81.99.10 bremenports GmbH & Co KG 81.99.11 bremenports Beteiligungs-GmbH 81.99.12 BLG LOGISTIC GROUP AG & Co. KG 81.99.13 Bremer Lagerhaus Gesell. AG v.1877 (BLG) 81.99.14 FlughafenBremen GmbH 81.99.15 Fährn Bremen-Stedingen GmbH</p>

Der Produktgruppenhaushalt wird in Form von Produktplanblättern, Produktbereichsblättern und Produktgruppenblättern aufgestellt und enthält neben den Finanz- und Personaldaten auch die Beschreibung der strategischen Ziele und Aufgaben sowie die Leistungskennzahlen für die jeweilige Ebene. (Anlagen 6, 7 und 8)

2.3. Darstellung der Erforderlichkeit nach Artikel 131a der Landesverfassung:

Für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit der Haushalte, die nach Art. 131 a der Landesverfassung grundsätzlich eine Kreditaufnahme nur bis zur Höhe der Investitionen und nicht zur Deckung konsumtiver Ausgaben gestattet, werden die Produkthaushalte um Erklärungen ergänzt, aus denen hervorgeht, dass die Ausgaben in der veranschlagten Höhe nach gesetzlichen Vorgaben oder aus sonstigen zwingenden Gründen dem Grund und der Höhe nach erforderlich sind und alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden. Die entsprechenden Erläuterungen wurden bisher immer gesondert dargestellt. Mit dem Haushaltsentwurf 2016/2017 wird dieses in den Produktgruppenhaushalt integriert und ist am Ende jeder Produktgruppe zu finden (Anlagen 6, 7 und 8).

2.4. Deckungsfähigkeit / Sonstiges

In den bisherigen Haushalten waren die Ausgaben in den Produktgruppen durch die Haushaltsgesetze (Land und Stadt) untereinander deckungsfähig. Das bedeutete im Haushaltsvollzug sowohl für die Verwaltung als auch für die Gremien eine Vereinfachung und Flexibilität. Allein durch die Ausweitung der Produktgruppenstruktur sind deutliche Einschränkungen der Verwaltung für die haushaltmäßige Umsetzung der Projekte der Wirtschaftsförderung eingetreten. Darüber hinaus hat der Senat eine weitergehende Einschränkung beschlossen. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der sächlichen konsumtiven Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) mit den Zuweisungen/Zuschüssen (Hauptgruppe 6) wird aufgehoben. Ebenso entfällt aufgrund der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung die Deckungsfähigkeit zwischen den Hauptgruppen 7 (Baumaßnahmen) und 8 (investive Zuschüsse).

Wie auch in den Vorjahren sind die EU-Mittel zentral in der Produktgruppe 71.01.08 veranschlagt worden. Im Haushaltsvollzug werden diese Mittel zuguns-

ten der einzelnen Projekthaushaltsstellen nachbewilligt. Für diese Fälle wurden bei den Haushaltsstellen mit EU-fähigen Projekten entsprechende Haushaltsvermerke angebracht.

Die bedarfsorientierte Verschiebung der Ausgabemittel zwischen den Produktgruppen und Haushaltskapiteln ist zum großen Teil nur noch durch Nachbewilligungen und unter Beteiligung der Gremien möglich. Das bedeutet zum einen sowohl für die Verwaltung als auch für die zuständigen Gremien deutliche Mehrarbeit, aber erhöht die Transparenz und verstärkt die Kontrollmöglichkeiten der Gremien.

Der Senat hat am 08.03.2016 den Beschlussvorschlag Ziffer 6 beschlossen und die Senatorin für Finanzen gebeten, dem Senat im März 2016 einen Vorschlag für die Hebung von Konsolidierungsbeiträgen bei den Sondervermögen und Beteiligungen zur Haushaltskonsolidierung im Rahmen von jährlich 1,5 % vorzulegen.

2.5. Personalhaushalt:

Die oben dargestellt und neu erweiterte Produktgruppensystematik hat wesentliche Veränderungen in der Struktur des Personalhaushaltes zur Folge.

Zusätzlich wurden vom Ressort mit Wirkung von 1.1.2016 die Verlagerungen der folgenden Aufgabenbereiche vollzogen:

Im Bereich „Kernpersonal“

- Verlagerung des Aufgabenbereichs „Landwirtschaft“ zum Senator für Umwelt, Bau, und Verkehr (4 Stellen in Höhe von 3,77 BV)
- Verlagerung des Aufgabenbereichs „Verbraucherschutz“ zur Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (in Höhe von 0,5 BV)

Im Bereich „Refinanziertes Personal“:

- Verlagerung der Prüfbehörden EFRE und ESF zur Senatorin für Finanzen (5 Stellen in Höhe von 4,5 BV). Die Prüfungsaufgaben werden in einer einheitlichen Prüfbehörde zusammengefasst und von der Senatorin für Finanzen wahrgenommen.

Für die folgenden Haushaltsjahre 2016 und 2017 wurde erneut eine Einsparquote im Kernhaushalt in Bereichen der internen Dienstleistungen in Höhe von 2,6% und bei bürgernahen Dienstleistungen in Höhe von 1,6% pro Jahr beschlossen.

Für das Ressort sind somit folgende Einsparquoten festgelegt worden:

Im Produktplan Arbeit für die Produktgruppe 31.01.01 „Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr.“ und 31.02.01 „Amt für Versorgung und Integration Bremen“ beträgt die Einsparquote 1,6%, für alle Produktgruppen der Produktpläne Wirtschaft und Häfen 2,6%.

Aufgrund der Einsparquoten sollen die unten dargestellten Zielzahlvorgaben für die folgenden Haushaltsjahre 2016 und 2017 erfüllt werden. Bei den Werten handelt es sich um Vollzeitäquivalenten (VZÄ):

Produktplan	Soll Dez 16	Soll Dez 17
31 Arbeit	136,82	134,13
71 Wirtschaft	100,17	97,57
81 Häfen	90,60	88,25
insgesamt	327,60	319,95

(einschließlich zugeordneten Ämtern)

Nach Beschluss der Haushalte 2016/2017 (vermtl. Sommer 2016) wird die Senatorin für Finanzen auf Grund des fortbestehenden Personalüberhanges einen neuen Kontrakt mit dem Ressort anstreben. Bis dahin stehen aufgrund der haushaltslosen Zeit die meisten personalwirtschaftlichen Vorgänge unter dem Vorbehalt der Senatorin für Finanzen.

Angesichts der Vorbelastung durch den Personalüberhang aus dem Jahr 2015 wird in den Folgejahren eine Einhaltung der Einsparvorgaben durch Altersabgänge voraussichtlich nicht möglich sein. Dies ergibt sich unter anderem auch aufgrund nicht beeinflussbarer personalwirtschaftlicher Vorgänge (z.B: Aufstockung der Arbeitszeiten, Rückkehr aus Abwesenheit) sowie personalwirtschaftlicher Entscheidungen, die als notwendig bzw. als nicht abweisbar gesehen werden (z.B. Wiederbesetzungen).

Vergabeservicestellen

Im Rahmen der Haushaltsklausur ist für den Produktplan Wirtschaft der angemeldete Mehrbedarf für den Aufgabenbereich „zentrale Service- und Koordinierungsstelle zur Organisation von Bauvergaben“ in Höhe von 2 VZÄ berücksichtigt. Allerdings ist das durch die SF festgelegte Budget zur vollständigen Finanzierung der

beiden Stellen nicht auskömmlich, so dass auch hierüber eine weitere Überziehung des Personalhaushaltes bewirkt wird.

Nach dem Beschluss des Senats vom 08.03.2016 erfolgt folgende Anpassung im Personalhaushalt des Produktplanes 71:

- Es wird ein Personalkonto „temporäre Personalmittel (TMP) eingerichtet.
- Für dieses Konto wird eine Zielzahlanpassung in Höhe von 2,0 VZÄ vorgenommen
- Zielzahlanpassung erfolgt nur für die beiden Haushaltsjahre 2016/2017 (im nächsten Haushalt müssen die Mittel wieder im Rahmen der Haushaltsaufstellung neu eingeworben werden)

Umsetzung des Senatskonzeptes Flüchtlingsintegration

Im Haushaltsaufstellungsverfahren wurden die personalwirtschaftlichen Auswirkungen des Integrationskonzeptes für Flüchtlinge eingeplant.

Für die Umsetzung des Integrationskonzeptes hat das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Häfen zusätzliche Personalbedarfe in der Höhe von 30,5 VZÄ für die Abteilung Arbeit und die Aufgaben des Amtes für Versorgung und Integration Bremen sowie die Bereiche (Gewerbeflächen-)Entwicklung/Wohnungsbau und Existenzgründung der Abteilung Wirtschaft gemeldet.

Stellenplan

Zeitgleich zur Aufstellung der Haushalte 2016/2017 sind die Entwürfe der Stellenpläne aufgrund der neu erweiterten Produktgruppensystematik und der Verlagerung der einzelnen Aufgabenbereiche (Landwirtschaft, Verbraucherschutz sowie Prüfbehörde EFRE und ESF) getrennt nach „Kernpersonal“ und „refinanziertes Personal“ aufgestellt worden.

3. Produktplan 71 Wirtschaft

Für die Aufgabenfelder der Wirtschaftsförderung sind in den Haushalten 2016/2017 konsumtive Ausgaben (ohne Zinsen) i.H.v. rd. 31,4 Mio. € bzw. rd. 33,2 Mio. € sowie investive Ausgaben in Höhe von rd. 62,5 Mio. € bzw. rd. 57,3 Mio. € vorgesehen. Hinzu kommen jährlich rd 3,6 Mio. € für die Tilgungen an den Bremer Kapitaldienstfonds. Die investiven Ausgaben der Wirtschaftsförderung belaufen sich damit für den Doppelhaushalt auf insgesamt rd. 66,1 Mio. € für 2016 und rd. 61,0 Mio. € für 2017.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf den als Anlage 3 beigefügten Entwurf des Haushaltsplans verwiesen. Der entsprechende Produkthaushalt ist als Anlage 6 beigefügt.

Auf der Ausgabenseite sind insbesondere die erforderlichen Beträge für die Drittmittelprogramme, die Mittel für die beliebigen Förderprogramme sowie die Mittel für die Zinsen und Tilgungen bei den Kapitaldienstfinanzierungen veranschlagt worden. Ferner sind die vordringlich zu erfüllenden Verpflichtungen für die in der Durchführung befindlichen Einzelprojekte und die institutionellen Förderungen berücksichtigt worden.

Die investiven Projekte stehen unter der wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung des Senats. Zielsetzung ist, dass durch die Vermarktung von Flächen positive regionalwirtschaftliche Effekte erzielt werden (Einnahmen generieren, Arbeitsplätze schaffen – z.B. Hansalinie, Überseestadt, Erschließungsmaßnahmen für die Offshoreindustrie im Bereich südlicher Fischereihafen) bzw. die vorhandenen Mittel für die Absicherung zukunftsweisender Projekte genutzt werden (Innovationsförderung, FuE-Meile Bremerhaven, Innenstadtentwicklung).

Mit den beschlossenen Eckwerten sind im Wesentlichen bereits beschlossene Maßnahmen und institutionelle Förderungen zu finanzieren. Insbesondere im Rahmen der Drittmittelprogramme wie EFRE, EMFF und GRW bleiben nicht gebundene Mittel, über deren Verwendung noch zu beschließen ist.

3.1 Drittmittelprogramme

Die Ausgabeanschlüsse für Drittmittelprogramme summieren sich auf rd. 20,9 Mio. € im Jahre 2016 und 29,8 Mio. € im Jahre 2017.

Für das neue EU-Programm „**EFRE 2014 bis 2020**“ sind für den Doppelhaushalt in 2016 rd. 12,3 Mio. € und im 2017 rd. 16,2 Mio. € vorgesehen. Diese Ausgaben werden zentral im Kapitel 0709 (EU-Programme / Planung) veranschlagt und erst im Haushaltsvollzug auf die entsprechenden Produktgruppen bzw. Projekthaushaltsstellen umgebucht.

Die Verteilung der veranschlagten und geplanten Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des EU-Programms „EFRE 2014-2020“ ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

EFRE	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen	2.091	7.293	8.869	9.061	9.953
Ausgaben	12.313	16.192	16.747	19.624	10.961

(in T€)

Ein weiteres Drittmittelprogramm ist das Europäische Programm für die Meeres... und Fischwirtschaft „**EMFF 2014-2020**“, das an die Stelle des auslaufenden Programms „EFF“ getreten ist. Hierfür sind folgende Einnahmen und Ausgaben im Kapitel 0706 veranschlagt bzw. geplant:

EMFF	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen	0	200	300	1.500	1.500
Ausgaben	500	500	2.000	2.000	2.500

(in T€)

Im Kapitel 0709 werden außerdem die Einnahmen und Ausgaben für die **Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur -GRW-** veranschlagt. Die Ausgabeanschlüsse werden auf der Basis der vom Bund erteilten bzw. zu erwartenden Ausgabeermächtigungen mit rd. 10,3 Mio. € für das Jahr 2016 und rd. 16 Mio. € für das Jahr 2017 gebildet. Daraus werden Infrastrukturmaßnahmen und Investitionszuschüsse finanziert. Der Bund erstattet 50 % der Ausgaben.

Die veranschlagten und geplanten Ausgaben für die GRW sind auf die Jahre folgendermaßen verteilt:

GRW	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen	5.138	7.987	9.317	8.954	8.954
Ausgaben	10.275	15.973	18.634	17.908	17.908

(in T€)

Ein weiteres Bundesprogramm ist die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz **-GAK-** für den Bereich der Fischwirtschaft. Nach der Verlagerung der Landwirtschaftsförderung an den SBUV sind nur noch die Aufgaben der Fischwirtschaft zu berücksichtigen. Die Mittel werden im Kapitel 0706 (Sonderprogramm Bremerhaven) wie folgt veranschlagt:

GAK	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen	150	150	150	150	150
Ausgaben	250	250	250	250	250

(in T€)

3.2 Förderprogramme

Für die von der Bremer Aufbau-Bank (BAB) und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) durchzuführenden Förderprogramme werden im Kapitel 0709

- für das Jahr 2016 2.216 T€ (1.756 für die BAB und 460 für die BIS) und

- für das Jahr 2017 2.219 T€ (1.764 für die BAB und 455 für die BIS)

veranschlagt.

In den vergangenen Jahren enthielten die Veranschlagungen bei den relevanten Haushaltsstellen auch die Umsetzungskosten für diese Programme. Um mehr Transparenz zu schaffen werden ab 2016 hier nur die tatsächlichen Fördermittel veranschlagt. Die Umsetzungskosten sind nun bei der jeweiligen Institutionellen Förderung als Personalkosten aufgenommen worden.

Durch die sehr weitgehende und erfolgreiche Umstellung auf Darlehensförderung insbesondere bei der Investitionsförderung müssen hier erhebliche Förderungen nicht durch den Haushalt finanziert werden, sondern werden von der BAB durch Eigenmittel dargestellt.

3.3. Sondervermögen

Die durch Landes- bzw. Ortsgesetz gegründeten Sondervermögen Gewerbeflächen und das Sondervermögen Überseestadt umfassen die bremischen Gewerbegrundstücke und Veranstaltungsflächen. Die Geschäftsführung erfolgt gegen Entgelt für die einzelnen Teilsondervermögen jeweils durch die WFB bzw. die BIS. Für die Sondervermögen sind Wirtschaftspläne aufzustellen und dem bremischen Haushalt beizufügen. Die Zuführungen Bremens an die Sondervermögen werden projektbezogen auf der Grundlage von Beschlüssen der zuständigen Gremien aus den Mitteln der Wirtschaftsförderung finanziert. Die Wirtschaftspläne der Sondervermögen Gewerbeflächen und Überseestadt werden der Deputation gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

Erwirtschaftete Erträge in den Sondervermögen des SWAH stehen dem Ressort zur Realisierung der o.g. Schwerpunktprojekte zur Verfügung. Dies ist durch entsprechende Gremien-Beschlussfassung bzw. ggf. durch Anpassung der Wirtschaftspläne sicherzustellen.

3.4 Einnahmen

Die Einnahmen basieren hauptsächlich auf den Ansätzen der oben unter 3.1 dargestellten EU- und Bundesprogrammen. Die Einnahmen aus diesen Programmen betragen insgesamt 20,9 Mio. € (2016) und 29,8 Mio. € (2017). Die Einzelheiten können aus der Darstellung unter 3.1 entnommen werden.

3.5. Ergebnisse der Haushaltsveranschlagungen für den Produktplan 71

Wirtschaft

Die vorgelegten Haushaltsentwürfe führen zu folgender Struktur der Ausgaben und Einnahmen (T€)

	<u>Anschlag</u> <u>2015</u>	<u>Entwurf</u> <u>2016</u>	<u>Entwurf</u> <u>2017</u>
<u>Ausgaben:</u>			
Konsumtive Ausgaben (ohne Zinsen)	28.295	31.402	33.217
Zinsen	705	277	210
Investive Ausgaben	71.954	66.120	60.895
davon Investitionen	68.311	62.477	57.252
davon Tilgung	3.643	3.643	3.643
Summe der Sachausgaben	<u>100.954</u>	<u>101.442</u>	<u>94.322</u>
Personalausgaben	<u>8.526</u>	<u>7.245</u>	<u>7.208</u>
<u>Einnahmen:</u>			
Konsumtive Einnahmen	2.619	756	2.055
Investive Einnahmen	<u>23.650</u>	<u>11.670</u>	<u>20.642</u>
Summe der Einnahmen	<u>26.269</u>	<u>12.426</u>	<u>22.697</u>

4. Produktplan 31 Arbeit

Im Produktplan 31 sind in den Haushalten 2016 / 2017 Sachausgaben in Höhe von 27,5 Mio. € bzw. 31,0 Mio. € vorgesehen.

Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf den als Anlage 4 beigefügten Entwurf des Haushaltsplans verwiesen. Der entsprechende Produkthaushalt ist als Anlage 5 beigefügt.

Für die Verstetigung der regionalen aktiven Arbeitsmarktförderung, Produktbereich 31.01 (Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm), sind Sachmittel in 2016 und 2017 von rd. 14,0 Mio. € bzw. 17,1 Mio. € veranschlagt.

Für das auslaufende ESF-Programm 2007 – 2013 werden keine Mittel mehr veranschlagt. Im neuen ESF-Programm 2014 – 2020 werden für 2016 und 2017 jeweils rd. 6,5 Mio. € Einnahmen und Ausgaben veranschlagt. Enthalten sind ebenfalls Mittel von jeweils 4 Mio. € die zur Kompensation der in der EU-Förderperiode 2014 – 2020 erwarteten Halbierung von ESF- und weiteren Arbeitsmarktmitteln vorgesehen sind (Ausbildungsgarantie).

Im Produktbereich 31.02 (Soziale Sicherheit) belaufen sich die Einnahmen im Doppelhaushalt auf jeweils rd. 9,8 bzw. 10,0 Mio. €. Im Wesentlichen sind Kostenanteile des Bundes an den Leistungen der Kriegsopferversorge und der Ausgleichsabgabe vorgesehen. An Sachmitteln werden rd. 13,5 bzw. 13,9 Mio. € bereitgestellt. Damit werden neben den allgemeinen Kosten des Versorgungsamtes, vor allem Leistungen im Sinne der Ausgleichsabgabe, der Kriegsopferversorge und des Opferentschädigungsgesetzes erbracht.

Aufgrund der zur Verfügung stehenden konsumtiven Einnahme- und Ausgabe-eckwerte konnte die Veranschlagung bei der Kriegsopferversorge, dem Opferentschädigungsgesetz und der Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz nicht in dem Umfang erfolgen, wie es im Anbetracht der zu erwartenden Ausgaben erforderlich ist. Hierzu werden möglicherweise auf der Grundlage des Produktgruppencontrollings noch Umbewilligungen zu erfolgen haben.

Der Senat hat am 08. März 2016 das Landesprogramm zur Förderung von 500 Langzeitarbeitslosen, die Leistungen nach SGB II beziehen, beschlossen (Beschlussvorschlag Ziffer 14). Dabei sollen die Gesellschaften der Freien Hansestadt Bremen einbezogen werden. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird deshalb gebeten, bis Mai 2016 dazu ein Konzept vorzulegen, aus dem auch mögliche Einsparungen bei den Sozialleistungen ersichtlich sind. Die Beträge von 2 Mio. € für 2016 und 5 Mio. € für 2017 werden bis zur Einigung über das Konzept gesperrt.

Weitergehende Informationen können aus dem Haushaltsplan (Anlage 4) und aus dem Produktgruppenhaushalt (Anlage 7) entnommen werden.

Ergebnisse der Haushaltsveranschlagungen für den Produktplan 31 Arbeit

Die vorgelegten Haushaltsentwürfe führen zu folgender Struktur der Ausgaben und Einnahmen (T€ PPL 31:

	<u>Anschlag</u> <u>2015</u>	<u>Entwurf</u> <u>2016</u>	<u>Entwurf</u> <u>2017</u>
<u>Ausgaben:</u>			
Konsumtive Ausgaben	25.780	27.529	30.979
Investive Ausgaben	1.587	1.549	1.549
Summe der Sachausgaben	<u>27.367</u>	<u>29.078</u>	<u>32.528</u>
Personalausgaben	<u>8.775</u>	<u>7.843</u>	<u>7.812</u>
<u>Einnahmen:</u>			
Konsumtive Einnahmen	16.916	17.016	17.291
Investive Einnahmen	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Summe der Einnahmen	<u>16.916</u>	<u>17.016</u>	<u>17.291</u>

5. Produktplan 81 Häfen

Im Produktbereich 81.01 Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur sind für die Maßnahmen Ausgaben (ohne Zins-, Tilgung- und Personalausgaben) in Höhe von rd. 83,3 Mio. € für das Jahr 2016 und rd. 90,7 Mio. € für das Jahr 2017 sowie Einnahmen in Höhe von rd. 24,3 Mio. € (2016) und rd. 46 Mio. € (2017) veranschlagt. Darin sind die Abführung von dem Sondervermögen Häfen i.H.v. 11 Mio. € 2016 und 32,7 Mio. € 2017 für die Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen zur Finanzierung von Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) enthalten. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Entwurf des Haushaltsplans (Anlage 5) und des Produkthaushalts (Anlage 8).

5.1 Sondervermögen

Das Sondervermögen Häfen erhält aus dem bremischen Haushalt (Kapitel 3801) Zuführungen zur Finanzierung der nicht aus Erlösen gedeckten Aufwendungen in einer Gesamtsumme von rd. 97,8 Mio. € für das Jahr 2016 und 108,5 Mio. € für

das Jahr 2017. Darin sind die oben genannte Abführung von den SV Häfen und die Zuführung dieser Mittel an das SV Fischereihafen i.H.v. 11 Mio. €n 2016 und 32,7 Mio. €n 2017 enthalten.

Darin sind die Erstattungen für den Zins- und Tilgungsaufwand für die Kapitaldienstfinanzierungen der Projekte Kaiserschleuse, Jade-Weser-Port, CT III, CT III a, CT IV, Schleuse Oslebshausen und Hafenzuwässerung in Höhe von insgesamt rd. 47,3 Mio. € für 2016 und rd. 46,8 Mio. € für 2017 enthalten.

Aus den Zuführungen an das Sondervermögen Hafen werden im Übrigen die nicht aus Erträgen des Sondervermögens zu deckenden Kosten für die Unterhaltung der Häfen sowie die laufenden Investitionen und Ersatzbeschaffungen im Umfang von insgesamt rd. 50,5 Mio. € für 2016 und rd. 61,7 Mio. € für 2017 finanziert.

Als Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen werden aus dem Kapitel 0801 jährlich rd. 4,98 Mio. € für Personal- und Sachausgaben in den Haushalt eingestellt, um die wasserseitigen Unterhaltungsaufwendungen und Investitionen umzusetzen. Der investive Landeshaushalt ist geprägt durch die Finanzierung des Offshore-Terminals-Bremerhaven.

Die veranschlagten Zuführungen an das SV Fischereihafen für den OTB betragen einschl. der o.g. Mittel des SV Häfen 30 Mio. €n 2016 und 51,7 Mio. €n 2017.

Für die Sondervermögen sind Wirtschaftspläne aufzustellen und dem bremischen Haushalt beizufügen. Die Wirtschaftspläne werden der Deputation gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt. Aus den Wirtschaftsplänen ergeben sich Einzelheiten hinsichtlich der Erträge, Aufwendungen und Investitionen.

5.2 Hafenbehörde

In einem gesonderten Kapitel 3854 „**Hafenbehörde**“ werden die Einnahmen und Ausgaben des „Hansestadt Bremischen Hafenamtes“, das u. a. für den Hafenbetrieb, die Hafensicherheit und nautische Angelegenheiten zuständig ist, veranschlagt. Die Ausgabeansätze betragen für die Jahre 2016 und 2017 jeweils rd. 5,3 Mio. € den Einnahmen in Höhe von jährlich rd. 0,7 Mio. € gegenüberstehen.

5.3 sonstige Einnahmen / Ausgaben

Bremen hat sich gegenüber dem Bund vertraglich verpflichtet, die Kosten für den Ausbau der Mittelweser und die Ausbaumaßnahmen am Mittellandkanal anteilig zu finanzieren. Die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Anteilsfinanzierung

wird derzeit zwischen dem Bund, Niedersachsen und Bremen verhandelt. Für 2016 und 2017 ist jeweils ein Betrag i.H.v. 2,5 Mio. € veranschlagt worden. Des Weiteren werden aus dem Häfenhaushalt Investitionsmittel in Höhe von rd. 3,7 Mio. € im 2016 für die Baukosten der Cherbourger Straße bereitgestellt. Die Aufwendungen für die Deichunterhaltung im Hafengebiet Bremerhaven werden im Umfang von jährlich rd. 1,3 Mio. € im bremischen Haushalt veranschlagt. Ausgaben können bis zur Höhe der Einnahmen aus den Deichbeiträgen, die von der Stadtgemeinde Bremerhaven an das Land weitergeleitet werden, geleistet werden

5.4. Ergebnisse der Haushaltsveranschlagungen für den Produktplan 81 Häfen

Die vorgelegten Haushaltsentwürfe führen zu folgender Struktur der Ausgaben und Einnahmen (T €)

	<u>Anschlag</u> <u>2015</u>	<u>Entwurf</u> <u>2016</u>	<u>Entwurf</u> <u>2017</u>
<u>Ausgaben:</u>			
Konsumtive Ausgaben (ohne Zinsen)	30.603	29.567	30.008
Zinsen	25.915	21.987	21.187
Investive Ausgaben	80.780	83.460	90.468
davon Investitionen	51.457	53.760	60.672
davon Tilgung	29.457	29.700	29.796
Summe der Sachausgaben	<u>137.298</u>	<u>164.714</u>	<u>171.459</u>
Personalausgaben	<u>4.488</u>	<u>6.460</u>	<u>6.405</u>
<u>Einnahmen:</u>			
Konsumtive Einnahmen	3.746	2.568	2.559
Investive Einnahmen	<u>10.737</u>	<u>21.737</u>	<u>43.437</u>
Summe der Einnahmen	<u>14.483</u>	<u>24.305</u>	<u>45.996</u>

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Durch den vorgelegten Haushaltsentwurf ergeben sich finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen. Diese werden bei dem Vollzug der Haushalte durch entsprechende Vorlagen den Gremien vorgelegt.

Eine möglicherweise bestehende Gender-Relevanz ist auf der Basis von Haushaltsanschlügen nicht zu beurteilen; sie ist abhängig von der konkreten Ausgestaltung im Vollzug der Haushalte.

D. Negative Mittelstandsbetroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

E. Beschluss

1. Die Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nehmen den Haushaltsentwurf des Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Häfen für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis.
2. Die Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestätigen die im Produktgruppenhaushalt enthaltenen Darlegungen nach Art. 131a Landesverfassung und, dass die Ausgaben aus gesetzlichen oder sonstigen zwingenden Gründen dem Grunde und der Höhe nach in dem veranschlagten Umfang erforderlich sind und alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden,.

Anlagen:

- 1) Eckwerte für die Produktpläne 71, 31 und 81
- 2) Die maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Produktpläne 71 und 81
- 3) Haushaltsplan für Wirtschaft
- 4) Haushaltsplan für Arbeit
- 5) Haushaltsplan für Häfen
- 6) Produktgruppenhaushalt Wirtschaft
- 7) Produktgruppenhaushalt Arbeit
- 8) Produktgruppenhaushalt Häfen

Anlage 1

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- Z 2 -

Stand: 22.03.2016
Tel: 361 8566

Haushaltsaufstellung 2015 / 2016

hier: Eckwerte gem. Senatsbeschlüsse vom 29.09.2015, vom 08.12.2015 und vom 08.03.2016
für die Produktpläne Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Mio. €)

	Anschlag 2015	Eckwert 2016	Eckwert 2017
<u>Wirtschaft</u>			
<u>Ausgaben</u>			
Konsumtive Ausgaben	28,295	31,402	33,217
Zinsausgaben	0,705	0,277	0,210
Investive Ausgaben	71,954	66,120	60,895
davon: Tilgung	3,643	3,643	3,643
Investitionsmittel	68,311	62,477	57,252
Summe der Sachausgaben	<u>100,954</u>	<u>101,442</u>	<u>94,322</u>
Personal Ausgaben	8,526	7,245	7,208
Für Maßnahmen (kon.+invs.)	96,606	93,879	90,469
<u>Einnahmen</u>			
Konsumtive Einnahmen	2,619	0,756	2,055
Investive Einnahmen	<u>23,650</u>	<u>11,670</u>	<u>20,642</u>
Summe der Einnahmen	<u>26,269</u>	<u>12,426</u>	<u>22,697</u>
	Anschlag 2015	Eckwert 2016	Eckwert 2017
<u>Arbeit</u>			
<u>Ausgaben</u>			
Konsumtive Ausgaben	25,780	27,529	30,979
Investive Ausgaben	1,587	1,549	1,549
Summe der Sachausgaben	<u>27,367</u>	<u>29,078</u>	<u>32,528</u>
Personal Ausgaben	8,775	7,843	7,812
Für Maßnahmen (kon.+invs.)	27,367	29,078	32,528
<u>Einnahmen</u>			
Konsumtive Einnahmen	16,916	17,016	17,291
Investive Einnahmen	<u>0,000</u>	<u>0,000</u>	<u>0,000</u>
Summe der Einnahmen	<u>16,916</u>	<u>17,016</u>	<u>17,291</u>

	Anschlag	Eckwert	Eckwert
	2015	2016	2017
<u>Häfen</u>			
<u>Ausgaben</u>			
Konsumtive Ausgaben	30,603	29,567	30,008
Zinsausgaben	25,915	21,987	21,187
Investive Ausgaben	80,780	83,460	90,468
davon: Tilgung	29,457	29,700	29,796
Investitionsmittel	51,323	53,760	60,672
Summe der Sachausgaben	<u>137,298</u>	<u>164,714</u>	<u>171,459</u>
Personal Ausgaben	4,488	6,460	6,405
Für Maßnahmen (kon.+invs.)	81,926	83,327	90,680
<u>Einnahmen</u>			
Konsumtive Einnahmen	3,746	2,568	2,559
Investive Einnahmen	<u>10,737</u>	<u>21,737</u>	<u>43,437</u>
Summe der Einnahmen	<u>14,483</u>	<u>24,305</u>	<u>45,996</u>

Anlage 2 / Teil PPL 71 Wirtschaft

INVESTITIONSPROGRAMM 2015/2020 Produktplan 71 Wirtschaft

Stand: 14.03.2016

Referat Z2 / WAH

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. €-	Eckwert-Vorschlag		Plan		
	2016	2017	2018	2019	2020

Investive Ausgaben	66.120,0	60.895,1	67.580,2	59.011,3	48.163,3
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen	3.643,0	3.643,0	3.643,0	2.237,0	0,0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)	55,5	55,7	55,7	55,7	55,7
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen	62.421,5	57.196,4	63.881,5	56.718,6	48.107,6
0703.89120-9 Investitionszuschüsse für Innovationsförderung (FIBRE-Laborplanung im EcoMat)	30,0	25,0			
0704.89135-0 Zuschüsse für Investitionen an öff. Unternehmen (Musical)	1.343,0	1.343,0	1.343,0	1.343,0	1.343,0
0706.891 22-6 Infrastrukturmaßnahmen in Brhv. / Rückführung Mittelbereitstellung DSM			600,0	800,0	352,0
0706.89120-0 Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung	33,0	33,0	32,7	32,7	32,7
0706.89121-8 Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven	9.139,0	81,0	81,0	81,0	81,0
0706.89130-7 EU-Fischereifonds (EMFF) 2014-2020	500,0	500,0	2.000,0	2.000,0	2.500,0
0706.89150-1 Zuschuss an die BIS für Investitionen	550,0	550,0	550,0	550,0	550,0
0706.89190-0 Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)	250,0	250,0	250,0	250,0	250,0
0706.89311-3 Zuschuss an das TTZ für Investitionen	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
0709.87110-2 Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	300,0	200,0	200,0	200,0	200,0
0709.88856-0 EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-	9.913,0	13.092,0	16.747,0	19.624,0	10.961,0
0709.89122-7 Förderprogramme -BAB-	1.756,0	1.764,0	1.764,0	1.764,0	1.764,0
0709.89123-5 Förderprogramme -BIS-	460,0	454,9	454,9	454,9	454,9
0709.89170-7 GRW-Maßnahmen (BAB)	5.138,0	7.987,0	9.317,0	8.954,0	8.954,0
0709.89180-4 GRW-Maßnahmen (BIS)	5.137,0	7.986,0	9.317,0	8.954,0	8.954,0
0709.89210-0 Innovationsförderung Schiffbau	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
0709.89320-3 Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFG) -Investitionen	1.550,0	1.550,0	1.550,0	1.550,0	1.550,0
0709.89376-9 Kosten der Kajenunterhaltung	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
0709.98590-6 An Hst.6782/385 02, Kostenerstattung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen	5.000,0	5.000,0	5.000,0	5.000,0	5.000,0
0715.89150-6 Bremer Industriepark (BIP)	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0
0715.89153-0 Gewerbepark Hansalinie	1.500,0	1.500,0	3.876,0	1.500,0	1.500,0
0715.89320-7 Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes	23,0	11,0			
3708.88434-0 An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) f. Investitionen	700,0	700,0	1.068,0		
3708.88435-8 An das Sondervermögen Gewerbeflächen für Erschließungsmaßnahmen	12.053,5	9.195,5	5.330,0	0,0	
3708.88440-4 An das Sondervermögen Überseestadt für Erschließungsmaßnahmen	2.114,0	1.800,0	739,9		
3754.88410-9 Zuführung an das SV Gewerbeflächen (Veranstaltungsflächen)	787,0	110,0	2.430,0	2.430,0	2.430,0

INVESTITIONSPROGRAMM 2015/2020
Produktplan 71 Wirtschaft

Stand: 14.03.2016

Referat Z2 / WAH

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. €-		Eckwert-Vorschlag		Plan		
		2016	2017	2018	2019	2020
3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen (Musical Theater)	1.370,0	0,0			
3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen (Hochwasserschutz WeserStadion)	1.172,0	1.290,0			
3754.89120-2	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen (Cityinitiative-Ansgari)	372,0	543,0			
3754.89320-5	Zuschuss an die Glocke für Investitionen	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0
3754.89330-2	Zuschuss an die Bremer Touristikzentrale (BTZ) für Investitionen	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0

Anlage 2 / Teil PPL 81 Häfen

INVESTITIONSPROGRAMM 2015/2020 Produktplan 81 Häfen

Stand: 14.03.2016

Referat Z2 / WAH

Investive Einnahmen und Ausgaben - in Tsd. €-	Eckwert-Vorschlag		Plan		
	2016	2017	2018	2019	2020

Investive Ausgaben		83.459,0	90.468,0	121.190,0	131.855,0	102.282,0
Tilgung Kapitaldienstfinanzierungen		29.700,0	29.796,0	30.598,0	30.106,0	27.257,0
Kl. Unterhalt.- u. Beschaff.maßn. (Gru 700-719, 811/812)		50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Sonstige (Einzel-) Maßnahmen		53.709,0	60.622,0	90.542,0	101.699,0	74.975,0
0801.89310-4	Baukosten Cherbourger Str.	3.860,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0801.88110-6	Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0
0801.88421-0	Zuführung an das SV Fischereihafen für denOffshore Terminal Bremerhaven	30.000,0	51.700,0	18.500,0	10.000,0	0,0
3801.88422-8	An das Sondervermögen Hafen für Investitionen	17.349,0	6.422,0	69.542,0	89.199,0	72.475,0

Wirtschaft

- 0700** Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- 0701** Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- 0702** Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (bis 2015)
- 0703** Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie
- 0704** Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/ Außenhandel
- 0706** Wirtschaftsförderung für Bremerhaven
- 0709** Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung
- 0715** Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)
- 0716** Schwerpunktprojekte Bremerhaven (AIP)
- 0717** Dienstleistungs- und Technologieprojekte (AIP)
- 0754** Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren

Kapitel 0700
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0700					
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen					
EINNAHMEN					
111 01-6	011	Verwaltungsgebühren	15.000	15.000	25.356
71.02.01	700		15.000		12.684
119 04-1	011	Von Dritten für Ablichtungen	0	0	0
71.02.01	700	Siehe zu 511 00-6.	0		0
119 89-0	011	Abführung von Vergütung aus Nebenbeschäftigung und	0	0	19.947
71.01.01	700	Nebentätigkeit	0		15.031
119 99-8	011	Vermischte Einnahmen	3.000	3.000	10.415
71.02.01	700		3.000		0
124 08-8	011	Nutzungsentgelte für Behördenparkplätze	0	0	0
71.02.01	700		0		0
124 11-8	011	Einnahmen aus Untervermietungen	0	4.140	0
71.02.01	700		0		3.105
231 03-8	011	Vom Bund für verauslagte Reisekosten	0	0	0
71.02.01	700		0		0
235 75-0	011	Von der Agentur für Arbeit für Personalausgaben	0	0	0
71.90.01	700	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 58-5, 428 58-3 und 634 58-2.	0		0
236 02-1	011	Erstattung von Krankenkassen nach dem	0	0	6.985
71.90.01	700	Aufwendungsausgleichsgesetz	0		0
	925				
236 03-0	011	Erstattungen von Krankenkassen nach dem Aufwen-	0	0	0
71.90.01	800	dungsausgleichsgesetz	0		0
	925				
281 54-0	011	Von Dritten, Erstattung von Personalausgaben	155.000	0	0
71.01.04	700	(Gewerbeflächen/Regionalplanung)	155.000		0
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 54-2, 428 54-0 und 634 54-0.			
281 75-2	011	Von Dritten, Erstattung von Personalausgaben	0	289.790	396.670
71.90.01	700		0		260.064
281 95-7	011	Erstattung von Personalausgaben (Häfen)	0	301.220	459.179
71.90.01	700		0		150.140
359 02-6	851	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für	0	105.000	0
71.90.01	700	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		0
	900				
359 03-4	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	0
71.90.01	700		0		0
	900				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
380 75-0	892	Erstattung von Personalausgaben für die	0	0	630.670
71.90.01	700	Umsetzung der Wirtschaftsstrukturpolitik	0		807.707
380 95-5	892	Von Hst. 0801/980 20-1 für die Erstattung von	0	0	84.621
71.90.01	800	Personalausgaben (Deichschutz)	0		82.055
381 57-9	892	Von Hst. 0706/981 20-9 für die Erstattung von	0	0	0
71.01.07	700	Personalausgaben(Wirtschaftsförderung Bremerhaven) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 57-7, 428 57-5 und 634 57-4.	0		0
381 58-7	892	Von Hst. 0709/981 20-0 für die Erstattung von	0	0	0
71.01.08	700	Personalausgaben (EU-Programme/Planung) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 58-5, 428 58-3 und 634 58-2.	0		0
386 01-5	892	Von Hst. 3700/986 01-1 für die Wahrnehmung von	3.020.620	2.756.360	2.756.360
71.90.01	700	Gemeindeaufgaben	3.020.620		2.576.820
386 02-3	892	Von Hst. 3801/986 01-2 für die Wahrnehmung von	940.730	775.490	775.490
71.90.01	800	Gemeindeaufgaben	940.730		0
386 75-9	892	Von Hst. 3708/986 10-0, Erstattung v.Personalaus-	0	0	533
71.90.01	700	gaben für die Umsetzung der Wirtschaftsstruktur- politik	0		226.907
Gesamteinnahmen Kapitel 0700			4.134.350	4.250.000	5.166.226
			4.134.350		4.134.512

Kapitel 0700
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 10-0	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	1.063.280	1.057.987
71.90.01	700	(Wirtschaftsstrukturpolitik)	0		1.177.861
	925				
422 11-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	234.320	0	0
71.01.01	700	(Mittelstand/Industrie/Außenhandel)	221.540		0
	925				
422 12-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	199.510	0	0
71.01.02	700	(Innovation/Technologie)	201.450		0
	925				
422 14-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	337.360	0	0
71.01.04	700	(Gewerbeflächen/Regionalplanung)	340.640		0
	925				
422 16-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	244.610	0	0
71.01.06	700	(Dienstleistungsförderung/Tourismus/Zentren)	247.250		0
	925				
422 17-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	186.220	0	0
71.01.07	700	(Wirtschaftsförderung Bremerhaven)	188.030		0
	925				
422 18-6	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	0	0	0
71.01.08	700	(EU-Programme/Planung)	0		0
	925				
422 54-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	119.500	0	0
71.01.04	800	-refinanziert- (Gewerbeflächen/Regionalplanung)	119.500		0
	925				
		1. Ausgaben bei 422 54-2, 428 54-0 und 634 54-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 281 54-0 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 54-0 und 634 54-0.			
422 57-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	0	0	0
71.01.07	700	-refinanziert- (Wirtschaftsförderung Bremerhaven)	0		0
	925				
		1. Ausgaben bei 422 57-7 und 428 57-5 und 634 57-4 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 57-9 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 57-5 und 634 57-4.			
422 58-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	0	0	0
71.01.08	700	-refinanziert- (EU-Programme/Planung)	0		0
	925				
		1. Ausgaben bei 422 58-5, 428 58-3 und 634 58-2 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 235 75-0 und 381 58-7 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 58-3 und 634 58-2.			
422 60-7	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	1.872.300	1.841.431
71.90.01	700	(Sekt. Wirtschaftsförderung / Sonstiges)	0		1.955.400
	925				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
422 75-5	011	Bezüge planmäßiger Beamten (refinanziert)	0	158.400	435.297
71.90.01	700		0		567.249
	925				
422 76-3	011	Bezüge planmäßiger Beamten (Altersteilzeit)	0	0	62.295
71.90.01	700		0		60.137
	925				
422 78-0	011	Bezüge planmäßiger Beamten (Senatorische	0	195.320	215.613
71.90.01	800	Angelegenheiten Häfen -refinanziert-	0		206.640
	925				
422 90-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	1.955.710	0	0
71.90.01	700	(Zentrale Dienste)	1.943.190		0
	925				
422 92-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen	0	983.850	1.130.043
71.90.01	800	Beamtinnen und Beamten	0		927.925
	925	(Senatorische Angelegenheiten Häfen)			
427 01-3	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	2.900	0
71.01.01	700	Tätige (Mittelstand/Industrie/Außenhandel)	0		0
427 11-0	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	400	0	0
71.01.01	700	Tätige (Mittelstand/Industrie/Außenhandel)	410		0
427 12-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	190	0	0
71.01.02	700	Tätige (Innovation/Technologie)	190		0
427 14-5	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	330	0	0
71.01.04	700	Tätige (Gewerbeflächen/Regionalplanung)	330		0
427 16-1	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	260	0	0
71.01.06	700	Tätige (Dienstleistung/Tourismus/Zentren)	260		0
427 17-0	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	0	0
71.01.07	700	Tätige (Wirtschaftsförderung Bremerhaven)	0		0
427 18-8	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	0	0
71.01.08	700	Tätige (EU-Programme/Planung)	0		0
427 90-0	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	1.750	0	0
71.90.01	700	Tätige ((Zentrale Dienste)	1.770		0
428 10-9	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	1.390.040	1.478.819
71.90.01	700	(Wirtschaftsstrukturpolitik)	0		1.587.464
	925				

Kapitel 0700
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
428 11-7	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	535.590	0	0
71.01.01	700	(Mittelstand/Industrie/Außenhandel)	507.930		0
	925				
428 12-5	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	199.510	0	0
71.01.02	700	(Innovation/Technologie)	201.450		0
	925				
428 14-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	337.360	0	0
71.01.04	700	(Gewerbeflächen/Regionalplanung)	340.640		0
	925				
428 16-8	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	244.610	0	0
71.01.06	700	(Dienstleistungsförderung/Tourismus/Zentren)	247.250		0
	925				
428 17-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	186.220	0	0
71.01.07	700	(Wirtschaftsförderung Bremerhaven)	188.030		0
	925				
428 18-4	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
71.01.08	700	(EU-Programme/Planung)	0		0
	925				
428 54-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
71.01.04	800	-refinanziert- (Gewerbeflächen/Regionalplanung)	0		0
	925				
		Siehe zu 422 54-2.			
428 57-5	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
71.01.07	700	-refinanziert- (Wirtschaftsförderung Bremerhaven)	0		0
	925				
		Siehe zu 422 57-7.			
428 58-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
71.01.08	700	-refinanziert- (EU-Programme/Planung)	0		0
	925				
		Siehe zu 422 58-5.			
428 60-5	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	1.351.570	1.611.206
71.90.01	700	(Sekt. Wirtschaftsförderung/Sonstiges)	0		1.600.574
	925				
428 75-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	83.870	483.902
71.90.01	700	-refinanziert-	0		541.630
	925				
428 76-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	105.000	0
71.90.01	700	(Altersteilzeit)	0		78.021
	925				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
428 90-7	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.955.710	0	0
71.90.01	700	(Zentrale Dienste)	1.943.190		0
	925				
428 91-5	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	100.000	0	0
71.90.01	700	(Vergabeservice, zentrale Dienste) - temporäre	100.000		0
	925	Personalmittel - Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
428 92-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	996.270	1.134.589
71.90.01	800	Senatorische Angelegenheiten Häfen	0		1.053.520
	925				
428 95-8	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	47.310	309.289
71.90.01	800	(Senatorische Angelegenheiten Häfen -	0		-35.946
	925	refinanziert)			
443 07-8	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	5.930	2.437
71.90.01	700	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	0		2.114
443 11-6	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	580	0	0
71.01.01	700	Verordnungen (Mittelstand/Industrie/Außenhandel)	600		0
443 12-4	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	280	0	0
71.01.02	700	Verordnungen (Innovation/Technologie)	290		0
443 14-0	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	470	0	0
71.01.04	700	Verordnungen (Gewerbeflächen/Regionalplanung)	490		0
443 16-7	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und Verordnung	380	0	0
71.01.06	700	en (Dienstleistungsförderung/Tourismus/Zentren)	390		0
443 17-5	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und Verordnung	0	0	0
71.01.07	700	en (Wirtschaftsförderung Bremerhaven)	0		0
443 18-3	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und Verordnung	0	0	0
71.01.08	700	(EU-Programme/Planung)	0		0
443 90-6	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und Verordnung	2.540	0	0
71.90.01	700	(Zentrale Dienste)	2.620		0
453 01-4	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0	12.560	0
71.90.01	700		0		13.361
453 90-1	011	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskosten-	12.790	0	0
71.90.01	700	vergütungen (Zentrale Dienste)	12.910		0

Kapitel 0700
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
511 00-6	011	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattungs-/Ausrüstungs-/sonst. Gebrauchsgegenstände	176.500	115.500	122.065
71.90.01	700	1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 119 04-1 geleistet werden. 2. Einnahmen fließen den Mitteln zu.	178.300		117.794
514 01-3	011	Kosten für Dienst- und Schutzkleidung	170	170	137
71.90.01	700		170		374
514 02-1	011	Treibstoffkosten für Dienstfahrzeuge	10.000	12.000	7.934
71.90.01	700		10.000		9.712
514 03-0	011	Sonstige Kosten für Dienstfahrzeuge	4.200	6.000	3.100
71.90.01	700		4.200		9.734
517 00-4	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	27.710	0	0
71.90.01	700		28.710		0
517 93-4	011	Strom für das Schünemannhaus	60.500	43.000	52.206
71.90.01	700		60.500		50.431
517 94-2	011	Energiekosten für das Finke-Hochhaus	72.210	0	0
71.90.01	700		74.210		0
517 96-9	011	Fremdleistungen	15.000	14.000	13.466
71.90.01	700		15.000		14.179
517 99-3	011	Sonstige Bewirtschaftungskosten	1.000	1.000	658
71.90.01	700		1.000		678
518 01-9	011	Mieten und Pachten für Grundstücke	742.210	708.000	730.316
71.90.01	700		753.210		716.537
518 02-7	011	Mieten für Maschinen und Geräte	14.000	18.200	6.860
71.90.01	700		14.000		6.856
518 05-1	011	Kosten für Dienstfahrzeuge	15.000	15.000	12.755
71.90.01	700		15.000		12.057
518 50-7	011	Mieten und Pachtzahlungen an das SV Immobilien und Technik	321.000	0	0
71.90.01	700		321.000		0
519 10-4	011	Kleine Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden	31.760	30.500	9.230
71.90.01	700		32.260		42.336
525 01-5	011	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	14.000	7.000	9.809
71.90.01	700		14.000		12.338
525 02-3	011	Gesundheitsmanagement	2.500	0	0
71.90.01	700		2.500		0
526 01-1	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	45.000	10.000	12.869
71.90.01	700		45.000		65.663
527 01-8	011	Reisekostenvergütungen	175.150	140.000	223.572
71.90.01	700		166.960		187.742
	924				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
529 11-8	011	Ausgaben für Aufwand aus dienstlicher	10.000	16.000	8.174
71.90.01	700	Veranlassung in besonderen Fällen	10.000		10.424
531 01-5	011	Kosten für Veröffentlichungen	10.000	6.000	3.757
71.90.01	700		10.000		9.310
531 03-1	011	Inventarversicherungen	240	240	145
71.90.01	700		240		145
531 05-8	011	Sonstige sächliche Verwaltungsaufgaben	15.620	0	0
71.90.01	700		17.620		0
531 11-2	011	Kosten für die Betreuung von Delegationen	10.500	5.000	5.441
71.90.01	700	u.ä.	10.500		1.026
531 13-9	011	Kosten für die Präsentation im Internet	7.000	7.000	0
71.90.01	700		7.000		2.927
532 01-1	011	Entgelte für Hausmeisterdienste	14.950	3.800	6.951
71.90.01	700		14.950		1.350
532 10-0	011	Kosten für Online-Informationen	0	0	0
71.90.01	700		0		0
532 30-5	011	Management von Gebäudedienstleistungen	10.000	0	0
71.90.01	700		11.000		0
532 61-5	011	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	38.950	23.620	28.755
71.90.01	700		38.940		24.370
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 71-2	012	An Performa Nord, Entgelte für	28.760	15.000	20.095
71.90.01	700	Dienstreiseabrechnungen	29.260		16.957
532 72-0	011	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	29.060	10.000	16.221
71.90.01	700	leistungen	29.860		8.845
532 75-5	011	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	0	10.000	0
71.90.01	700		0		8.354
532 80-1	011	An BreKom für Telekommunikationsleistungen	0	63.000	62.758
71.90.01	700		0		62.246
539 01-6	011	Umzugs- und Verlegungskosten	2.000	3.000	481
71.90.01	700		2.000		524
539 09-1	011	Stellenausschreibungen	2.600	0	0
71.90.01	700		2.600		0
539 10-5	011	Kosten für Vorstellungsreisen	500	500	237
71.90.01	700		500		0

Kapitel 0700
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
539 99-7	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	10.500	10.500	8.887
71.90.01	700		10.500		6.640
634 54-0	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	35.500	0	0
71.01.04	700	-refinanziert- (Gewerbeflächen/Regionalplanung) Siehe zu 422 54-2.	35.500		0
634 57-4	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
71.01.07	700	-refinanziert- (Wirtschaftsförderung Bremerhaven) Siehe zu 422 57-7.	0		0
634 58-2	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
71.01.08	700	-refinanziert- (EU-Programme/Planung) Siehe zu 422 58-5.	0		0
634 97-3	018	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	58.590	64.684
71.90.01	700	(Senatorische Angelegenheiten Häfen)	0		61.992
634 98-1	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	47.520	130.589
71.90.01	700		0		170.175
700 05-4	011	Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere	0	0	0
71.90.01	700	Instandsetzungen	0		0
725 10-3	011	Umbau- und Renovierungsarbeiten im	0	25.000	0
71.90.01	700	Schünemannhaus	0		2.297
812 02-2	011	Erwerb von Inventar	50.760	15.000	6.657
71.90.01	700		50.960		16.621
812 10-3	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegen-	4.740	1.500	58.226
71.90.01	700	ständen und ähnliches	4.740		2.453
980 41-3	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	0	5.942
71.90.01	700	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeiterfassung	0		5.841
981 41-0	892	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im	0	0	0
71.90.01	700	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		0
984 01-0	892	An Hst. 3700/384 01-1 für die Wahrnehmung von	0	0	0
71.90.01	700	Landesaufgaben	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 0700	8.865.790	9.710.240	11.395.887
			8.832.540		11.394.878
		Abschluss Kapitel 0700			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0700	4.134.350	4.250.000	5.166.226
			4.134.350		4.134.512
		Zuschuss/Überschuss	-4.731.440	-5.460.240	-6.229.662
			-4.698.190		-7.260.367

Kapitel 0701**Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0701		Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen			
		EINNAHMEN			
119 06-1	011	Erstattungen/Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	0
71.90.01	700		0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0701	0	0	0
			0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 09-0	012	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	0	13.800	0
71.02.01	700	(Produktplan Wirtschaft)	0		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
422 19-8	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	0	8.500	0
81.01.01	700	(Produktplan Häfen)	0		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
422 90-2	012	Nachversicherungen für ausgeschiedene Beamtinnen	58.000	0	0
71.90.01	700	und Beamte (Zentrale Dienste)	58.590		0
	925	Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
432 29-0	011	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten	45.740	0	0
71.90.01	700	im einstweiligen Ruhestand	46.240		0
	925				
432 71-1	018	Versorgungsbezüge der Beamten	2.179.820	2.032.090	1.933.861
92.02.01	900	(Produktplan Wirtschaft)	2.262.300		1.870.749
	925				
432 81-9	018	Versorgungsbezüge der Beamten	1.259.050	1.109.420	1.283.299
92.02.01	900	(Produktplan Häfen)	1.238.610		1.239.246
	925				
435 71-0	018	Versorgungsbezüge der Angestellten	0	12.480	14.524
92.02.01	900	(Produktplan Wirtschaft)	0		14.406
	925				
435 81-8	018	Versorgungsbezüge der Angestellten	0	15.570	6.489
92.02.01	900	(Produktplan Häfen)	0		6.849
	925				
436 71-7	018	Versorgungsbezüge nach dem Bremischen	0	17.360	16.816
92.02.01	900	Ruhelohngesetz (Produktplan Wirtschaft)	0		16.816
	925				
436 81-4	018	Versorgungsbezüge nach dem Bremischen	0	112.990	102.731
92.02.01	900	Ruhelohngesetz (Produktplan Häfen)	0		108.404
	925				
438 71-0	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und	27.070	0	0
92.02.01	900	Arbeitnehmer (Produktplan Wirtschaft)	26.300		0
	925				
438 81-7	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und	108.870	0	0
92.02.01	900	Arbeitnehmer (Produktplan Häfen)	105.770		0
	925				

Kapitel 0701
Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
441 11-7	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	27.330	0	0
71.01.01	700	innen und Versorgungsempfänger	28.150		0
	928	(Mittelstand/Industrie/Außenhandel)			
441 12-5	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	13.110	0	0
71.01.02	700	innen und Versorgungsempfänger	13.510		0
	928	(Innovation/Technologie)			
441 14-1	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	22.170	0	0
71.01.04	700	innen und Versorgungsempfänger	22.840		0
	928	(Gewerbeflächen/Regionalplanung)			
441 16-8	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	17.730	0	0
71.01.06	700	innen und Versorgungsempfänger	18.260		0
	928	(Dienstleistungsförderung/Tourismus/Zentren)			
441 17-6	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
71.01.07	700	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	(Wirtschaftsförderung Bremerhaven)			
441 18-4	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
71.01.08	700	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	(EU-Programme/Planung)			
441 54-0	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
71.01.04	700	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	-refinanziert- (Gewerbeflächen/Regionalplanung)			
441 57-5	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
71.01.07	700	innen und Versorgungsempfänger -refinanziert-	0		0
	928	(Wirtschaftsförderung Bremerhaven)			
441 58-3	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
71.01.08	700	innen und Versorgungsempfänger -refinanziert-	0		0
	928	(EU-Programme/Planung)			
441 71-0	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	6.650	71.929
71.90.01	700	und dgl. (Produktplan Wirtschaft)	0		43.013
	928				
441 72-9	841	Beihilfen (Sekt. Wirtschaftsförd. / Sonstiges)	0	25.310	66.551
71.90.01	700		0		59.579
	928				

Kapitel 0701
Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
441 73-7	841	Beihilfen (Senatorische Angelegenheiten Häfen)	0	97.840	45.735
71.90.01	700		0		86.785
	928				
441 81-8	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	54.880	0
71.90.01	700	und dgl. (Produktplan Häfen)	0		0
	928				
441 90-7	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	187.650	0	0
71.90.01	700	innen und Versorgungsempfänger	193.270		0
	928	(Zentrale Dienste)			
446 71-2	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	212.040	137.380	167.771
92.02.01	900	(Produktplan Wirtschaft)	220.720		87.867
	928				
446 81-0	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	157.190	86.420	100.604
92.02.01	900	(Produktplan Häfen)	163.630		109.736
	928				
632 12-5	611	Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben für das LBEG	7.400	7.400	15.898
71.90.01	700	Niedersachsen	7.400		19.910
632 19-2	011	Kostenanteil an der Geschäftsführung der	1.600	1.600	1.132
71.90.01	700	Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz	1.600		1.666
685 02-4	651	Mitgliedsbeiträge	19.000	18.900	18.867
71.90.01	700		19.000		18.876
Gesamtausgaben Kapitel 0701			4.343.770	3.758.590	3.846.205
			4.426.190		3.683.901
Abschluss Kapitel 0701					
Gesamteinnahmen Kapitel 0701			0	0	0
			0		0
Zuschuss/Überschuss			-4.343.770	-3.758.590	-3.846.205
			-4.426.190		-3.683.901

Kapitel 0702
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (bis 2015)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0702		Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (bis 2015)			
		EINNAHMEN			
119 06-5	521	Erstattungen/Rückzahlungen von Zuwendungen	0	500	875
71.02.01	700		0		1.300
231 10-8	521	Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum/GAK	0	289.200	36.179
71.02.01	700		0		85.408
331 21-8	521	Vom Bund, Entwicklung ländlicher Raum/GAK	0	253.500	141.350
71.02.01	700		0		71.516
380 79-0	892	Von Hst. 0629/980 10-5, Anteil an der Kosten-	0	0	190.853
71.02.01	700	erstattung Niedersachsen (Staatsvertrag)	0		174.194
		Gesamteinnahmen Kapitel 0702	0	543.200	369.257
			0		332.418

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
531 01-2	511	Kosten für Untersuchungen	0	65.000	96.491
71.02.01	700		0		83.148
531 10-1	522	Beteiligung an Messen und Ausstellungen	0	30.000	32.725
71.02.01	700		0		32.725
531 20-9	511	Kosten f. EDV-Programme in d. Ernährungswirtschaft	0	3.500	3.431
71.02.01	700		0		3.495
531 77-2	511	Kosten für die Ernährungswirtschafts-	0	6.000	0
71.02.01	700	meldeverordnung	0		0
531 78-0	511	Kosten für die Düngemittelkontrolle	0	6.000	6.000
71.02.01	700		0		5.000
531 79-9	521	Kosten im Zsh. mit der Abwicklung des EAGFL	0	0	0
71.02.01	700		0		626
632 17-0	512	Kostenanteil an das staatliche Fischereiamt	0	150.000	114.879
71.02.01	700	Bremerhaven	0		174.611
632 19-6	532	Kostenanteil an der Hochsee-Enquete	0	100	331
71.02.01	700		0		0
632 50-1	521	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung	0	466.000	60.610
71.02.01	700	ländlicher Raum (GAK)	0		149.633
632 79-0	521	Kostenerstattung an Niedersachsen für die	0	143.000	286.000
71.02.01	700	Abwicklung von Förderprogrammen	0		286.000
662 50-8	521	Zinsverbilligungen, Entwicklung ländlicher Raum	0	16.000	11.133
71.02.01	700	(GAK)	0		15.017
671 16-7	511	Förderung der Wirtschaftsberatung auf dem Lande	0	115.000	115.000
71.02.01	700		0		115.000
671 19-1	511	Qualitätskontrollen für Obst, Gemüse und	0	65.000	65.808
71.02.01	700	Kartoffeln	0		64.418
683 69-6	522	Entschädigungen für Tierverluste	0	55.000	25.457
71.02.01	700		0		26.114
683 83-1	523	Förderung der Landwirtschaft und Tierzucht	0	1.000	0
71.02.01	700		0		0
684 10-2	651	Förderung der Verbraucherunterrichtung und	0	5.000	5.000
71.02.01	700	Ernährungsberatung	0		5.000
684 20-0	511	Zuschuss aufgrund des Rennwett- und	0	70.000	33.079
71.02.01	700	Lotteriegesetzes	0		35.892
684 50-1	651	Zuschuss an die Verbraucherzentrale des Landes	0	90.000	146.697
71.02.01	700	Bremen e.V. -Sachkosten-	0		96.178

Kapitel 0702
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (bis 2015)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
684 51-0	651	Zuschuss an die Verbraucherzentrale des Landes	0	200.000	192.521
71.02.01	700	Bremen e.V. -Personalkosten-	0		192.356
684 52-8	651	Zuschuss an die Verbraucherzentrale des Landes	0	205.000	205.218
71.02.01	700	Bremen e.V. - Projektförderung -	0		205.218
685 83-4	511	Förderung der Landwirtschaft und Tierzucht	0	0	0
71.02.01	700		0		0
686 80-6	522	Zuschuß an den Arbeitskreis Betriebswirtschaft und	0	400	213
71.02.01	700	Gartenbau	0		193
882 50-8	521	Zuweisungen an Niedersachsen, Entwicklung	0	393.500	228.361
71.02.01	700	ländlicher Raum (GAK)	0		119.193
Gesamtausgaben Kapitel 0702			0	2.085.500	1.628.954
			0		1.609.816
Abschluss Kapitel 0702					
Gesamteinnahmen Kapitel 0702			0	543.200	369.257
			0		332.418
Zuschuss/Überschuss			0	-1.542.300	-1.259.697
			0		-1.277.399

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0703					
Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie					
EINNAHMEN					
271 10-3	692	Einnahmen zur Förderung des bremischen	0	0	0
71.01.02	700	Innovationsprogramms Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 10-5.	0		0
272 20-7	635	Von der EU zur Förderung neuer Technologien	0	0	0
71.01.02	700	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 20-6.	0		0
281 17-6	635	Einnahmen zur Förderung von Transferstellen	0	0	34.729
71.01.02	700	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 17-6.	0		239.900
		Gesamteinnahmen Kapitel 0703	0	0	34.729
			0		239.900

Kapitel 0703
Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST
			2016 2017	2015	
			EUR		
AUSGABEN					
531 10-5	635	Kosten für Untersuchungen im Rahmen des bremischen	100.000	0	0
71.01.02	700	Innovationsprogramms 1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 271 10-3 geleistet werden. 2. Siehe zu 0709/686 56-9. 3. Die Mittel sind übertragbar.	100.000		740
661 10-6	635	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen und	0	0	0
71.01.02	700	Einrichtungen	0		100.249
683 10-0	532	Zuschuss an die Jacobs Universität Bremen	3.000.000	0	3.000.000
71.01.02	700		3.000.000		3.000.000
686 17-6	635	Förderung von Transferstellen	215.000	0	84.619
71.01.02	700	1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 281 17-6 geleistet werden. 2. Siehe zu 0709/686 56-9. 3. Die Mittel sind übertragbar.	465.000		201.512
686 20-6	635	Förderung neuer Technologien	225.000	0	0
71.01.02	700	1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 20-7 geleistet werden. 2. Siehe zu 0709/686 56-9. 3. Die Mittel sind übertragbar.	250.000		670.000
686 23-0	165	Förderung des Wissens- und Technologietransfers,	1.840.100	0	100.795
71.01.02	700	von Innovationen und Kreativwirtschaft 1. Siehe zu 0709/686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung:	2.442.500		0
		2016	2017		
		Anschlag: 1.000.000 EUR	Anschlag: 1.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 1.000.000 EUR	Abdeckung: 2018 1.000.000 EUR		
		2018 0 EUR	2019 0 EUR		
		2019 0 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
686 30-3	187	Zuwendungen an die "Nordmedia" für Zwecke der	767.000	0	0
71.01.02	700	kulturwirtschaftlichen Filmförderung	767.000		0
686 46-0	165	Förderung anwendungsorientierter Forschungs-	399.600	250.000	980.000
71.01.02	700	einrichtungen (FuE) 1. Gegenseitig deckungsfähig mit 981 46-1 und 981 56-9. 2. Siehe zu 0709/686 56-9. 3. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung:	399.700		520.000
		2016	2017		
		Anschlag: 500.000 EUR	Anschlag: 500.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 250.000 EUR	Abdeckung: 2018 0 EUR		
		2018 250.000 EUR	2019 250.000 EUR		
		2019 0 EUR	2020 250.000 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
686 57-5	165	Anlaufkosten (FuE) -konsumtiv-	0	0	156.943
71.01.02	700		0		0
891 20-9	692	Investitionszuschüsse für Innovations-	30.000	3.295.000	0
71.01.02	700	förderung Siehe zu 0709/893 56-4.	25.000		392.000

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
891 30-6	692	Investitionszuschüsse für die Kreativwirtschaft	0	0	0
71.01.02	700		0		650.000
892 60-4	133	Investitionszuschüsse für Hochschulbaumaßnahmen	0	3.000.000	10.587
71.01.02	700		0		717
980 11-2	892	An andere Kapitel für betriebliche	0	0	0
71.01.02	700	Innovationsförderung (konsumtiv)	0		0
980 12-0	892	An andere Kapitel für betriebliche	0	0	0
71.01.02	700	Innovationsförderung (investiv)	0		400.000
980 20-1	892	An andere Kapitel für die Förderung neuer	0	0	0
71.01.02	700	Technologien (konsumtiv)	0		0
980 46-5	892	An andere Kapitel für die Förderung anwendungs-	0	0	39.796
71.01.02	700	orientierter Forschungseinrichtungen (konsumtiv)	0		52.000
980 56-2	892	An andere Kapitel für Anlaufkosten (FuE)	0	0	0
71.01.02	700	(konsumtiv)	0		-2.537
981 11-9	892	An andere Kapitel für betriebliche	0	0	0
71.01.02	700	Innovationsförderung (konsumtiv)	0		0
		1. 2. Siehe zu 0709/686 56-9.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 12-7	892	An andere Kapitel für betriebliche	0	0	0
71.01.02	700	Innovationsförderung (investiv)	0		0
		1. Siehe zu 891 20-9.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 20-8	892	An andere Kapitel für die Förderung neuer	0	0	0
71.01.02	700	Technologien (konsumtiv)	0		0
		1. Siehe zu 0709/686 56-9.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 46-1	892	An andere Kapitel für die Förderung anwendungs-	0	0	0
71.01.02	700	orientierter Forschungseinrichtungen (konsumtiv)	0		0
		1. Siehe zu 0709/686 56-9.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 56-9	892	An andere Kapitel für Anlaufkosten (FuE)	0	0	0
71.01.02	700	(konsumtiv)	0		0
		1. Siehe zu 0709/686 56-9.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			

Kapitel 0703
Wirtschaftsförderung für Innovation/Technologie

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 0703	6.576.700 7.449.200	6.545.000	4.372.739 5.984.681
Abschluss Kapitel 0703					
		Gesamteinnahmen Kapitel 0703	0 0	0	34.729 239.900
		Zuschuss/Überschuss	-6.576.700 -7.449.200	-6.545.000	-4.338.011 -5.744.781

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0704		Wirtschaftsförderung für Mittelstand/Industrie/ Außenhandel			
		AUSGABEN			
531 15-0	651	Untersuchungen im Rahmen des MIP	0	0	11.005
71.01.01	700		40.000		0
682 10-7	681	Außenwirtschaftliche Infrastruktur	80.000	60.000	141.045
71.01.01	700		80.000		80.000
682 12-3	681	Kosten für Geschäftsbesorgung (Außenwirtschaft)	0	0	0
71.01.01	700		0		10.000
682 50-6	681	Förderung von Gewerbe- und Dienstleistungszentren	0	0	0
71.01.01	700		0		0
683 20-0	691	Förderung von Existenzgründungen	0	0	644.400
71.01.01	700	1. Siehe zu 0709/686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		825.400
685 10-6	691	Mittelstands- und Existenzgründungsoffensiven	178.500	894.000	956.619
71.01.01	700	1. Siehe zu 0709/686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung:	178.500		1.059.154
		2016	2017		
		Anschlag: 0 EUR	Anschlag: 1.830.000 EUR		
		Abdeckung: 2017	Abdeckung: 2018		
		0 EUR	915.000 EUR		
		2018	2019		
		0 EUR	915.000 EUR		
		2019	2020		
		0 EUR	0 EUR		
		2020ff	2021ff		
		0 EUR	0 EUR		
891 20-2	691	Zuschüsse zur Verbesserung der	0	0	0
71.01.01	700	Wirtschaftsstruktur	0		0
891 35-0	691	Darlehensverpflichtung Musical	1.343.000	1.343.000	1.343.000
71.01.01	700	(Anschlußfinanzierung)	1.343.000		1.343.000
		Gesamtausgaben Kapitel 0704	1.601.500	2.297.000	3.096.070
			1.641.500		3.317.554
		Abschluss Kapitel 0704			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0704	0	0	0
			0		0
		Zuschuss/Überschuss	-1.601.500	-2.297.000	-3.096.070
			-1.641.500		-3.317.554

Kapitel 0706
Wirtschaftsförderung für Bremerhaven

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0706					
Wirtschaftsförderung für Bremerhaven					
EINNAHMEN					
331 20-4	532	Vom Bund für Zuschüsse zur Verbesserung	150.000	150.000	32.357
71.01.07	700	der Marktstruktur (GAK) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 90-0.	150.000		31.282
346 28-7	532	Von der EU für Maßnahmen des Programms FIAF	0	0	0
71.01.07	700		0		0
346 29-5	532	Von der EU für das Fischereiprogramm EFF	0	1.300.000	802.781
71.01.07	700		0		621.019
346 30-9	532	Von der EU f. das Fischereiprogramm EMFF 2014-2020	0	0	0
71.01.07	700		200.000		0
387 20-0	891	Von Hst. 6651/987 01, Rückzahlung nicht verbrauch-	0	0	0
71.01.01	700	ter Mittel für Infrastrukturmaßnahmen -investiv-	0		0
387 21-8	891	Von Hst. 6782/987 01, Rückzahlung nicht verbrauch-	0	0	0
71.01.01	700	ter Mittel für Infrastrukturmaßnahmen -investiv-	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0706			150.000	1.450.000	835.139
			350.000		652.301

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
526 10-2	692	Gutachten und Untersuchungen	0	0	0
71.01.07	700		0		0
		1. Siehe zu 0709/686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.			
531 25-4	532	Kosten für die Abwicklung des EU-Programms FIAF	0	0	0
71.01.07	700		0		0
531 27-0	532	Kosten für die Abwicklung des EU-Programms EFF	0	50.000	67.305
71.01.07	700		0		55.065
531 30-0	532	Kosten für die Abwicklung des EU-Programms EMFF	100.000	20.000	0
71.01.07	700		70.000		0
564 22-5	831	Zinsen für Projekte 9602-L und 9922-L	0	0	8.690
71.01.07	700	Kommunale Projekte und Innenstadtprogramm Bremerhaven	0		8.698
632 30-1	512	Kostenanteil an das staatliche Fischereiamt	150.000	0	0
71.01.07	700	Bremerhaven	150.000		0
632 31-0	532	Kostenanteil an der Hochsee-Enquete	100	0	0
71.01.07	700		100		0
634 10-0	813	An das Sondervermögen Gewerbeflächen	280.000	280.000	280.000
71.01.07	700	(Bremerhaven) -Sachkosten-	280.000		280.000
634 11-8	813	An das Sondervermögen Gewerbeflächen	380.000	380.000	380.000
71.01.07	700	(Bremerhaven) -Personalkosten-	380.000		380.000
682 11-2	691	Zuschuss an die BRIG-Betreiber-gesellschaft	0	0	307.000
71.01.07	700		0		307.000
		1. Siehe zu 0709/686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.			
682 31-7	691	Zuschüsse zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	100.000	45.000	45.000
71.01.07	700		100.000		0
682 50-3	692	Zuschuss an die BIS -Sachkosten-	260.000	257.100	261.014
71.01.07	700		260.000		265.000
		Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungs-betrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungs-betrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.			
682 51-1	692	Zuschuss an die BIS -Personalkosten-	890.000	249.750	253.550
71.01.07	700		895.000		257.400
		Siehe Erläuterung zu 682 50-3.			
683 20-8	532	Zuschuss an das Institut für Fischqualität	0	0	0
71.01.07	700	-Sachkosten-	0		0
683 40-2	651	Förderung von überregional bedeutsamen	0	0	0
71.01.07	700	Veranstaltungen in Bremerhaven	0		0

**Kapitel 0706
Wirtschaftsförderung für Bremerhaven**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
684 11-5 71.01.07	692 700	An den Verein zur Förderung des Technologie- transfers an der Hochschule Bremerhaven e.V. (TTZ) -Sachkosten- Der Anschlag wurde wie folgt ermittelt: Einnahmen 1. Eigene Einnahmen 2. Zuwendungen Bremens 3. Zuwendungen anderer (öffentl.) Stellen Summe der Einnahmen Ausgaben 1. Personalausgaben 2. Übrige lfd. Ausgaben 3. Investitionsausgaben Summe der Ausgaben	265.000 265.000	265.000	265.000 265.000
		2016 / 2017			
		2.010.000 / 2.110.000			
		684.000 / 684.000			
		3.296.000 / 3.064.000			
		5.990.000 / 5.840.000			
		4.240.000 / 4.240.000			
		1.550.000 / 1.400.000			
		200.000 / 200.000			
		5.990.000 / 5.840.000			
684 12-3 71.01.07	692 700	An den Verein zur Förderung des Technologie- transfers an der Hochschule Bremerhaven e.V. (TTZ) -Personalkosten- Siehe zu 684 11-5.	399.000 399.000	399.000	399.000 399.000
686 40-1 71.01.07	651 700	Förderung von Marketingprojekten in Bremerhaven 1. Siehe zu 0709/686 56-9. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung:	0 0	685.000	463.300 148.300
		2016		2017	
		Anschlag: 1.000.000 EUR	Anschlag: 800.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 0 EUR	Abdeckung: 2018 0 EUR		
		2018 600.000 EUR	2019 300.000 EUR		
		2019 400.000 EUR	2020 500.000 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
891 20-0 71.01.07	692 700	Zuschüsse für die infrastrukturelle Erschließung Verpflichtungsermächtigung:	33.000 33.000	32.700	3.058.829 -163.259
		2016		2017	
		Anschlag: 2.500.000 EUR	Anschlag: 2.500.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 0 EUR	Abdeckung: 2018 0 EUR		
		2018 2.500.000 EUR	2019 2.500.000 EUR		
		2019 0 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
891 21-8 71.01.07	692 700	Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven Siehe zu 0709/893 56-4. Verpflichtungsermächtigung:	9.139.000 81.000	4.260.370	3.807.117 2.593.730
		2016		2017	
		Anschlag: 10.000.000 EUR	Anschlag: 10.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 0 EUR	Abdeckung: 2018 0 EUR		
		2018 5.000.000 EUR	2019 2.500.000 EUR		
		2019 5.000.000 EUR	2020 7.500.000 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
891 26-9 71.01.07	831 700	Schuldendiensthilfen an die BIS (Tilgung für Pro- jekte 9602-L und 9922-L)	0 0	0	383.544 125.828
891 29-3 71.01.07	532 700	EU-Fischereifonds (EFF) 2007-2013	0 0	2.580.000	4.018.611 1.116.712

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
891 30-7	532	EU-Fischereifonds (EMFF) 2014-2020	500.000	500.000	0
71.01.07	700		500.000		0
		Verpflichtungsermächtigung:			
		2016		2017	
		Anschlag: 2.500.000 EUR		Anschlag: 2.500.000 EUR	
		Abdeckung: 2017		Abdeckung: 2018	
		500.000 EUR		1.000.000 EUR	
		2018		2019	
		1.500.000 EUR		1.500.000 EUR	
		2019		2020	
		500.000 EUR		0 EUR	
		2020ff		2021ff	
		0 EUR		0 EUR	
891 50-1	692	Zuschuss an die BIS für Investitionen	550.000	550.000	550.000
71.01.07	700		550.000		550.000
		<i>Siehe Erläuterung zu 682 50-3.</i>			
891 60-9	692	Erschließung Fischereihafen	0	0	0
71.01.07	700		0		0
891 75-7	692	Erschließung Carl-Schurz-Gelände	0	0	0
71.01.07	700		0		0
891 90-0	532	Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK- (BIS)	250.000	250.000	53.929
71.01.07	700		250.000		52.137
		1. Über 100.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 20-4 geleistet werden.			
		2. Es wird die Ermächtigung erteilt, Verpflichtungen nach Maßgabe der Fassung des jeweils gültigen Rahmenplans der GA "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und des jeweils gültigen Finanzplanes des Landes einzugehen.			
892 25-7	691	Investive Landeszuschüsse	0	0	0
71.01.07	700		0		0
892 28-1	532	Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des	0	0	0
71.01.07	700	EU-Programms "FIAP"	0		0
893 11-3	692	Zuschuss an das TTZ für Investitionen	20.000	20.000	20.000
71.01.07	700		20.000		20.000
		<i>Siehe Erläuterung zu 684 11-5.</i>			
919 10-4	851	Zuführung an die Sonderrücklage Fischereiprogramm	0	0	0
71.01.07	700	EFF	0		0
	901				
980 20-2	892	An Hst. 0700/380 75-0, Erstattung von Personal-	0	0	0
71.01.07	700	ausgaben OTB (investiv)	0		122.479
980 29-6	892	An Hst. 0700/380 75-0, Erstattung von Personal-	0	0	66.354
71.01.07	700	ausgaben EFF (investiv)	0		70.095
981 20-9	892	An Hst. 0700/381 57-9, Erstattung von Personal-	0	0	0
71.01.07	700	ausgaben OTB (investiv)	0		0
		1. Siehe zu 0709/893 56-4.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
985 20-4	891	An Hst. 6782/385 05 und 11 für Infrastruktur-	0	0	5.082.750
71.01.07	700	maßnahmen (investiv)	0		540.000
		1. Siehe zu 0709/893 56-4.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			

Kapitel 0706
Wirtschaftsförderung für Bremerhaven

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
985 31-0	891	An Hst. 6782/385 04 für die Flugplatzbetriebs-	143.000	143.000	143.000
71.01.07	700	gesellschaft mbH (konsumtiv)	143.000		143.000
985 35-2	891	An Hst. 6782/385 09 für wirtschaftsnahe	0	0	0
71.01.07	700	Infrastruktur (konsumtiv)	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0706			13.459.100	10.966.920	19.913.993
			4.376.100		7.536.183
Abschluss Kapitel 0706					
Gesamteinnahmen Kapitel 0706			150.000	1.450.000	835.139
			350.000		652.301
Zuschuss/Überschuss			-13.309.100	-9.516.920	-19.078.854
			-4.026.100		-6.883.882

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0709 Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung					
EINNAHMEN					
119 06-0	692	Erstattungen/Rückzahlungen von Zuwendungen	60.000	60.000	375.257
71.01.08	700		60.000		22.109
119 11-7	693	Erstattungen / Rückzahlungen von Zuwendungen (GRW)	0	0	20.118
71.01.08	700		0		43.125
162 10-1	691	Zinsen nach Par. 44 LHO	0	0	180
71.01.08	700		0		113
162 11-0	692	Zinsen nach Par. 44 LHO (GRW)	0	0	0
71.01.08	700		0		0
272 56-0	692	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020 (kons.)	523.000	420.000	0
71.01.08	700	<i>Mehr- und Mindereinnahmen sind innerhalb der Programmlaufzeit auszugleichen.</i>	1.822.000		0
272 75-6	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	0	0
71.01.08	700	in Bremerhaven Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 985 75-2.	0		0
272 82-9	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	423.000	0
71.01.08	700	bei SBW <i>Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt im Produktplan 24 (SBW) im Kapitel 0292.</i>	0		128.403
272 83-7	692	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	0	0	0
71.01.08	700	bei SBW <i>Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 981 83-8. Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt im Produktplan 24 (SBW) im Kapitel 0292.</i>	0		0
272 84-5	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	0	0
71.01.08	700	bei SWAH -Bereich Arbeit- <i>Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt im Produktplan 31 (SWAH) bei Hst. 0308/686 56-6.</i>	0		232.258
272 85-3	692	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	0	150.000	0
71.01.08	700	bei SUBV <i>Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 981 85-4 Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt im Produktplan 68 (SUBV) im Kapitel 0680.</i>	0		0
331 10-8	693	Vom Bund für Gemeinschaftsaufgabe Regionale	5.137.500	2.500.000	1.487.874
71.01.08	700	Wirtschaftsstruktur (GRW) <i>Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 891 70-7, 891 80-4 und 985 34-5.</i>	7.986.500		1.725.411
346 56-3	692	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	1.568.000	3.400.000	0
71.01.08	700	<i>Mehr- und Mindereinnahmen sind innerhalb der Programmlaufzeit auszugleichen.</i>	5.471.000		0
346 70-9	692	Von der EU für Maßnahmen innerhalb des	0	0	0
71.01.08	700	Programms "EFRE" Ziel-2 (Phase V)	0		174.755
346 72-5	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	10.500.000	0
71.01.08	700	<i>Mehr- und Mindereinnahmen sind innerhalb der Programmlaufzeit auszugleichen.</i>	0		9.434.264

Kapitel 0709
Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
346 73-3	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	0	0
71.01.08	700	bei SUBV	0		1.294.012
346 74-1	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	698.000	0
71.01.08	700	bei SBW	0		451.145
346 75-0	692	Von der EU, Zentrale Einnahme für das Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2007 - 2013 (Bescheinigungsbehörde) <i>Mehr- und Mindereinnahmen sind innerhalb der Programmlaufzeit auszugleichen.</i>	0		1.455.379
346 76-8	692	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	407.000	848.000	0
71.01.08	700	bei SUBV <i>Mehreinnahmen sind zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 981 55-2. Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt im Produktplan 68(SUBV) im Kapitel 0680.</i>	1.417.000		0
346 77-6	692	Von der EU für das Programm EFRE 2007-2013	0	0	0
71.01.08	700	in Bremerhaven <i>Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 985 77-9.</i>	0		257.413
346 78-4	692	Von der EU für das Programm EFRE 2014-2020	407.000	0	0
71.01.08	700	bei SWGV <i>Mehreinnahmen sind zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 981 58-7. Die Veranschlagung der Ausgaben erfolgt im Produktplan 24 (SWG) im Kapitel 0292.</i>	1.417.000		0
359 01-0	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	105.000
71.01.08	700		0		10.879
	900				
359 03-7	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	12.752.267
71.01.08	700		0		14.437.674
	900				
359 10-0	851	Entnahme aus der Sonderrücklage EFRE 2007- 2013	0	0	20.931.825
71.01.08	700	Bescheinigungsstelle	0		0
	900				
386 91-3	892	Von Hst. 3709/986 91-0, Kostenerstattung	17.457.550	14.398.620	12.582.330
71.01.08	700	für Wirtschaftsförderung	17.349.300		9.388.620
387 90-1	891	Von Hst. 6782/987 05, Kostenerstattung für	0	4.000.000	4.000.000
71.01.08	700	wirtschaftsfördernde Maßnahmen	0		4.000.000
389 90-4	891	Von Hst.6782/989 05, Kostenerstattung für	4.000.000	0	0
71.01.08	700	wirtschaftsfördernde Maßnahmen	4.000.000		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0709			29.560.050	37.397.620	52.254.851
			39.522.800		43.055.560

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
531 10-7	692	Kosten für Wirtschaftsförderung, Projekt-	20.000	11.900	401.429
71.01.08	700	planung u.ä. 1. Siehe zu 686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.	20.000		244.206
634 20-8	645	Zuweisung an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	43.900	87.150	36.402
71.01.08	700	(WFB) zur Deckung der Mehrbelastung aus der getrennten Abwassergebühr	43.900		14.936
661 01-9	691	Zinsen für Vorfinanzierungen (Förderprogramme)	0	0	0
71.01.08	700		0		0
671 20-0	692	Erstattung von Personalausgaben für	0	0	-150.673
71.01.08	700	Wirtschaftsförderung	0		154.190
682 20-2	692	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	3.680.000	3.682.000	3.738.080
71.01.08	700	(WFB) -Sachkosten- Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.	3.680.000		3.795.000
682 21-0	692	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	2.574.000	1.634.820	1.659.720
71.01.08	700	(WFB) -Personalkosten- Siehe Erläuterung zu 682 20-2.	2.566.000		1.685.000
682 22-9	692	Technologieförderungen (WFB)	0	0	2.723.180
71.01.08	700	1. Siehe zu 686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		1.246.000
682 23-7	692	Technologieförderungen (BIS)	0	0	633.598
71.01.08	700	1. Siehe zu 686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		166.034
686 55-0	692	EU-Programme EFRE 2007-2013 -konsumtiv-	0	5.000.000	0
71.01.08	700		0		0
686 56-9	692	EU-Programm EFRE 2014-2020 -konsumtiv-	2.400.000	840.000	0
71.01.08	700	Gegenseitig deckungsfähig mit 0703/531 10-5, 0703/686 17-6, 0703/686 20-6, 0703/686 23-0, 0703/686 46-0, 0703/981 11-9, 0703/981 20-8, 0703/981 46-1, 0703/981 56-9, 0704/683 20-0, 0704/685 10-6, 0706/526 10-2, 0706/682 11-2, 0706/686 40-1, 0709/531 10-7, 0709/682 22-9, 0709/682 23-7, 0709/686 56-9, 0709/984 11-0, 0754/682 40-0, 0754/686 22-7 und 0754/686 55-3. Verpflichtungsermächtigung:	3.100.000		0
			2016	2017	
		Anschlag:	8.000.000 EUR	Anschlag:	10.000.000 EUR
		Abdeckung:		Abdeckung:	
		2017	800.000 EUR	2018	1.000.000 EUR
		2018	2.200.000 EUR	2019	1.000.000 EUR
		2019	5.000.000 EUR	2020	5.000.000 EUR
		2020ff	0 EUR	2021ff	3.000.000 EUR
812 10-6	692	Investitionen für Wirtschaftsförderung,	0	0	0
71.01.08	700	Projektplanung u.ä.	0		0
871 10-2	811	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	300.000	375.000	439.626
71.01.08	700		200.000		196.455

**Kapitel 0709
Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2014 2013
			2016 2017	2015 2016	
			EUR		
888 10-2	692	Sonstige Zuweisungen für Investitionen	0	0	15.063
71.01.08	700		0		0
888 55-2	692	EU-Programme EFRE 2007 - 2013 - investiv -	0	15.134.600	0
71.01.08	700		0		0
888 56-0	692	EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-	0	4.600.000	0
71.01.08	700		0		0
891 22-7	691	Förderprogramme - BAB -	1.756.000	2.700.000	2.477.876
71.01.08	700	Siehe zu 893 56-4.	1.764.100		2.800.000
891 23-5	691	Förderprogramme - BIS -	460.000	1.100.000	1.013.125
71.01.08	700	Siehe zu 893 56-4.	454.900		1.221.000
891 70-7	693	GRW-Massnahmen (BAB)	5.138.000	3.000.000	1.921.652
71.01.08	700	Für 2016: Über 5.138.500 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 891 70-7, 891 80-4 und 985 34-5 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 10-8 geleistet werden. Für 2017: Über 7.986.500 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 891 70-7, 891 80-4 und 985 34-5 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 331 10-8 geleistet werden. Verpflichtungsermächtigung:	7.987.000		885.707
		2016		2017	
		Anschlag: 8.000.000 EUR	Anschlag: 8.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 3.000.000 EUR	Abdeckung: 2018 4.000.000 EUR		
		2018 4.000.000 EUR	2019 4.000.000 EUR		
		2019 1.000.000 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
891 80-4	693	GRW-Massnahmen (BIS)	5.137.000	2.000.000	1.054.096
71.01.08	700	Siehe zu 891 70-7. Verpflichtungsermächtigung:	7.986.000		1.505.115
		2016		2017	
		Anschlag: 8.000.000 EUR	Anschlag: 8.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 3.000.000 EUR	Abdeckung: 2018 4.000.000 EUR		
		2018 4.000.000 EUR	2019 4.000.000 EUR		
		2019 1.000.000 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
892 10-0	732	Innovationsförderung Schiffbau	1.000.000	0	0
71.01.08	700		1.000.000		0
893 20-3	692	Zuschüsse an die Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	1.550.000	1.548.400	1.580.000
71.01.08	700	(WFB) -Investitionen- Siehe Erläuterung zu 682 20-2.	1.550.000		1.580.000
893 56-4	692	EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-	9.913.000	0	0
71.01.08	700	Gegenseitig deckungsfähig mit 0703/891 20-9, 0706/891 21-8, 0706/981 20-9, 0706/985 20-4, 0709/891 22-7, 0709/891 23-5, 0709/893 56-4 und 0709/984 10-1. Verpflichtungsermächtigung:	13.092.000		0
		2016		2017	
		Anschlag: 15.000.000 EUR	Anschlag: 20.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 5.000.000 EUR	Abdeckung: 2018 2.000.000 EUR		
		2018 5.000.000 EUR	2019 2.000.000 EUR		
		2019 5.000.000 EUR	2020 10.000.000 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 6.000.000 EUR		

Kapitel 0709
Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
893 76-9	692	Kosten der Kajeunterhaltung	100.000	134.000	106.697
71.01.08	700		100.000		49.000
919 01-6	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	21.015
71.01.08	700		0		26.560
	901				
919 03-2	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	13.164.560
71.01.08	700		0		12.752.267
	901				
919 10-5	851	Zuführung an die Sonderrücklage EFRE	0	0	0
71.01.08	700	2007 - 2013 - Bescheinigungsstelle -	0		1.455.370
	901				
972 99-5	883	Minderausgaben	0	0	0
71.01.08	700		0		0
980 20-3	892	An Hst. 0700/380 75-0. Erstattung von Perso-	0	0	564.316
71.01.08	700	nalausgaben für die Umsetzung des WAP	0		615.133
980 55-6	892	An Hst. 0680/380 23-6 (SUBV) für das Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 -investiv-	0		0
980 56-4	892	An Hst. 0680/380 22-5 (SUBV) für das EU-Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2007 - 2013 -investiv-	0		0
980 57-2	892	An Hst. 0292/380 40-2 (SBW) für das EU-Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2007 - 2013 (investiv)	0		0
980 58-0	892	An Hst. 0292/380 41-0 (SBW) für das Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 -investiv-	0		0
980 82-3	892	An Hst. 0292/380 60-7 (SBW) für das EU-Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2007 - 2013 -konsumtiv-	0		0
980 83-1	892	An Hst. 0292/380 61-5 (SBW) für das EU-Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 -konsumtiv-	0		0
980 84-0	892	An Hst. 0308/380 56-4 (SWAH -Arbeit-) für das	0	0	0
71.01.08	700	EU-Programm EFRE 2007 - 2013 (konsumtiv)	0		0
981 20-0	892	An Hst. 0700/381 58-7. Erstattung von Perso-	0	0	0
71.01.08	700	nalausgaben (EU-Programme/Planung)	0		0
		derung			
		1. Siehe zu 686 56-9.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 55-2	892	An Hst. 0680/381 23-2 (SUBV) für das Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 (konsumtiv)	0		0
		1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei 346			
		76-8 geleistet werden.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			

Kapitel 0709
Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST
			2016 2017	2015	
			EUR		
981 58-7	892	An Hst. 0292/381 41-7 (SWGv) für das Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 (investiv) 1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei 346 78-4 geleistet werden. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
981 83-8	892	An Hst. 0292/381 61-1 (SWGv) für das EU-Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 (konsumtiv) 1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 83-7 geleistet werden. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
981 85-4	892	An Hst 0680/381 23-2 (SUBV) für das Programm	0	0	0
71.01.08	700	EFRE 2014-2020 (investiv) Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 85-3 geleistet werden.	0		0
984 10-1	892	An Hst. 3709/384 10-3 für EU-Programme (investiv)	0	0	17.102.401
71.01.08	700	1. Siehe zu 893 56-4. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		4.949.989
984 11-0	892	An Hst. 3709/384 11-1, Zuweisung für EU-Programme	0	0	173.380
71.01.08	700	(konsumtiv) 1. Siehe zu 686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		840.474
984 91-8	892	An Hst. 3709/384 20-0, Kostenerstattung für	11.788.650	8.309.620	8.082.770
71.01.08	700	Wirtschaftsförderung	9.437.300		12.327.000
985 34-5	891	An Hst. 6782/385 11 für Infrastrukturmaßnahmen	0	0	0
71.01.08	700	(GRW) Siehe zu 891 70-7.	0		1.060.000
985 75-2	891	An Hst. 6782/385 17 für das EU-Programm EFRE	0	0	0
71.01.08	700	2007-2013 Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 75-6 geleistet werden.	0		74.221
985 77-9	891	An Hst. 6782/385 21 für Maßnahmen innerhalb des	0	0	0
71.01.08	700	EU-Programms EFRE 2007 - 2013 (inv.) Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 346 77-6 geleistet werden	0		257.413
985 90-6	891	An Hst. 6782/385 02, Kostenerstattung	5.000.000	5.000.000	5.000.000
71.01.08	700	für wirtschaftsfördernde Massnahmen Die Mittel sind übertragbar.	5.000.000		5.000.000
Gesamtausgaben Kapitel 0709			50.860.550	55.157.490	61.758.313
			57.981.200		54.901.070
Abschluss Kapitel 0709					
Gesamteinnahmen Kapitel 0709			29.560.050	37.397.620	52.254.851
			39.522.800		43.055.560
Zuschuss/Überschuss			-21.300.500	-17.759.870	-9.503.462
			-18.458.400		-11.845.510

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0715		Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)			
		AUSGABEN			
564 12-2	831	BKF-Zinsen für das Projekt 9913-L	39.000	111.000	101.268
71.01.04	700	Bremer Vulkan Baustein Ost	29.000		101.221
	900				
564 13-0	831	BKF-Zinsen für das Projekt 9909-L	0	0	261
71.01.04	700	Huckelriede/Cambrai-Kaserne	0		303
	900				
564 15-7	831	BKF-Zinsen für das Projekt 9919-L	150.000	464.000	328.948
71.01.04	700	Logistik-Zentrum GVZ	111.000		408.283
	900				
564 16-5	831	BKF-Zinsen für das Projekt 9916-L	88.000	130.000	124.811
71.01.04	700	Bremer Vulkan Erschließung	70.000		143.028
	900				
564 18-1	831	BKF-Zinsen für das Projekt 0602-L	0	0	16.800
71.01.04	700	Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	0		50.315
	900				
564 19-0	831	BKF-Zinsen für das Projekt 0603-L	0	0	0
71.01.04	700	Flächenkäufe II	0		807
	900				
564 32-7	831	Zinsen für das Projekt 0214-L	0	0	0
71.01.04	700	Sondervermögen Überseestadt	0		0
564 39-4	831	BKF-Zinsen für das Projekt 0503-L	0	0	3
71.01.04	700	Bremer Industriepark	0		20.397
	900				
564 40-8	831	BKF-Zinsen für das Projekt 0502-L	0	0	7.821
71.01.04	700	Universum	0		62.651
	900				
790 10-6	692	Vor- und Nachlaufkosten bei Erschließungsmaßnahmen	0	0	3.763
71.01.04	700		0		60.153
891 42-5	692	Erschließungsmaßnahmen im Technologiepark	0	75.000	3.033.000
71.01.04	700		0		319.437
891 50-6	692	Bremer Industriepark (BIP)	16.000	16.300	0
71.01.04	700		16.000		0
891 53-0	691	Gewerbepark Hansalinie Bremen	1.500.000	2.993.900	1.066.276
71.01.04	700		1.500.000		885.599
891 91-3	691	Science Park	0	0	0
71.01.04	700		0		0

Kapitel 0715
Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
893 20-7	692	Umnutzung des Bremer Vulkan-Geländes	23.000	22.200	115.083
71.01.04	700		11.000		0
893 22-3	831	BKF-Tilgung für das Projekt 9913-L	545.000	545.000	545.000
71.01.04	700	Bremer Vulkan Baustein Ost	545.000		545.000
	900				
893 23-1	831	BKF-Tilgung für das Projekt 9909-L	0	0	179.395
71.01.04	700	Huckelriede/Cambrai-Kaserne	0		203.000
	900				
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 790 34-3.</i>			
893 24-0	831	BKF-Tilgung für das Projekt 9919-L	2.572.000	2.572.000	2.572.000
71.01.04	700	Logistikzentrum GVZ/Niedervieland	2.572.000		2.572.000
	900				
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 790 50-5.</i>			
893 25-8	831	BKF-Tilgung für das Projekt 0502-L	0	0	474.000
71.01.04	700	Universum	0		3.323.000
	900				
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 891 49-2.</i>			
893 26-6	831	BKF-Tilgung für das Projekt 0503-L	0	0	456
71.01.04	700	Bremer Industriepark	0		1.340.000
	900				
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 891 52-2.</i>			
893 27-4	831	BKF-Tilgung für das Projekt 0602-L	0	0	573.400
71.01.04	700	Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe	0		736.000
	900				
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 891 55-7.</i>			
893 28-2	831	BKF-Tilgung für das Projekt 0603-L	0	0	0
71.01.04	700	Gewerbepark Hansalinie Flächenkäufe II	0		1.008.630
	900				
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 891 56-5.</i>			
893 29-0	831	Tilgung für das Projekt 0214-L	0	0	2.528.000
71.01.04	700	Umstrukturierungsmaßnahmen Überseestadt	0		2.528.000
		<i>Bis einschl. 2011 s. Hst. 740 32-0.</i>			
893 30-4	831	BKF-Tilgung für das Projekt 9916-L	526.000	526.000	526.000
71.01.04	700	Bremer Vulkan Erschließung	526.000		526.000
	900				

Kapitel 0715
Erschließungs- und Schwerpunktprojekte (AIP)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 0715	5.459.000	7.455.400	12.196.285
			5.380.000		14.833.824
Abschluss Kapitel 0715					
		Gesamteinnahmen Kapitel 0715	0	0	0
			0		0
		Zuschuss/Überschuss	-5.459.000	-7.455.400	-12.196.285
			-5.380.000		-14.833.824

Kapitel 0716
Schwerpunktprojekte Bremerhaven (AIP)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0716		Schwerpunktprojekte Bremerhaven (AIP)			
		AUSGABEN			
564 42-8	831	BKF-Zinsen für das Projekt 0410-L	0	0	44.798
71.01.07	700	Innenstadtplafonds Bremerhaven	0		130.515
	900				
564 48-7	831	BKF-Zinsen für das Projekt 0002-L	0	0	10.101
71.01.07	700	Innenstadtentwicklung Bremerhaven	0		12.822
891 49-6	831	BKF-Tilgung für das Projekt 0002-L	0	0	297.594
71.01.07	700	Innenstadtentwicklung Bremerhaven	0		365.145
891 95-0	691	Modernisierung Fischereihafen	0	0	-45.216
71.01.07	700		0		0
893 65-0	831	BKF-Tilgung für das Projekt 0410-L	0	0	2.715.000
71.01.07	700	Investitionszuschüsse an Bremerhaven	0		5.195.000
	900				
		Gesamtausgaben Kapitel 0716	0	0	3.022.276
			0		5.703.481
		Abschluss Kapitel 0716			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0716	0	0	0
			0		0
		Zuschuss/Überschuss	0	0	-3.022.276
			0		-5.703.481

Kapitel 0717
Dienstleistungs- und Technologieprojekte (AIP)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0717		Dienstleistungs- und Technologieprojekte (AIP)			
		AUSGABEN			
682 10-6	182	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	754.870	754.860	754.864
71.01.06	700		754.870		754.864
		Gesamtausgaben Kapitel 0717	754.870	754.860	754.864
			754.870		754.864
		Abschluss Kapitel 0717			
		Gesamteinnahmen Kapitel 0717	0	0	0
			0		0
		Zuschuss/Überschuss	-754.870	-754.860	-754.864
			-754.870		-754.864

Kapitel 0754
Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren			
		EINNAHMEN			
231 55-6	693	Vom Bund für die Förderung überregional	0	0	250.000
<i>71.01.06</i>	700	bedeutsamer Veranstaltungen Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 55-3.	0		0
282 10-0	693	Zuschüsse für die Verbesserung der Wirtschafts-	0	0	12.318
<i>71.01.06</i>	700	struktur Zweckgebunden zur Deckung von Mehrausgaben bei 682 45-0.	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 0754	0	0	262.318
			0		0

Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
634 50-2	813	An das SV Immobilien und Technik für Bauunter-	0	0	0
71.01.06	700	haltungsmieten der Zuwendungsempfänger	0		0
682 25-6	692	An die WFB für Kultur- und Sportveranstaltungen	1.100.000	1.088.900	1.249.000
71.01.06	700		1.100.000		1.330.000
682 30-2	692	An die WFB für Marketingprojekte	2.500.000	2.420.000	2.650.000
71.01.06	700		2.500.000		3.000.000
682 40-0	692	City- und Stadtteilinitiativen incl. BID-Gesetz	1.150.000	500.000	1.052.922
71.01.06	700	1. Siehe zu 0709/686 56-9. 2. Die Mittel sind übertragbar.	1.150.000		1.148.242
682 45-0	692	Anlauffinanzierung Fachmessen	200.000	200.000	212.318
71.01.06	700	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 10-0 geleistet werden.	200.000		400.000
682 50-7	692	An BTZ für Zwei Städte / Ein Land	380.000	380.000	378.000
71.01.06	700		380.000		380.000
682 60-4	692	An BTZ für Auslandsmarketing	200.000	200.000	199.858
71.01.06	700		200.000		190.000
682 70-1	692	Beteiligung an Messen	60.000	0	118.500
71.01.06	700		60.000		105.000
684 90-9	511	Zuschuss aufgrund des Rennwett- und	70.000	0	0
71.01.06	700	Lotterieggesetzes	70.000		0
686 22-7	692	Erschliessung neuer Dienstleistungsstandorte	0	0	55.052
71.01.06	700	1. Siehe zu 0709/686 56-9. Die Mittel sind übertragbar.	0		107.508
686 45-6	651	Förderung des Tourismus	200.000	70.000	60.652
71.01.06	700		270.000		114.207
686 55-3	692	Förderung überregional bedeutsamer Veranstaltungen	0	365.000	977.052
71.01.06	700	1. Für 2016: Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 55-6 geleistet werden. 2. Für 2017: Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 55-6 geleistet werden. 3. Siehe zu 0709/686 56-9. 4. Die Mittel sind übertragbar.	100.000		369.570
971 50-9	882	Globale Mehrausgaben für Bauunterhaltungsmieten	20.600	0	0
71.01.06	700	der Zuwendungsempfänger Die Mittel sind übertragbar.	20.600		0
973 50-1	882	Globale Mehrausgaben für Bauunterhaltungsmieten	0	20.630	20.630
71.01.06	700	der Zuwendungsempfänger	0		25.788

Kapitel 0754
Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 0754	5.880.600 6.050.600	5.244.530	6.973.983 7.170.313
Abschluss Kapitel 0754					
		Gesamteinnahmen Kapitel 0754	0 0	0	262.318 0
		Zuschuss/Überschuss	-5.880.600 -6.050.600	-5.244.530	-6.711.665 -7.170.313

Wirtschaft

- 3700** Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- 3701** Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- 3708** Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regionalplanung
- 3709** Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung
- 3754** Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/Tourismus/Zentren

Kapitel 3700
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	

3700 **Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

EINNAHMEN

384 01-1	892	Von Hst. 0700/984 01-0 für die Wahrnehmung von	0	0	0
71.90.01	700	Landesaufgaben	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 3700	0	0	0
			0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
986 01-1	892	An Hst. 0700/386 01-5 für die Wahrnehmung von	3.020.620	2.756.360	2.756.360
71.90.01	700	Gemeindeaufgaben	3.020.620		2.576.820
		Gesamtausgaben Kapitel 3700	3.020.620	2.756.360	2.756.360
			3.020.620		2.576.820
Abschluss Kapitel 3700					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3700	0	0	0
			0		0
		Zuschuss/Überschuss	-3.020.620	-2.756.360	-2.756.360
			-3.020.620		-2.576.820

Kapitel 3701
Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3701		Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen			
		EINNAHMEN			
261 19-3	018	Kostenerstattung durch die Bremer Wirtschafts-	18.000	19.340	17.692
92.02.01	900	forschung GmbH	18.000		22.528
	925	Siehe zu Hst. 3990/634 98-9.			
261 28-2	018	Kostenerstattung durch die Bremen Ports Management	620.000	660.000	622.160
92.02.01	900	u. Services GmbH f. Versorgungsvorsorge (Ruhelohn)	620.000		733.795
	925	Siehe zu Hst. 3990/634 99-7.			
261 29-0	018	Kostenerstattung durch die Bremen Ports Management	239.000	307.450	207.308
92.02.01	900	und Services GmbH für Versorgungsvorsorge	240.000		334.907
	925	Siehe zu Hst. 3990/634 98-9.			
		Gesamteinnahmen Kapitel 3701	877.000	986.790	847.160
			878.000		1.091.230

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 19-7	011	Nachversicherung für ausgeschiedene Beamte	0	17.100	0
71.90.01	700		0		0
	925				
422 90-1	011	Nachversicherungen für ausgeschiedene Beamtinnen	17.100	0	0
71.90.01	700	und Beamte (Zentrale Dienste)	17.270		0
	925				
		Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
432 71-0	018	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Häfen)	0	0	0
92.02.01	900		0		0
	925				
432 81-8	018	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Häfen)	2.285.660	2.117.590	2.319.735
92.02.01	900		2.249.280		2.303.096
	925				
432 88-5	018	Ausgleichszahlungen für geschiedene Ehegatten	114.950	113.250	57.245
92.02.01	900	im Rahmen des Versorgungsausgleichs	116.670		65.902
	925	(Produktplan Häfen)			
432 89-3	018	Versorgungsbezüge der Beamten aus	1.041.400	743.170	783.519
92.02.01	900	ausgegliederten Häfenbereichen	1.098.270		689.996
	925				
435 81-7	018	Versorgungsbezüge der Angestellten (Produktplan	0	194.690	181.302
92.02.01	900	Häfen)	0		193.178
	925				
435 89-2	018	Versorgungsbezüge der Angestellten aus	0	11.970	5.007
92.02.01	900	ausgegliederten Häfenbereichen	0		4.963
	925				
436 81-3	018	Versorgungsbezüge nach dem Bremischen	0	1.244.020	1.296.032
92.02.01	900	Ruhelohngesetz	0		1.326.426
	925				
436 89-9	018	Versorgungsbezüge nach dem Brem. Ruhelohngesetz	0	226.670	206.757
92.02.01	900	aus ausgegliederten Häfenbereichen	0		166.273
	925				
438 09-3	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und	291.360	0	0
92.02.01	900	Arbeitnehmer aus ausgegliederten Häfenbereichen	330.260		0
	925				
438 71-9	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und	0	0	0
92.02.01	900	Arbeitnehmer (Produktplan Wirtschaft)	0		0
	925				

Kapitel 3701
Allgemeine Bewilligungen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
438 81-6	018	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und	1.340.340	0	0
92.02.01	900	Arbeitnehmer (Produktplan Häfen)	1.293.050		0
	925				
441 81-7	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	41.460	26.384
71.90.01	700	und dgl. (Produktplan Häfen)	0		34.106
	928				
446 81-9	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	412.770	343.220	355.408
92.02.01	900	(Produktplan Häfen)	429.670		330.173
	928				
686 02-0	651	Mitgliedsbeiträge	5.000	5.000	5.000
71.90.01	700		5.000		5.000
919 01-6	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	0
71.90.01	700		0		0
	900				
Gesamtausgaben Kapitel 3701			5.508.580	5.058.140	5.236.389
			5.539.470		5.119.112
Abschluss Kapitel 3701					
Gesamteinnahmen Kapitel 3701			877.000	986.790	847.160
			878.000		1.091.230
Zuschuss/Überschuss			-4.631.580	-4.071.350	-4.389.229
			-4.661.470		-4.027.882

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3708		Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regional- planung			
		EINNAHMEN			
281 10-6	692	Nettoerlöse aus Verwaltung von Gewerbeflächen	0	615.000	615.000
<i>71.01.03</i>	700		0		615.000
		Gesamteinnahmen Kapitel 3708	0	615.000	615.000
			0		615.000

**Kapitel 3708
Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regional- planung**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
632 10-3	165	Geologischer Dienst	118.100	156.630	111.567
71.01.03	700		120.600		110.063
634 20-3	645	Zuweisung an das Sondervermögen Gewerbeflächen	0	52.190	9.576
71.01.03	700	(Stadt) zur Deckung der Mehrbelastung aus der getrennten Abwassergebühr	0		17.182
634 21-1	645	Zuweisung an das Sondervermögen Überseestadt zur	0	6.420	37.689
71.01.03	700	Deckung der Mehrbelastung aus der getrennten Abwassergebühr	0		14.795
661 10-3	692	Schuldendiensthilfen an die WFB	0	0	22.000
71.01.03	700		0		0
682 50-0	692	Zuschüsse zur Förderung der GVZ-	29.000	29.000	29.000
71.01.03	700	Entwicklungsgesellschaft	29.000		29.000
682 60-7	692	Zuschüsse für die Entwicklung von Gewerbeflächen	0	0	22.603
71.01.03	700		0		84.344
790 50-7	692	Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunktgebieten	0	0	0
71.01.03	700		0		0
884 34-0	813	An das Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt) für	700.000	1.650.000	1.381.425
71.01.03	700	Investitionen	700.000		2.764.494
884 35-8	813	An das Sondervermögen Gewerbeflächen für	12.053.500	5.433.030	13.247.123
71.01.03	700	Erschließungsmaßnahmen	9.195.500		8.952.823
		Verpflichtungsermächtigung:			
		2016		2017	
		Anschlag: 10.000.000 EUR		Anschlag: 10.000.000 EUR	
		Abdeckung: 2017 2.000.000 EUR		Abdeckung: 2018 2.000.000 EUR	
		2018 4.000.000 EUR		2019 2.000.000 EUR	
		2019 4.000.000 EUR		2020 6.000.000 EUR	
		2020ff 0 EUR		2021ff 0 EUR	
884 39-0	813	An das Sondervermögen Überseestadt für	0	2.102.000	1.103.388
71.01.03	700	Investitionen	0		3.118.612
884 40-4	813	An das Sonderverm. Überseestadt für Erschließungs-	2.114.000	827.000	9.698.436
71.01.03	700	maßnahmen	1.800.000		3.423.952
891 20-6	692	Investitionszuschüsse für Gewerbeflächen	0	0	495.300
71.01.03	700		0		20.000
891 21-4	692	Schuldendiensthilfen an die WFB	0	0	0
71.01.03	700		0		0
892 20-2	692	Investitionszuschüsse für Gewerbeflächen	0	0	0
71.01.03	700		0		0
892 30-0	692	Vor- und Nachlaufkosten bei Erschließungsmaßnahmen	0	50.000	0
71.01.03	700		0		0

Kapitel 3708
Wirtschaftsförderung für Gewerbeflächen/Regional- planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
986 10-0	892	An Hst. 0700/386 75-9, Personalausgaben	0	0	533
71.01.03	700	Geologischer Dienst	0		226.907
		Gesamtausgaben Kapitel 3708	15.014.600	10.306.270	26.158.639
			11.845.100		18.762.171
Abschluss Kapitel 3708					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3708	0	615.000	615.000
			0		615.000
		Zuschuss/Überschuss	-15.014.600	-9.691.270	-25.543.639
			-11.845.100		-18.147.171

Kapitel 3709
Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3709		Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung			
		EINNAHMEN			
119 06-0	692	Erstattungen/Rückzahlungen von Zuwendungen	0	48.000	42.384
71.01.03	700		0		42.764
162 10-0	692	Zinsen nach § 44 LHO	0	0	0
71.01.03	700		0		0
359 03-6	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	273.430
71.01.03	700		0		498.508
	900				
384 10-3	892	Von Hst. 0709/984 10-1, Zuweisung von EU-Mitteln	0	0	17.102.401
71.01.03	700	(investiv)	0		4.949.989
384 11-1	892	Von Hst. 0709/984 11-0, Zuweisung von EU-Mitteln	0	0	173.380
71.01.03	700	(konsumtiv)	0		840.474
384 20-0	892	Von Hst. 0709/984 91-8, Kostenerstattung für	11.788.650	8.309.620	8.082.770
71.01.03	700	Wirtschaftsförderung	9.437.300		12.327.000
		Gesamteinnahmen Kapitel 3709	11.788.650	8.357.620	25.674.365
			9.437.300		18.658.735

Kapitel 3709
Wirtschaftsförderung für EU-Programme/Planung

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
919 01-5	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	0
71.01.03	700		0		0
	901				
919 03-1	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	0
71.01.03	700		0		273.430
	900				
972 99-4	883	Minderausgaben	0	0	0
71.01.03	700		0		0
986 91-0	892	An Hst. 0709/386 91-3, Kostenerstattung für	17.457.550	14.398.620	12.582.330
71.01.03	700	Wirtschaftsförderung	17.349.300		9.388.620
		Gesamtausgaben Kapitel 3709	17.457.550	14.398.620	12.582.330
			17.349.300		9.662.050
Abschluss Kapitel 3709					
		Gesamteinnahmen Kapitel 3709	11.788.650	8.357.620	25.674.365
			9.437.300		18.658.735
		Zuschuss/Überschuss	-5.668.900	-6.041.000	13.092.035
			-7.912.000		8.996.685

Kapitel 3754
Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3754		Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren			
		EINNAHMEN			
111 01-0	011	Verwaltungsgebühren (BID)	0	0	1.817
71.01.05	700		0		2.760
111 20-7	651	Anliegerbeiträge zur Errichtung des Innovations-	0	0	50.000
71.01.05	700	bereichs "Ansgaritor Kirchhof" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 20-0.	0		50.000
111 21-5	651	Anliegerbeiträge zur Errichtung des Innovations-	0	0	175.649
71.01.05	700	bereichs "Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 21-8.	0		175.733
111 22-3	651	Anliegerbeiträge zur Errichtung des Innovations-	0	0	117.020
71.01.05	700	bereichs "Sögestraße" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 22-6.	0		120.000
282 01-0	692	Spenden	0	0	0
71.01.05	700	Hier vereinbarte zweckgebundene Spenden, an deren Bewirtschaftung die Freie Hansestadt Bremen nicht beteiligt ist, können aus dieser Haushaltsstelle verausgabt werden.	0		0
282 10-9	183	Von Dritten für kulturelle Veranstaltungen	0	0	0
71.01.05	700	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 09-9.	0		0
282 30-3	652	Von Dritten für die Weiterentwicklung des	0	0	0
71.01.05	700	barrierefreien Stadtführers Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 25-7.	0		0
380 10-0	892	Von Hst.3191/980 10-6,3289/980 10-4,3408/980 10-0,	0	0	55.000
71.01.05	700	3681/980 10-4 und 3901/980 10-0 für die Weiterentwicklung des barrierefreien Stadtführers	0		55.000
380 60-7	892	Von Hst. 3696/980 60-7 für Projektförderung aus	0	0	0
71.01.05	700	Mitteln des Programms "Soziale Stadt"	0		20.000
		Gesamteinnahmen Kapitel 3754	0	0	399.485
			0		423.493

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST
			2016 2017	2015	
			EUR		
AUSGABEN					
526 01-6	011	Gerichts- und ähnliche Kosten (BID)	0	0	0
71.01.05	700		0		0
531 20-6	651	Kosten für Gutachten und Organisations-	0	20.000	16.847
71.01.05	700	untersuchungen Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 20-6 geleistet werden.	0		88.116
531 25-7	652	Kosten für die Weiterentwicklung des barriere-	15.000	13.090	66.000
71.01.05	700	freien Stadtführers Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 30-3 geleistet werden.	15.000		72.500
532 78-4	421	Entgelte für Dienstleistungen im Bauwesen	0	0	4.099
71.01.05	700		0		0
634 10-2	645	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen	546.000	0	0
71.01.05	700	(Veranstaltungsflächen) -Sachkosten-	546.000		0
634 20-0	645	Zuweisung an das Sondervermögen Gewerbeflächen	0	98.180	-4.588
71.01.05	700	(Veranstaltungsflächen) zur Deckung der Mehrbelastung aus der getrennten Abwassergebühr	0		23.721
682 20-4	182	Zuschuss an die Glocke-Veranstaltungs-GmbH	400.000	400.000	400.000
71.01.05	700	(Sachkosten) <i>Der Anschlag wurde wie folgt ermittelt:</i>	400.000		450.000
		<i>Einnahmen:</i>			
			2016	2017	
		1. Eigene Einnahmen	2.375.484	2.382.484	
		2. Zuwendungen Bremens	846.000	855.000	
		3. Zuwendungen anderer (öffentl.)Stellen	0	0	
		Summe der Einnahmen:	3.221.484	3.237.484	
		<i>Ausgaben:</i>			
		1. Personalausgaben	1.465.800	1.500.800	
		2. Übrige lfd. Ausgaben	1.653.684	1.634.684	
		3. Investitionsausgaben	102.000	102.000	
		Summe der Ausgaben:	3.221.484	3.237.484	
682 21-2	182	Zuschuss an die Glocke Veranstaltungs-GmbH	356.000	291.000	291.000
71.01.05	700	-Personalkosten- <i>Siehe Erläuterung zu 682 20-4.</i>	365.000		291.000
682 30-1	652	Zuschuss an die Bremer Touristikzentrale (BTZ)	1.453.000	1.453.000	1.453.000
71.01.05	700	(Sachkosten) <i>Der Anschlag wurde wie folgt ermittelt:</i>	1.453.000		1.453.000
		<i>Einnahmen:</i>			
			2016	2017	
		1. Eigene Einnahmen	4.336.000	4.336.000	
		2. Zuwendungen Bremens	2.291.700	2.331.700	
		3. Zuwendungen anderer (öffentl.)Stellen	0	0	
		Summe der Einnahmen:	6.627.700	6.667.700	
		<i>Ausgaben:</i>			
		1. Personalausgaben	1.910.000	1.950.000	
		2. Übrige lfd. Ausgaben	4.697.700	4.697.700	
		3. Investitionsausgaben	20.000	20.000	
		Summe der Ausgaben:	6.627.700	6.627.700	
682 31-0	652	Zuschuss an die Bremer Touristik-Zentrale (BTZ)	833.700	794.700	794.700
71.01.05	700	(Personalkosten) <i>Siehe Erläuterung zu 682 30-1.</i>	873.700		794.700
682 50-6	681	Zuschuss an die Bremer Ratskeller GmbH	0	0	18.221
71.01.05	700	(Sachkosten)	0		73.000

**Kapitel 3754
Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
682 51-4	681	Zuschuss an die Bremer Ratskeller GmbH	0	60.000	67.338
71.01.05	700	(Personalkosten)	0		85.000
682 61-1	183	Zuschuss an die BSC für den Betrieb des Universums	344.000	563.000	563.000
71.01.05	700		371.000		571.000
682 62-0	681	Betriebskostenzuschuss Spicarium	60.000	0	130.000
71.01.05	700		20.000		0
686 09-9	651	Förderung überregional bedeutsamer Kultur-	50.000	0	104.950
71.01.05	700	einrichtungen Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 10-9 geleistet werden.	50.000		0
686 15-3	691	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Massnahmen	5.000	0	0
71.01.05	700	(konsumtiv)	15.000		93.613
686 20-0	651	An "City-Service GmbH" für den Innovationsbereich	0	0	50.000
71.01.05	700	"Ansgaritor Kirchhof" Ausgaben dürfen in Höhe von 99 v. H. der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 20-7 geleistet werden.	0		50.000
686 21-8	651	An "Das Viertel" e. V. für den Innovationsbereich	0	0	185.563
71.01.05	700	"Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor" Ausgaben dürfen in Höhe von 99 v. H. der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 21-5 geleistet werden.	0		166.125
686 22-6	651	An "City-Service GmbH" für den Innovationsbereich	0	0	119.997
71.01.05	700	"Sögestraße" Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 22-3 geleistet werden.	0		117.020
686 31-5	651	Förderung des Tourismus (konsumtiv)	100.000	0	10.000
71.01.05	700		100.000		22.177
686 40-4	649	Zuschuss für Mietzahlung	0	0	42.651
71.01.05	700		0		56.760
884 10-9	813	Zuführung an das Sondervermögen Gewerbeflächen	787.000	1.142.000	1.260.000
71.01.05	700	(Veranstaltungsflächen)	110.000		2.931.500
891 15-6	651	Investitionszuschüsse für Tourismus	0	0	465.858
71.01.05	700		0		7.891
891 20-2	692	Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen	2.914.000	2.000.000	2.627.577
71.01.05	700	Verpflichtungsermächtigung:	1.833.000		1.816.198
		2016	2017		
		Anschlag: 3.000.000 EUR	Anschlag: 0 EUR		
		Abdeckung: 2017 0 EUR	Abdeckung: 2018 0 EUR		
		2018 1.000.000 EUR	2019 0 EUR		
		2019 2.000.000 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
891 22-9	692	Investitionszuschüsse an öffentliche Unternehmen	0	0	0
71.01.05	700	(Dienstleistungsstandorte)	0		0
891 71-7	692	Erneuerung der Bürgerweide (UVI-Projekt)	0	0	0
71.01.05	700		0		334.200

Kapitel 3754
Wirtschaftsförderung für Dienstleistungsfonds/ Tourismus/Zentren

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
892 20-9	692	Investitionszuschüsse für Maßnahmen in Bremen-	0	0	0
71.01.05	700	Stadt	0		0
893 20-5	182	Zuschuss an die Glocke für Investitionen	90.000	90.000	90.000
71.01.05	700	<i>Siehe Erläuterung zu 682 20-4.</i>	90.000		40.000
893 30-2	652	Zuschuss an die Bremer Touristikzentrale	5.000	5.000	75.000
71.01.05	700	(BTZ) für Investitionen <i>Siehe Erläuterung zu 682 30-1.</i>	5.000		5.000
893 40-0	652	Zuschuss an die HVG für Investitionen	0	0	22.026
71.01.05	700		0		0
893 50-7	652	Zuschuss an die Bremer Ratskeller GmbH für	0	46.000	36.442
71.01.05	700	Investitionen	0		46.000
972 10-5	652	Globale Mehrausgaben für Tourismusaktivitäten	0	0	0
71.01.05	700	(Citytax)	0		0
986 20-3	892	An Hst. 0257/386 20-1 für das Projekt Gedenkstätte	0	0	353.582
71.01.05	700	U-Boot Bunker "Valentin"	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 3754			7.958.700	6.975.970	9.243.262
			6.246.700		9.588.520
Abschluss Kapitel 3754					
Gesamteinnahmen Kapitel 3754			0	0	399.485
			0		423.493
Zuschuss/Überschuss			-7.958.700	-6.975.970	-8.843.777
			-6.246.700		-9.165.027

EINZELPLAN 03

Arbeit

- 0300** Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
(Arbeit)
- 0301** Allgemeine Bewilligungen für Arbeit
- 0304** Ausgleichsabgaben
- 0305** Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
- 0306** Arbeitsförderung im Land Bremen
- 0307** Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG,
ZDG und OEG
- 0308** Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)
- 0331** Amt für Versorgung und Integration Bremen

Kapitel 0300
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Arbeit)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0300					
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Arbeit)					
EINNAHMEN					
111 01-7	011	Verwaltungsgebühren	0	0	0
31.90.01	300		0		0
119 04-2	011	Von Dritten für Ablichtungen	0	0	0
31.90.01	300		0		0
119 89-1	011	Abführung von Vergütung aus Nebenbeschäftigung und	0	0	0
31.90.01	300	Nebentätigkeit	0		0
119 99-9	011	Vermischte Einnahmen	0	0	0
31.90.01	300		0		0
236 04-9	011	Erstattung von Krankenkassen	0	0	0
31.90.01	300	nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz	0		6.184
380 41-7	892	Von Hst. 0308/980 41-3, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.90.01	300	ausgaben (Weiterbildungsberatung)	0		0
380 99-9	892	Von Hst. 0308/980 99-5, Erstattung von	0	0	327.514
31.90.01	300	Personalausgaben (ESF 2014- 2020)	0		521.207
381 41-3	892	Von Hst. 0308/981 41-0, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.01.01	300	ausgaben (Weiterbildungsberatung) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 41-1, 428 41-0, 634 41-9 und 0301/441 41-0.	0		0
381 47-2	892	Von Hst. 0305/981 47-8, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.01.01	300	ausgaben (Anerkennungsberatung) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 47-0, 428 47-9, 634 47-8 und 0301/441 47-9.	0		0
381 78-2	892	Von Hst. 0308/981 54-1, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.01.01	300	ausgaben (ESF-Technische Hilfe) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 78-0, 428 75-4, 634 78-8 und 0301/441 78-9.	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0300			0	0	327.514
			0		527.391

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 10-1	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	0	1.095.710	1.102.096
31.90.01	300	Beamten (Zentrale Dienste)	0		1.045.276
	925				
422 20-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	1.783.280	0	0
31.01.01	300	Beamten (BAP)	1.758.070		0
	925				
422 30-6	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	0	0	0
31.02.03	300	Beamten (Lastenausgleich, Wiedergutmachung)	0		0
	925				
422 41-1	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	0	0	0
31.01.01	300	Beamten (Weiterbildungsberatung) -refinanziert-	0		0
	925	Siehe zu 428 41-0.			
422 47-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	0	0	0
31.01.01	300	Beamten (Anerkennungsberatung) -refinanziert-	0		0
	925	Siehe zu 428 47-9.			
422 78-0	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	0	0	97.298
31.01.01	300	Beamten (ESF-Technische Hilfe) -refinanziert-	0		65.855
	925	1. Ausgaben bei 422 78-0, 428 75-4, 634 78-8 und 0301/441 78-9 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 78-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 75-4, und 634 78-8.			
427 11-1	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	0	0
31.90.01	300	Tätige (Zentrale Dienste)	0		3.036
427 20-0	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	0	0
31.01.01	300	Tätige (BAP)	0		0
427 30-8	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich	0	0	0
31.02.03	300	Tätige (Lastenausgleich, Wiedergutmachung)	0		0
428 10-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	1.178.050	1.017.438
31.90.01	300	(Zentrale Dienste)	0		1.167.217
	925				
428 20-7	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.783.280	0	0
31.01.01	300	(BAP)	1.758.070		0
	925				
428 30-4	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
31.02.03	300	(Lastenausgleich, Wiedergutmachung)	0		0
	925				

Kapitel 0300
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Arbeit)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2014 2013
			2016 2017	2015	
			EUR		
428 41-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
31.01.01	300	(Weiterbildungsberatung) -refinanziert-	0		0
	925				
		1. Ausgaben bei 422 41-1, 428 41-0, 634 41-9 und 0301/441 41-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 41-3 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 422 41-1 und 634 41-9.			
428 47-9	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
31.01.01	300	(Anerkennungsberatung) -refinanziert-	0		0
	925				
		1. Ausgaben bei 422 47-0, 428 47-9, 634 47-8 und 0301/441 47-9 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 47-2 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 422 47-0 und 634 47-8.			
428 75-4	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	222.714
31.01.01	300	(ESF-Technische Hilfe) -refinanziert-	0		241.783
	925				
		Siehe zu 422 78-0.			
443 07-9	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	50	401
31.90.01	300	Verordnungen (Zentrale Dienste)	0		703
443 20-6	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	680	0	0
31.01.01	300	Verordnungen (BAP)	700		0
443 30-3	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	0	0
31.02.03	300	Verordnungen (Lastenausgleich, Wiedergutmachung)	0		0
453 01-5	011	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskosten-	0	0	0
31.90.01	300	vergütungen (Zentrale Dienste)	0		0
511 00-7	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation usw.	0	23.300	21.729
31.90.01	300		0		20.148
517 00-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	11.320	13.834
31.90.01	300		0		13.082
517 02-1	011	Energiekosten	0	35.510	43.585
31.90.01	300		0		48.381
518 00-1	011	Mieten und Pachten	0	530	2.397
31.90.01	300		0		854
518 50-8	011	Miet- und Pachtzahlungen an das Sondervermögen	0	182.750	216.701
31.90.01	300	Immobilien und Technik	0		204.593
519 00-8	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	3.370	0
31.90.01	300		0		0
525 01-6	011	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	0	0	185
31.90.01	300		0		1.160
	924				
525 25-3	011	Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	0	0	0
31.90.01	300	gem. § 39 Abs.5 PVG und §23 Abs.4 SCHWBG	0		0
	924				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
526 00-4	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
31.90.01	300		0		0
527 00-0	011	Dienstreisen	0	10.130	15.725
31.90.01	300		0		13.816
	924				
527 03-5	011	Auslagen von Reisekosten für den Bund für Dritte	0	0	349
31.90.01	300		0		471
	924				
531 04-0	011	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
31.90.01	300		0		0
531 05-9	011	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0	2.300	2.452
31.90.01	300		0		8.845
531 06-7	011	Künstlersozialabgaben	0	0	0
31.90.01	300		0		0
531 15-6	011	Kosten für die Durchführung von	0	0	0
31.90.01	300	länderübergreifenden Fachkonferenzen	0		0
532 30-6	011	Management von Gebäudedienstleistungen	0	950	905
31.90.01	300		0		2.258
532 40-3	011	Entgelte für Gebäudedienstleistungen	0	4.960	2.317
31.90.01	300	(Hausmeisterdienste)	0		450
532 55-1	011	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für	0	0	0
31.90.01	300	Dienstleistungen (Innenreinigung)	0		0
532 61-6	011	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	8.700	8.843
31.90.01	300		0		9.680
532 71-3	011	An Performa Nord, Entgelte für	0	2.140	1.583
31.90.01	300	Reisekostenabrechnung	0		3.294
532 72-1	011	An Performa Nord, Entgelte für Postdienstleistung	0	5.370	3.494
31.90.01	300		0		9.378
532 75-6	011	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	0	0	0
31.90.01	300		0		0
532 80-2	011	An BreKom für Telekommunikationsleistungen	0	13.050	27.212
31.90.01	300		0		13.412
539 01-7	011	Umzugs- und Verlegungskosten	0	0	55.933
31.90.01	300		0		4.857
539 09-2	011	Stellenausschreibungen	0	0	0
31.90.01	300		0		0
539 10-6	011	Kosten für Vorstellungstreisen	0	0	0
31.90.01	300		0		0

Kapitel 0300
Behörde d. Sen. für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Arbeit)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
539 99-8	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	11.223
31.90.01	300		0		944
634 20-6	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.01.01	300	(BAP)	0		0
634 30-3	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.02.03	300	(Lastenausgleich, Wiedergutmachung)	0		0
634 41-9	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.01.01	300	(Weiterbildungsberatung) -refinanziert- Siehe zu 428 41-0.	0		0
634 47-8	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.01.01	300	(Anerkennungsberatung) -refinanziert- Siehe zu 428 47-9.	0		0
634 78-8	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.01.01	300	(ESF-Technische Hilfe) -refinanziert- Siehe zu 422 78-0.	0		0
634 98-2	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	29.190
31.90.01	300	(Zentrale Dienste)	0		19.756
812 02-3	011	Erwerb von Inventar	0	0	1.125
31.90.01	300		0		0
812 10-4	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen u.ä.	0	46.000	2.006
31.90.01	300		0		3.965
980 41-4	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	0	1.409
31.90.01	300	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		1.584
981 41-0	892	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im	0	0	0
31.90.01	300	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0300			3.567.240	2.624.190	2.902.145
			3.516.840		2.904.799
Abschluss Kapitel 0300					
Gesamteinnahmen Kapitel 0300			0	0	327.514
			0		527.391
Zuschuss/Überschuss			-3.567.240	-2.624.190	-2.574.631
			-3.516.840		-2.377.408

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0301					
Allgemeine Bewilligungen für Arbeit					
EINNAHMEN					
231 68-7	144	Vom Bund für die Durchführung des Aufstiegs-	783.000	858.000	695.795
31.01.01	300	fortbildungsförderungsgesetzes Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 631 68-5 und 686 68-4.	796.000		647.372
232 65-9	244	Erstattungen nach § 172 Bundesentschädigungsgesetz	0	0	0
31.02.03	300	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 632 65-7, 671 65-2 und 686 65-0. <i>Erläuterung zu 232 65-9: Die Aufwendungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz werden je zur Hälfte vom Bund und von der Gesamtheit der Länder getragen. Der Länderanteil wird entsprechend der Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder aufgeteilt. Die originären Ausgaben erfolgen beim Titel 686 65-7. Der auf das Land entfallende Anteil aus der Lastenverteilung wird bei Titel 632 65-7 nachgewiesen. Etwaige Erstattungen werden bei Titel 232 65-9 vereinnahmt.</i>	0		0
282 01-0	244	Einnahmen der Claims Conference zugunsten der	0	0	0
31.02.03	300	Opfer des NS-Regimes Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 681 67-4.	0		0
359 01-2	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	704.000
31.90.01	300		0		0
	900				
359 03-9	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	0
31.90.01	300		0		4.047
	900				
Gesamteinnahmen Kapitel 0301			783.000	858.000	1.399.795
			796.000		651.419

Kapitel 0301
Allgemeine Bewilligungen für Arbeit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatz 2016	Anschatz 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 29-6	011	Nachversicherungen für ausgeschiedene Beamte	0	35.700	0
31.90.01	300	(Zentrale Dienste)	0		0
	925				
		Die in § 4 Haushaltsgesetz geregelte produktgruppeninterne gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
432 29-1	011	Versorgungsbezüge der Beamten im einstweiligen	0	45.200	0
31.90.01	300	Ruhestand	0		0
	925				
441 20-7	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	7.320	0	0
31.01.01	300	innen und Versorgungsempfänger (BAP)	7.540		0
	928				
441 30-4	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
31.02.03	300	innen und Versorgungsempfänger (Lastenausgleich,	0		0
	928	Wiedergutmachung)			
441 31-2	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	37.060	38.199
31.90.01	300	innen und Versorgungsempfänger (Zentrale Dienste)	0		39.651
	928				
441 41-0	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
31.01.01	300	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	(Weiterbildungsberatung) -refinanziert-			
		Siehe zu 428 41-0.			
441 47-9	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
31.01.01	300	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	(Anerkennungsberatung) -refinanziert-			
		Siehe zu 0300/428 47-9.			
441 78-9	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
31.01.01	300	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	(ESF-Technische Hilfe) -refinanziert-			
		Siehe zu 422 78-0.			
631 10-3	219	Fortführung der Bundeszentalkartei nach dem	420	430	457
31.02.03	300	BEG	410		457
631 68-5	144	Erstattungen an die Deutsche Ausgleichsbank gem.	110.000	57.870	69.661
31.01.01	300	§ 14 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	115.000		134.504
		1. Über 357.000 EUR hinaus dürfen Ausgaben bei 631 68-5 und 686 68-4 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 68-7 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 686 68-4.			
		3. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
632 12-6	243	Zuschuss zur Unterhaltshilfe gem. § 6 Lasten-	48.000	48.230	47.276
31.02.03	300	ausgleichsgesetz	46.000		53.649

Kapitel 0301
Allgemeine Bewilligungen für Arbeit

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
632 65-7	244	Abführungen nach § 172 Bundesentschädigungsgesetz	700.000	805.830	699.283
31.02.03	300		670.000		889.302
		1. Mehrausgaben bei 632 65-7, 671 65-2 und 686 65-0 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 232 65-9 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 671 65-2 und 686 65-0. 3. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
671 65-2	244	An NLBV für die Abwicklung der Wiedergutmachung	16.500	16.400	14.385
31.02.03	300		16.000		12.905
		Siehe zu 632 65-7.			
671 68-7	144	An die NBank für die Durchführung des	113.000	96.450	78.675
31.01.01	300	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	113.000		88.499
681 67-4	244	Entschädigungen für Opfer des NS-Regimes	56.000	67.520	63.095
31.02.03	300	(Bremer Härteregelung)	54.000		57.289
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahme bei 282 01-0 geleistet werden.			
686 65-0	244	Wiedergutmachung	370.000	434.030	434.298
31.02.03	300		340.000		495.800
		Siehe zu 632 65-7.			
686 68-4	253	Zahlungen nach dem Aufstiegsfortbildungs-	889.000	1.060.950	1.005.450
31.01.01	300	förderungsgesetz	904.000		990.121
		Siehe zu 631 68-5. Verpflichtungsermächtigung:			
		2016	2017		
		Anschlag: 1.000.000 EUR	Anschlag: 1.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 1.000.000 EUR	Abdeckung: 2018 1.000.000 EUR		
		2018 0 EUR	2019 0 EUR		
		2019 0 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
919 01-8	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	658.038
31.90.01	300		0		286.450
	901				
919 03-4	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	98.160
31.90.01	300		0		0
	901				
Gesamtausgaben Kapitel 0301			2.310.240	2.705.670	3.206.977
			2.265.950		3.048.627
Abschluss Kapitel 0301					
Gesamteinnahmen Kapitel 0301			783.000	858.000	1.399.795
			796.000		651.419
Zuschuss/Überschuss			-1.527.240	-1.847.670	-1.807.182
			-1.469.950		-2.397.208

**Kapitel 0304
Ausgleichsabgaben**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0304		Ausgleichsabgaben			
		Am Jahresende sind Einnahmen, die nicht für Ausgaben verwendet worden sind, einer Rücklage zuzuführen. Übersteigen am Jahresende die Ausgaben die Einnahmen, ist ein Ausgleich durch Rücklagenentnahme durchzuführen.			
		EINNAHMEN			
		Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben.			
111 10-0	291	Ausgleichsabgaben nach § 77 SGB IX	150.000	150.000	163.053
31.02.01	331		150.000		286.305
111 11-9	291	Ausgleichsabgaben nach § 77 SGB IX aufgrund allge-	5.510.350	5.500.000	6.487.518
31.02.01	331	meiner Zahlungsanordnung	5.720.060		5.943.545
119 10-1	291	Säumniszuschläge bei der Erhebung der	15.000	15.000	25.294
31.02.01	331	Ausgleichsabgabe	15.000		18.183
119 11-0	291	Rückerstattung von Zuwendungen aus der	100.000	100.000	128.797
31.02.01	331	Ausgleichsabgabe	100.000		43.920
162 60-0	291	Zinsen auf Darlehen aus Ausgleichsabgaben nach	10.000	10.000	4.439
31.02.01	331	SGB IX	10.000		5.153
182 61-0	291	Tilgung auf Darlehen aus Ausgleichsabgaben nach	100.000	100.000	108.534
31.02.01	331	SGB IX	100.000		103.042
231 27-0	291	Vom Bund für Fördermaßnahmen "Job 4000"	0	0	9.252
31.02.01	331		0		0
231 28-9	291	Vom Bund zur Durchführung des Förderprogramms	152.000	152.000	219.177
31.02.01	331	"Initiative Inklusion"	152.000		104.824
359 10-2	851	Entnahme aus der Rücklage "Ausgleichsabgaben" nach	0	0	1.400.000
31.02.01	331	dem SGB IX	0		796.490
	900				
		Gesamteinnahmen Kapitel 0304	6.037.350	6.027.000	8.546.064
			6.247.060		7.301.460

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen geleistet werden.					
2. Alle Titel sind gegenseitig deckungsfähig.					
636 10-6	291	Regionales Sonderprogramm zum Abbau der	569.520	700.000	880.000
31.02.01	331	Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen	570.000		625.000
663 10-3	291	Zinszuschüsse: Hilfen zur wirtschaftlichen	0	0	0
31.02.01	331	Selbstständigkeit	0		-5.133
671 10-6	291	Kostenerstattung für Arbeitsassistenz	300.000	300.000	355.791
31.02.01	331		300.000		301.060
681 10-1	291	Hilfen zur Schaffung von Arbeitsplätze für	0	0	0
31.02.01	331	Schwerbehinderte	0		0
681 17-9	291	Hilfen in besonderen behinderungsbedingten	5.000	5.000	3.970
31.02.01	331	Lebenslagen	5.000		17.686
681 19-5	291	Hilfen zur Durchführung von Aufklärungs-,	25.000	100.000	101.461
31.02.01	331	Schulungs- und Bildungsmaßnahmen	25.000		79.771
	924				
681 20-9	291	Hilfen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher	25.000	25.000	24.562
31.02.01	331	Kenntnisse und Fertigkeiten	25.000		53.260
681 21-7	291	Beteiligung IFD - Vermittlung	250.000	400.000	341.874
31.02.01	331		300.000		368.406
681 22-5	291	Besonderer Aufwand an Integrationsprojekte	144.000	144.000	192.183
31.02.01	331		175.000		129.128
		Verpflichtungsermächtigung:			
			2016	2017	
		Anschlag:	127.500 EUR	Anschlag:	0 EUR
		Abdeckung:		Abdeckung:	
		2017	30.000 EUR	2018	0 EUR
		2018	30.000 EUR	2019	0 EUR
		2019	30.000 EUR	2020	0 EUR
		2020ff	37.500 EUR	2021ff	0 EUR
681 23-3	291	Hilfen für außergewöhnliche Belastungen bei der	342.000	450.000	634.479
31.02.01	331	Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen	350.000		701.959
681 24-1	291	Leistungen an Arbeitgeber f. Zuschüsse zu Gebühren	0	5.000	0
31.02.01	331	der Berufsausbildung § 102 Abs. 3 Nr. 2b SGB IX	0		0
681 25-0	291	Leistungen an Arbeitgeber f. Prämien und Zuschüsse	0	20.000	6.761
31.02.01	331	zu Kosten der Berufsausbildung § 102 Abs. 3 Nr. 2c SGB IX	0		7.011
681 26-8	291	Leistungen an Arbeitgeber für Eingliederungsmana-	20.000	23.000	25.029
31.02.01	331	gement, §§ 84 Abs. 4 u. 102 Abs. 3 Nr. 2d SGB IX	20.000		20.000

**Kapitel 0304
Ausgleichsabgaben**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
681 27-6	291	Fördermaßnahmen "Job 4000"	0	0	5.306
31.02.01	331		0		105.052
681 28-4	291	Leistungen für Integrationsberater	86.000	160.000	91.592
31.02.01	331		86.000		81.066
681 29-2	291	Leistungen für Unterstützte Beschäftigung	35.000	35.000	64.900
31.02.01	331		50.000		53.900
681 30-6	291	Budget für Arbeit	65.000	0	0
31.02.01	331		160.000		0
681 31-4	291	Job-Budget	86.400	86.400	86.400
31.02.01	331		86.400		86.400
681 32-2	291	'Initiative Inklusion' Handlungsfeld	171.450	0	161.182
31.02.01	331	Berufsorientierung	130.000		104.824
681 33-0	291	'Initiative Inklusion' Handlungsfeld neue Ausbil-	60.000	30.000	62.652
31.02.01	331	dungsplätze für junge schwerbehinderte Menschen	30.000		36.608
681 34-9	291	'Initiative Inklusion' Handlungsfeld neue Arbeits-	15.000	150.000	40.726
31.02.01	331	plätze für ältere schwerbehinderte Menschen	20.000		18.288
681 35-7	291	Modellprojekt Inklusion im Sport (InSpo)	150.000	0	0
31.02.01	331		150.000		0
681 36-5	291	Modellprojekt Inklusion in der Wissenschaft (InWi)	50.000	0	165.121
31.02.01	331		30.000		0
681 37-3	291	Modellprojekt ReIntegraRob	0	0	95.699
31.02.01	331		0		0
681 38-1	291	Modellvorhaben KompeTanz	190.000	0	0
31.02.01	331		140.000		0
684 10-0	291	Zuschuss an Integrationsprojekte wegen pauschalem	35.000	0	386.193
31.02.01	331	Minderausgleich	200.000		0
684 20-8	291	Zuwendungen an Einrichtungen zur Arbeits- und	5.000	0	6.209
31.02.01	331	Berufsförderung (ohne Subventionen)	5.000		11.318
684 25-9	291	Zuführungen an den Ausgleichsfonds nach dem SGB IX	1.418.980	1.100.000	2.281.537
31.02.01	331		1.284.480		2.248.342
684 26-7	291	Zuführungen für Sonderprogramme an den	0	0	0
31.02.01	331	Ausgleichsfonds	0		0
684 27-5	291	Beteiligung IFD-begleitende Hilfen	500.000	800.000	884.835
31.02.01	331		616.180		819.804
863 10-2	291	Darlehen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für	0	0	0
31.02.01	331	Schwerbehinderte	0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
863 12-9	291	Darlehen zur Beschaffung von technischen	0	0	0
31.02.01	331	Arbeitshilfen	0		0
863 13-7	291	Darlehen zum Erreichen des Arbeitsplatzes	0	0	0
31.02.01	331		0		0
863 14-5	291	Darlehen zur Gründung und Erhaltung der	0	0	0
31.02.01	331	wirtschaftlichen Selbstständigkeit	0		0
863 15-3	291	Darlehen zur Beschaffung und Erhaltung einer	0	0	0
31.02.01	331	behinderungsgerechten Wohnung	0		1.100
863 17-0	291	Darlehen in besonderen behinderungsbedingten	0	0	0
31.02.01	331	Lebenslagen	0		0
863 18-8	291	Darlehen zur behindertengerechten Einrichtung von	0	0	0
31.02.01	331	Arbeits- und Ausbildungsplätzen	0		0
863 20-0	291	Darlehen an Einrichtungen zur Arbeits- und	0	0	0
31.02.01	331	Berufsförderung schwerbehinderter Menschen	0		0
893 10-9	291	Hilfen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für	35.000	35.000	10.822
31.02.01	331	schwerbehinderte Menschen	35.000		234.123
893 12-5	291	Hilfen zur Beschaffung von technischen	100.000	100.000	78.673
31.02.01	331	Arbeitshilfen	100.000		110.463
893 13-3	291	Hilfen zum Erreichen der Arbeitsplätze	5.000	20.000	33.835
31.02.01	331		5.000		8.767
893 15-0	291	Hilfen zur Beschaffung und Erhaltung einer	15.000	0	-3.528
31.02.01	331	behinderungsgerechten Wohnung	20.000		25.765
893 18-4	291	Hilfen zur behinderungsgerechten Einrichtung von	150.000	200.000	274.509
31.02.01	331	Arbeits- und Ausbildungsplätzen	150.000		207.275
893 20-6	291	Zuwendungen an Einrichtungen zur Arbeits- und	484.000	888.600	548.044
31.02.01	331	Berufsförderung schwerbehinderter Menschen	139.000		216.633
893 22-2	291	Aufbau und Ausstattung von Integrationsprojekten	700.000	250.000	322.230
31.02.01	331		1.040.000		307.759
919 10-8	851	Zuführung an die Rücklage Ausgleichsabgaben nach	0	0	168.651
31.02.01	331	dem Schwerbehindertengesetz	0		0
	900				
980 10-9	892	An andere Kapitel, Hilfen aus der Ausgleichsabgabe	0	0	195.907
31.02.01	331	nach dem Schwerbehindertengesetz	0		325.823

**Kapitel 0304
Ausgleichsabgaben**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
980 20-6	892	An Hst. 0331/380 20-2, Hilfen aus der Ausgleichs-	0	0	1.371
31.02.01	331	abgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	0		0
980 21-4	892	An Hst. 0306/380 10-9, Hilfen aus der Ausgleichs-	0	0	0
31.02.01	331	abgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	0		0
981 10-5	892	An andere Kapitel, Hilfen aus der Ausgleichsabgabe	0	0	0
31.02.01	331	nach dem SGB IX	0		0
981 20-2	892	An Hst. 0331/381 20-9, Hilfen aus der Ausgleichs-	0	0	0
31.02.01	331	abgabe nach dem SGB IX	0		0
981 21-0	892	An Hst. 0305/381 20-9, Hilfen aus der Ausgleichs-	0	0	0
31.02.01	331	abgabe nach dem SGB IX SIBS	0		0
981 30-0	892	An Hst. 0408/381 10-0 für Leistungen im Rahmen des	0	0	0
31.02.01	331	Modellvorhabens "Budget für Arbeit"	0		0
984 10-4	892	An andere Kapitel (Stadtgemeinde), Hilfen aus der	0	0	17.088
31.02.01	331	Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	0		0
985 10-0	891	An den Magistrat der Stadt Bremerhaven, Hilfen aus	0	0	0
31.02.01	331	der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0304			6.037.350	6.027.000	8.546.064
			6.247.060		7.301.460
Abschluss Kapitel 0304					
Gesamteinnahmen Kapitel 0304			6.037.350	6.027.000	8.546.064
			6.247.060		7.301.460
Zuschuss/Überschuss			0	0	0
			0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0305 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)					
EINNAHMEN					
119 06-7	253	Erstattungen/Rückzahlungen von Zuwendungen	0	0	0
31.01.01	300		0		446
162 10-8	011	Zinsen auf Rückerstattungen für Programmmittel	0	0	1.868
31.01.01	300		0		38.213
162 11-6	253	Zinsen auf Darlehen aus dem Starthilfefonds	0	0	0
31.01.01	300		0		0
182 11-7	253	Tilgung auf Darlehen aus dem Starthilfefonds	0	0	500
31.01.01	300		0		0
231 47-9	253	Vom Bund für "Anerkennungsberatung"	0	0	0
31.01.01	300	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 47-2, 684 47-3 und 981 47-8.	0		0
272 30-2	253	Von der EU für das ESF-Projekt "EX-OCOP"	0	0	0
31.01.01	300	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben.	0		150.548
342 10-6	253	Von der Stiftung "Wohnliche Stadt" aus dem	0	0	0
31.01.01	300	Spielbankenanteil Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 893 10-2.	0		0
380 41-5	892	Von Hst. 0308/980 40-5 für Weiterbildungsberatung	0	0	0
31.01.01	300		0		0
380 45-8	892	Von Hst. 0308/980 45-6 für "Bremer Weiterbildungs-	0	0	0
31.01.01	300	schecks"	0		0
381 20-9	892	Von Hst. 0304/981 21-, Hilfen aus der Ausgleichs-	0	0	0
31.01.01	300	abgabe nach dem Schwerbehindertengesetz Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 21-0.	0		0
381 40-3	892	Von Hst. 0308/981 40-1 für Weiterbildungsberatung	0	0	0
31.01.01	300	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 40-85 und 684 40-6.	0		0
381 45-4	892	Von Hst. 0308/981 45-2 für "Bremer Weiterbildungs-	0	0	0
31.01.01	300	schecks" Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 684 45-7.	0		0
387 40-1	891	Von Hst. 6405/987 01-8, Erstattung von Kosten im	0	0	0
31.01.01	300	Zusammenhang mit dem Landesmindestlohngesetz	0		400.000
389 02-1	891	Von Hst. 6405/989 02-4 für "Jugendberufsagentur"	0	0	0
31.01.01	300	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 02-2.	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0305			0	0	2.368
			0		589.208

**Kapitel 0305
Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
531 02-2	253	Jugendberufsagentur	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 389 02-1 geleistet werden.			
531 40-5	253	Weiterbildungsberatung, Verwaltungsausgaben	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		Siehe zu 684 40-6.			
531 47-2	253	"Anerkennungsberatung", Verwaltungskosten	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		1. Ausgaben bei 531 47-2, 684 47-3 und 981 47-8 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 231 47-9 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 684 47-3 und 981 47-8. 3. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
671 13-4	253	An die WFB für die Durchführung des BAP	0	34.720	37.500
31.01.01	300		0		37.500
684 10-4	253	Zuschüsse für BAP-Projekte 2007 - 2013 (Fonds 1)	0	0	0
31.01.01	300		0		40.500
		Siehe zu 684 58-9.			
684 11-2	253	Zuschüsse für BAP-Projekte 2007 - 2013 (Fonds 2)	0	0	24.527
31.01.01	300		0		22.829
		Siehe zu 684 58-9.			
684 12-0	253	Zuschüsse für BAP-Projekte 2007 - 2013 (Fonds 3)	0	0	518.768
31.01.01	300		0		1.350.498
		Siehe zu 684 58-9.			
684 21-0	253	Projektmittel aus der Ausgleichsabgabe nach dem	0	0	0
31.01.01	300	Schwerbehindertengesetz für SIBS	0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 20-9 geleistet werden.			
684 40-6	253	Weiterbildungsberatung	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		1. Ausgaben bei 531 40-5 und 684 40-6 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 40-3 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 40-5.			
684 45-7	253	Bremer Weiterbildungsschecks	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 45-4 geleistet werden.			
684 47-3	253	"Anerkennungsberatung"	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		Siehe zu 531 47-2.			
684 58-9	253	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung	235.000	0	157.480
31.01.01	300	des BAP (Programmmittel)	235.000		23.338
		1. Gegenseitig deckungsfähig mit 684 10-4, 684 11-2, 684 12-0, 684 59-7, und 684 70-8. 2. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
684 59-7	253	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsförderung des BAP	245.000	55.380	178.758
31.01.01	300	(Technische Hilfe)	245.000		139.467
		Siehe zu 684 58-9.			

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST 2014 2013
			2016 2017	2015	
			EUR		
684 60-0	253	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme	4.000.000	4.000.000	97.494
31.01.01	300		4.000.000		0
		1. Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet - auch in besonders begründeten Einzelfällen - der Haushalts- und Finanzausschuss nach Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 981 10-9, 984 20-5, 984 21-3, 984 23-0 und 984 25-6.			
		3. Rückzahlungen fließen den Mitteln zu.			
		Verpflichtungsermächtigung:			
			2016		2017
		Anschlag:	1.750.000 EUR	Anschlag:	1.750.000 EUR
		Abdeckung:		Abdeckung:	
		2017	1.750.000 EUR	2018	1.750.000 EUR
		2018	0 EUR	2019	0 EUR
		2019	0 EUR	2020	0 EUR
		2020ff	0 EUR	2021ff	0 EUR
684 65-1	253	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsförderung für	2.000.000	0	0
31.01.01	300	langzeitarbeitslose Menschen	5.000.000		0
		Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet - auch in besonders begründeten Einzelfällen- der Haushalts- und Finanzausschuss nach Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.			
684 70-8	253	Zuschüsse im Rahmen des Landesmindestlohngesetzes	0	89.320	0
31.01.01	300		0		0
		Siehe zu 684 58-9.			
893 10-2	253	Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung	0	0	0
31.01.01	300	"Wohnliche Stadt"	0		0
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 342 10-6 geleistet werden.			
980 30-7	892	An Hst. 0101/380 30-0 für das Projekt EX-OCOP	0	0	0
31.01.01	300		0		150.548
980 81-1	892	An Hst. 0306/380 81-8, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.01.01	300	ausgaben	0		1.741.963
981 10-9	892	An Hst. 0410/381 10-9 für "Altenpflegeausbildung"	0	0	0
31.01.01	300		0		0
		1. Siehe zu 684 60-0.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 47-8	892	An Hst. 0300/381 47-2 für Personalkosten	0	0	0
31.01.01	300	"Anerkennungsberatung"	0		0
		1. Siehe zu 531 47-2.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
984 20-5	892	An Hst. 3216/384 20-1 für Projekt "Pflegehilfe" im	0	0	0
31.01.01	300	Rahmen der Ausbildungsgarantie	0		0
		1. Siehe zu 684 60-0			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
984 21-3	892	An Hst. 3216/384 21-0 für Projekt "Sozialpädago-	0	0	0
31.01.01	300	gische Assistenz" i.Rahmen der Ausbildungsgarantie	0		0
		1. Siehe zu 684 60-0.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
984 23-0	892	An Hst. 3216/384 13-6 für "Umstrukturierung Berufs-	0	0	0
31.01.01	300	fachschulen-UBFa"	0		0
		1. Siehe zu 684 60-0.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			

Kapitel 0305
Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
984 25-6	892	An Hst. 3216/384 25-2 für "VegeMint"	0	0	0
31.01.01	300	1. Siehe zu 684 60-0. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
985 10-4	891	An Hst. 6405/38501 für die Kosten der Arbeitsmarkt	0	77.160	87.000
31.01.01	300	gesellschaften	0		0
985 20-1	891	An Hst. 6930/385 01, Erstattung des	0	0	0
31.01.01	300	Geschäftsanteils der bba	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0305			6.480.000	4.256.580	1.101.527
			9.480.000		3.506.643
Abschluss Kapitel 0305					
Gesamteinnahmen Kapitel 0305			0	0	2.368
			0		589.208
Zuschuss/Überschuss			-6.480.000	-4.256.580	-1.099.160
			-9.480.000		-2.917.436

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0306					
Arbeitsförderung im Land Bremen					
EINNAHMEN					
111 01-9	011	Verwaltungsgebühren	0	0	0
31.01.02	300		0		0
119 05-2	011	Einnahmen aus der Mehrwertsteuer-Rückerstattung	0	0	8.375
31.01.02	300	bba	0		25.452
119 99-0	011	Vermischte Einnahmen	0	0	7.217
31.01.02	300		0		213.321
162 10-1	011	Sonstige Zinseinnahmen	0	0	0
31.01.02	300		0		696
231 11-1	011	Vom Bund für das Programm "Perspektive	0	0	514.470
31.01.02	300	Wiedereinstieg"	0		65.873
231 12-0	011	Vom Bund für das Programm "Gute Arbeit für	0	0	793.507
31.01.02	300	Alleinerziehende"	0		25.484
231 13-8	011	Vom Bund für das Programm "Netzwerk wirksamer	0	0	107.004
31.01.02	300	Hilfen für Alleinerziehende"	0		72.107
231 14-6	011	Vom Bund für das Programm "Chance 50+"	0	0	42.541
31.01.02	300		0		226.713
281 75-5	011	Personalkostenerstattungen	0	0	0
31.01.02	300		0		2.603
281 77-1	011	Einnahmen aus dem Starthilfe-Fonds	0	0	0
31.01.02	300		0		120.155
342 10-0	253	Von der Stiftung "Wohnliche Stadt" aus dem	0	0	22.500
31.01.02	300	Spielbankabgabenanteil	0		56.614
380 10-9	892	Von Hst. 0304/980 21-4, Hilfen aus der Ausgleichs-	0	0	34.000
31.01.02	300	abgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	0		20.500
380 81-8	892	Von Hst. 0305/980 81-1, Erstattung von	0	0	0
31.01.02	300	Personalausgaben (BAP)	0		1.734.582
380 98-2	892	Von Hst. 0308/980 93-6, Erstattung von	0	0	80.678
31.01.02	300	Sachausgaben (ESF)	0		0
380 99-0	892	Von Hst. 0308/980 98-7, Erstattung von	0	0	141.208
31.01.02	300	Personalausgaben (ESF)	0		113.311
Gesamteinnahmen Kapitel 0306			0	0	1.751.501
			0		2.677.411

Kapitel 0306
Arbeitsförderung im Land Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 10-3	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	121.860	139.986
31.01.02	300		0		90.400
	925				
422 78-2	011	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
31.01.02	300	(ESF, refinanziert)	0		0
	925				
428 10-1	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	1.973.610	1.804.126
31.01.02	300		0		1.745.181
	925				
428 75-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	150.512
31.01.02	300	(ESF, refinanziert)	0		0
	925				
428 77-2	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
31.01.02	300	(refinanziert)	0		134.123
	925				
441 31-0	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	7.320	2.879
31.01.02	300	und dgl.	0		9.086
	928				
441 32-9	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
31.01.02	300	und dgl. (ESF, refinanziert)	0		302
	928				
441 33-7	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	0	0	0
31.01.02	300	und dgl. (refinanziert)	0		0
	928				
443 07-0	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	240	72
31.01.02	300	Verordnungen (EDV)	0		557
453 01-7	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0	100	0
31.01.02	300		0		0
511 00-9	011	Geschäftsbedarf, Kommunikation usw.	0	23.300	6.318
31.01.02	300		0		86.892
514 01-6	011	Kfz.-Kosten	0	0	0
31.01.02	300		0		22.047
517 00-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	0	11.320	7.858
31.01.02	300	Räume	0		1.401
517 02-3	011	Energiekosten	0	35.510	4.875
31.01.02	300		0		28.727
518 00-3	011	Mieten und Pachten	0	196.220	193.997
31.01.02	300		0		431.544

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
518 50-0	011	Miet- und Pachtzahlungen an das Sondervermögen	0	0	63.191
31.01.02	300	Immobilien und Technik	0		0
519 00-0	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	530	133
31.01.02	300		0		1.743
525 01-8	011	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	0	1.870	200
31.01.02	300		0		9.369
	924				
525 25-5	011	Schulungs- und Bildungsveranstaltungen gem. § 39	0	0	0
31.01.02	300	Abs. 5 PVG und § 23 Abs. 4 SCHWBG	0		357
	924				
526 00-6	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
31.01.02	300		0		0
527 00-2	011	Dienstreisen	0	10.130	2.039
31.01.02	300		0		3.954
	924				
527 03-7	011	Auslagen von Reisekosten für den Bund und	0	170	0
31.01.02	300	für Dritte	0		0
	924				
531 02-6	011	Kosten für Beratungen usw.	0	0	251
31.01.02	300		0		30.605
531 04-2	011	Öffentlichkeitsarbeit	0	0	0
31.01.02	300		0		2.493
531 05-0	011	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0	2.300	79
31.01.02	300		0		41.912
531 06-9	011	Künstlersozialabgaben	0	0	0
31.01.02	300		0		-2.665
531 15-8	011	Kosten für die Durchführung von länderübergrei-	0	0	0
31.01.02	300	fenden Fachkonferenzen	0		0
532 30-8	011	Management von Gebäudediensten	0	950	0
31.01.02	300		0		0
532 40-5	011	Entgelte für Gebäudedienstleistungen	0	4.960	0
31.01.02	300	(Hausmeisterdienste)	0		0
532 54-5	011	Innenreinigung	0	0	23.366
31.01.02	300		0		50.525
532 55-3	011	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für	0	0	0
31.01.02	300	Dienstleistungen (Innenreinigung)	0		0
532 61-8	011	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	8.950	11.267
31.01.02	300		0		46.025

Kapitel 0306
Arbeitsförderung im Land Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
532 71-5	011	An Performa Nord, Entgelte für Dienstreise-	6.090	2.140	453
31.01.02	300	abrechnungen	6.090		4.307
532 72-3	011	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	0	5.370	2.900
31.01.02	300	leistungen	0		1.631
532 75-8	011	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	0	0	0
31.01.02	300		0		0
532 80-4	011	An Brekom für Telekommunikationsdienstleistungen	0	13.050	25.765
31.01.02	300		0		10.137
539 01-9	011	Umzugs- und Verlegungskosten	0	0	52.163
31.01.02	300		0		82.247
539 20-5	011	An das Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer	0	0	0
31.01.02	300		0		226.411
539 99-0	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	2.043
31.01.02	300		0		17.951
634 98-4	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.01.02	300		0		1.030
671 11-1	011	Umsetzung des Programms "Perspektive	0	0	136.805
31.01.02	300	Wiedereinstieg"	0		518.657
671 12-0	011	Umsetzung des Programms "Gute Arbeit für	0	0	57.507
31.01.02	300	Alleinerziehende"	0		106.585
671 13-8	011	Umsetzung des Programms "Netzwerk wirksamer	0	0	8.151
31.01.02	300	Hilfen für Alleinerziehende"	0		9.003
671 78-2	011	Umsetzung des Programms "Chance 50+"	0	0	0
31.01.02	300		0		32.744
671 80-4	011	Umsetzung des Programms "In Job"	0	0	0
31.01.02	300		0		20.368
671 90-1	011	Umsetzung des Ausgleichsverfahrens zur	0	0	0
31.01.02	300	Finanzierung der Altenpflege-Umschulung	0		412.277
684 01-9	011	Gebühren und Beiträge an Berufsverbände	0	0	0
31.01.02	300		0		4.485
684 10-8	253	Projektmittel aus der Ausgleichsabgabe nach dem	0	0	34.000
31.01.02	300	Schwerbehindertengesetz für SIBS	0		61.596
684 16-7	253	Zuschüsse gem. § 33 SGB III (VBO)	0	0	0
31.01.02	300		0		31.649
812 02-5	011	Erwerb von Inventar	0	3.000	0
31.01.02	300		0		2.374

Kapitel 0306
Arbeitsförderung im Land Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
812 10-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstellungsgegenständen u. ä.	0	0	2.006
31.01.02	300		0		0
893 10-6	253	Zuwendungen an Dritte aus Mitteln der Stiftung	0	0	39.375
31.01.02	300	"Wohnliche Stadt"	0		90.511
980 41-6	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	0	1.040
31.01.02	300	Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeiterfassung	0		0
981 41-2	892	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im	0	0	0
31.01.02	300	Zusammenhang mit der elektr. Arbeitszeit- erfassung	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0306			6.090	2.422.900	2.773.357
			6.090		4.368.541
Abschluss Kapitel 0306					
Gesamteinnahmen Kapitel 0306			0	0	1.751.501
			0		2.677.411
Zuschuss/Überschuss			-6.090	-2.422.900	-1.021.856
			-6.090		-1.691.130

Kapitel 0307

Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0307		Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG			
		Am Jahresende sind Einnahmen, die nicht für Ausgaben verwendet worden sind, einer Rücklage zuzuführen. Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, ist ein Ausgleich durch Rücklagenentnahme durchzuführen.			
		EINNAHMEN			
162 60-1	241	Zinsen auf Darlehen für Sonderfürsorgeberechtigte	0	0	0
31.02.01	331	im Inland	0		0
162 61-0	241	Zinsen auf Darlehen für sonstige Berechtigte im	0	0	0
31.02.01	331	Inland	0		0
162 62-8	291	Zinsen auf Darlehen (Geldleistungen) für	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte nach dem OEG	0		0
162 63-6	291	Zinsen auf Darlehen (Sachleistungen) für	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte nach dem OEG	0		0
182 60-2	241	Tilgung auf Darlehen für Sonderfürsorgeberechtigte	0	0	0
31.02.01	331	im Inland	0		-75
182 61-0	241	Tilgung auf Darlehen für sonstige Berechtigte im	0	0	660
31.02.01	331	Inland	0		4.080
182 62-9	241	Tilgung auf Darlehen für Berechtigte nach dem	0	0	0
31.02.01	331	ZDG	0		0
182 63-7	291	Tilgung auf Darlehen (Geldleistungen) für	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte nach dem OEG	0		0
182 64-5	291	Tilgung auf Darlehen (Sachleistungen) für	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte nach dem OEG	0		0
182 92-0	291	Tilgung von Darlehen (Geldleistungen) für Sonder-	0	0	0
31.02.01	331	fürsorgeberechtigte nach dem IfSG	0		0
186 60-8	241	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
231 14-0	241	Kostenanteil des Bundes an den Leistungen	1.233.000	1.230.000	1.414.868
31.02.01	331	der Kriegsopferfürsorge	1.270.000		1.593.890
231 15-8	291	Kostenanteil des Bundes an den Leistungen	100.000	98.000	116.754
31.02.01	331	nach dem OEG	100.000		36.132
231 16-6	241	Kostenanteil des Bundes an den Leistungen nach dem	0	0	0
31.02.01	331	StrRehaG	0		0

Kapitel 0307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
231 17-4	241	Kostenanteil des Bundes an den Leistungen nach dem	0	0	10.499
31.02.01	331	Häftlingshilfegesetz	0		0
281 10-4	241	Erstattungen von Leistungen für Sonderfürsorge-	0	0	14.858
31.02.01	331	berechtigte im Inland	0		1.743
281 11-2	241	Erstattungen von Leistungen für sonstige	800.000	816.100	761.535
31.02.01	331	Berechtigte im Inland	800.000		799.930
281 12-0	241	Erstattungen von Leistungen für Berechtigte nach	0	0	0
31.02.01	331	dem ZDG	0		0
281 13-9	291	Erstattungen von Leistungen für Berechtigte nach	0	0	4.281
31.02.01	331	dem OEG (Geldleistungen)	0		14.670
281 14-7	291	Erstattungen von Leistungen für Berechtigte nach	0	0	29.378
31.02.01	331	dem OEG (Sachleistungen)	0		11.833
281 15-5	241	Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG,	0	0	86
31.02.01	331	ZDG und OEG	0		0
281 19-8	241	Erstattungen für im Auftrage anderer Träger	0	0	0
31.02.01	331	übernommene Aufgaben bei der KOF	0		0
286 10-6	241	Erstattungen von Leistungen für Berechtigte im	0	0	1.806
31.02.01	331	Ausland	0		1.119
359 04-9	851	Entnahme aus der Rücklage "Kriegsopferfürsorge"	0	0	230.000
31.02.01	331		0		0
	900				
Gesamteinnahmen Kapitel 0307			2.133.000	2.144.100	2.584.724
			2.170.000		2.463.321

**Kapitel 0307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 und 6 sind gegenseitig deckungsfähig mit Ausgaben der Hauptgruppe 7, 8 und 9.					
531 50-0	241	Beweiserhebung und Verwaltungskostenerstattung	0	0	0
31.02.01	331		0		0
681 01-3	241	Berufförd., Leistungen an Besch.o.KFZ-Beihilfen,	0	0	0
31.02.01	331	Übergangsgeld u. Unterhaltsbeihilfe	0		0
681 02-1	241	Berufsf.Leist.a.sond.Fürsor.Ber.o.KFZ-Beihilfen,	0	0	0
31.02.01	331	Übergangsgeld u. Unterhaltsbeihilfe	0		0
681 03-0	241	Berufsfördernde Leistungen: Beihilfen an Beschä-	0	0	0
31.02.01	331	digte zur Beschaffung usw. eines KFZ	0		0
681 04-8	241	Berufsfördernde Leistungen an Sonderfürsorge-	0	0	0
31.02.01	331	berechtigte zur Beschaffung usw. eines KFZ	0		0
681 05-6	241	Berufförd. Leistungen: Übergangsgeld und	0	0	0
31.02.01	331	Unterhaltsbeihilfe an Sonderfürsorgegeber.	0		0
681 06-4	241	Berufsfördernde Leistungen: Übergangsgeld und	0	0	0
31.02.01	331	Unterhaltsbeihilfe an Beschädigte	0		0
681 20-0	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	0		0
681 21-8	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 22-6	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Hinterbliebene	0	0	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 25-0	241	Beihilfen f. häusliche Pflege an Beschädigte	5.000	1.930	6.651
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	4.000		4.142
681 26-9	241	Beihilfen für sonstige Pflege an Beschädigte	45.000	34.720	45.251
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	45.000		33.933
681 27-7	241	Beihilfen für sonst. Pflege an Beschädigte	30.000	34.720	25.873
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	25.000		53.254
681 28-5	241	Beihilfen für sonstige Pflege an Hinterbliebene	750.000	988.610	1.213.969
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	500.000		1.239.136
681 30-7	241	Beihilfen nach § 26 D BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	0		0

Kapitel 0307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
681 35-8	241	Beihilfen nach § 26 E BVG an Beschädigte	0	0	200
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	0		0
681 45-5	241	Beihilfen nach § 27 A BVG an Beschädigte	10.000	0	12.681
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	8.000		4.935
681 50-1	241	Erholungshilfe: Beihilfen an Beschädigte	600	1.350	0
31.02.01	331	(Sonderfürsorgeberechtigte im Inland)	600		1.787
681 51-0	241	Erholungshilfe: Beihilfen an Beschädigte	600	1.740	2.476
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	600		0
681 52-8	241	Erholungshilfe: Beihilfen an Hinterbliebene	600	1.740	1.878
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	600		3.772
681 60-9	241	Wohnungshilfe: Beihilfen an Sonderfürsorgeberech-	0	0	0
31.02.01	331	tigte im Inland	0		0
681 61-7	241	Wohnungshilfe: Beihilfen an sonstige Berechtigte	0	0	0
31.02.01	331	im Inland	0		884
681 65-0	241	Beihilfen an Sonderfürsorgeberechtigte zur	6.000	3.380	5.952
31.02.01	331	Beschaffung zum Betrieb usw. eines KFZ	6.000		5.818
681 66-8	241	Beihilfen an sonstige Berechtigte zur Beschaffung	6.000	4.820	6.150
31.02.01	331	zum Betrieb usw. eines KFZ	5.000		5.500
681 67-6	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an	7.000	4.820	8.852
31.02.01	331	Sonderfürsorgeberechtigte	6.000		5.759
681 68-4	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an	10.000	6.750	11.232
31.02.01	331	sonstige Berechtigte im Inland	9.000		10.720
681 69-2	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an	1.114.200	964.500	1.061.983
31.02.01	331	Hinterbliebene im Inland	1.287.600		1.027.792
681 70-6	241	Berufsf.Leist.a.Besch.im Ausland o.KFZ-Beihilfen,	0	0	0
31.02.01	331	Übergangsgeld u. Unterhaltsbeihilfe	0		0
681 72-2	241	Berufsförd. Leist.: Beihilfen zur Beschaffung usw.	0	0	0
31.02.01	331	eines KFZ an Berechtigte im Ausland	0		0
681 73-0	241	Berufsförd. Leist.: Beihilfen nach dem ZDG	0	0	0
31.02.01	331	zur Beschaffung usw. eines KFZ	0		0
681 75-7	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0

Kapitel 0307

Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatz 2016	Anschatz 2015	IST 2014
			2017	EUR	
681 76-5	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Hinterbliebene	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 77-3	241	Beihilfen für häusliche Pflege an Beschädigte	4.000	5.790	4.571
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	3.600		5.011
681 78-1	241	Beihilfen für sonstige Pflege an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 79-0	241	Beihilfen für häusliche Pflege an Hinterbliebene	20.000	9.650	7.830
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	18.000		28.678
681 80-3	241	Beihilfen für sonstige Pflege an Hinterbliebene	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 81-1	241	Beihilfen nach § 26 D BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 82-0	241	Beihilfen nach § 26 E BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 83-8	241	Erziehungsbeihilfen nach § 27 BVG an	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte im Ausland	0		0
681 84-6	241	Beihilfen nach § 27 A BVG an Beschädigte	0	8.680	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		6.532
681 85-4	241	Beihilfen nach § 27 A BVG an Hinterbliebene	16.000	27.010	18.518
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	14.000		21.470
681 86-2	241	Erholungshilfe: Beihilfen an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 87-0	241	Erholungshilfe: Beihilfen an Hinterbliebene	0	0	0
31.02.01	331	(Berechtigte im Ausland)	0		0
681 88-9	241	Beihilfen an Beschädigte zur Beschaffung zum	0	0	0
31.02.01	331	Betrieb usw. eines KFZ im Ausland	0		0
681 89-7	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an	0	0	0
31.02.01	331	Beschädigte im Ausland	0		0
681 90-0	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an	0	0	0
31.02.01	331	Hinterbliebene im Ausland	0		0
681 91-9	241	Kosten für im Auftrage anderer Träger übernommene	0	0	0
31.02.01	331	Aufgaben bei der KOF	0		0

Kapitel 0307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
681 92-7	291	Inanspruchnahme aus Impfschaden	100.000	75.230	113.922
31.02.01	331		90.000		82.603
681 93-5	291	Beihilfen (Geldleistungen) an Berechtigte nach	150.000	91.630	127.143
31.02.01	331	dem OEG	200.000		69.199
681 94-3	291	Beihilfen (Sachleistungen) an Berechtigte nach	550.000	313.320	248.375
31.02.01	331	dem OEG	650.000		262.799
681 95-1	241	Sonstige Beihilfen nach dem ZDG für	0	0	10.139
31.02.01	331	Sonderfürsorgeberechtigte	0		8.823
681 96-0	241	Sonstige Beihilfen für Berechtigte nach dem ZDG	0	23.150	22.419
31.02.01	331		0		24.225
681 97-8	244	Beihilfen an Berechtigte nach § 21 StrRehaG	0	0	0
31.02.01	331		0		0
681 98-6	241	Beihilfen an Berechtigte nach § 4 Häftlingshilfe-	0	0	4.462
31.02.01	331	gesetz (HHG)	0		5.155
862 10-7	291	Darlehen nach dem IfSchG	0	0	0
31.02.01	331		0		0
863 26-0	241	Darlehen: Hilfe zur Pflege an sonstige	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte im Inland	0		0
863 70-7	241	Darlehen an Sonderfürsorgeberechtigte im Inland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
863 71-5	241	Darlehen an Hinterbliebene im Inland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
863 72-3	241	Darlehen an Beschädigte im Inland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
863 90-1	291	Darlehen (Geldleistungen) an Berechtigte nach	0	0	0
31.02.01	331	dem OEG	0		0
863 91-0	291	Darlehen (Sachleistungen) an Berechtigte nach	0	0	0
31.02.01	331	dem OEG	0		0
866 70-6	241	Darlehen an Sonderfürsorgeberechtigte Ausland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
866 71-4	241	Darlehen an Hinterbliebene Ausland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
866 72-2	241	Darlehen an Beschädigte Ausland	0	0	0
31.02.01	331		0		0
919 10-9	851	Zuführung an die Rücklage Kriegsopferfürsorge	0	0	103.021
31.02.01	331		0		34.343
	900				

Kapitel 0307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem BVG, SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
984 10-5	892	An Hst. 3307/384 10-7 nach § 7 BREM.VOKOF	0	0	0
31.02.01	331	in Verbindung mit § 6 Abs.2 BRAGBSHG	0		0
985 10-1	891	An Hst. 6490/385 01 und 6491/385 02 für Maßnahmen	0	0	304
31.02.01	331	nach dem BVG	0		1.151
Gesamtausgaben Kapitel 0307			2.825.000	2.603.540	3.063.854
			2.873.000		2.947.421
Abschluss Kapitel 0307					
Gesamteinnahmen Kapitel 0307			2.133.000	2.144.100	2.584.724
			2.170.000		2.463.321
Zuschuss/Überschuss			-692.000	-459.440	-479.130
			-703.000		-484.100

Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	

0308 Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)

EU-Mindereinnahmen im Haushaltsvollzug gehen zu Lasten des allgemeinen Haushalts. EU-Mehreinnahmen im Haushaltsvollzug kommen dem allgemeinen Haushalt zugute bzw. können im Einzelfall nach Beschlussfassung der Deputation für Arbeit und durch Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Die EU-Einnahmeanschläge und die tatsächlichen EU-Einnahmen haben sich über die Programmlaufzeit der Programme auszugleichen.

EINNAHMEN

272 50-8	253	Von der EU für ESF-Bundesprogramm "Stärken vor	0	0	11.348
31.01.01	300	Ort" 2007 - 2013	0		312.045
272 92-3	253	Von der EU für ESF-Ziel 3-Programm (2000-2006)	0	0	11.815.193
31.01.01	300		0		0
272 98-2	253	Von der EU für das ESF-Programm 2007-2013	0	0	2.515.360
31.01.01	300		0		22.923.874
272 99-0	253	Von der EU für das ESF-Programm 2014-2020	6.450.000	6.450.000	715.917
31.01.01	300		6.450.180		0
380 56-4	892	Von Hst. 0709/980 84-0 für das EFRE Programm	0	0	0
31.01.01	300	2007-2013	0		0
381 56-0	892	Von Hst. 0709/981 84-6 für das EFRE Programm	0	0	0
31.01.01	300	2007-2013	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0308			6.450.000	6.450.000	15.057.818
			6.450.180		23.235.919

Kapitel 0308
Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
684 10-5	253	Zuschüsse für ESF-Projekte 2007-2013 (Fonds 1)	0	0	1.887.547
31.01.01	300	Siehe zu 686 48-5.	0		1.942.717
684 11-3	253	Zuschüsse für ESF-Projekte 2007-2013 (Fonds 2)	0	0	3.577.444
31.01.01	300	Siehe zu 686 48-5.	0		5.700.884
684 12-1	253	Zuschüsse für ESF-Projekte 2007-2013 (Fonds 3)	0	0	2.854.118
31.01.01	300	Siehe zu 686 48-5.	0		6.235.834
684 13-0	253	Zuschüsse für EFRE-Projekte 2007-2013 (Fonds 1)	0	0	1.919.346
31.01.01	300	Siehe zu 686 48-5.	0		630.222
684 14-8	253	Zuschüsse für EFRE-Projekte 2007-2013 (Fonds 2)	0	0	2.214
31.01.01	300	Siehe zu 686 48-5.	0		90.930
686 48-5	253	EU-Zuschüsse ESF2007-2013	0	0	0
31.01.01	300	Gegenseitig deckungsfähig mit 684 10-5, 684 11-3, 684 12-1, 684 13-0, 684 14-8, 686 49-3, 686 50-7, 686 56-6, 686 60-4, 981 10-0, 981 20-7, 981 21-5, 981 22-3, 981 23-1, 981 30-4, 984 14-1, 984 16-8, 984 22-2, 984 26-5, und 984 43-5.	0		-5.454.000
686 49-3	253	EU-Zuschüsse ESF2007-2013	0	0	191.898
31.01.01	300	(Technische Hilfe) Siehe zu 686 48-5.	0		310.610
686 50-7	253	EU-Zuschüsse für ESF-Bundesprogramm "Stärken vor	0	0	451
31.01.01	300	Ort" 2007 - 2013 Siehe zu 686 48-5.	0		0
686 53-1	253	EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)	6.000.000	6.000.000	13.138
31.01.01	300	Gegenseitig deckungsfähig mit 686 54-0, 981 24-0, 981 25-8, 981 40-1, 981 41-0, 981 45-2, 981 54-1, und 985 53-9. Verpflichtungsermächtigung:	6.000.000		0
		2016		2017	
		Anschlag: 5.000.000 EUR	Anschlag: 5.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 5.000.000 EUR	Abdeckung: 2018 5.000.000 EUR		
		2018 0 EUR	2019 0 EUR		
		2019 0 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
686 54-0	253	EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Technische Hilfe)	450.000	450.000	0
31.01.01	300	Siehe zu 686 53-1. Verpflichtungsermächtigung:	450.000		0
		2016		2017	
		Anschlag: 300.000 EUR	Anschlag: 300.000 EUR		
		Abdeckung: 2017 300.000 EUR	Abdeckung: 2018 300.000 EUR		
		2018 0 EUR	2019 0 EUR		
		2019 0 EUR	2020 0 EUR		
		2020ff 0 EUR	2021ff 0 EUR		
686 56-6	253	EU-Zuschüsse für EFRE 2007-2013	0	0	154.000
31.01.01	300	Siehe zu 686 48-5.	0		80.000

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
686 60-4	253	Zuschüsse für das Projekt "Weiter mit Bildung und	0	0	130.385
31.01.01	300	Beratung" Siehe zu 686 48-5.	0		16.286
980 10-3	892	An Hst. 0101/380 40-8, Erstattungen für das	0	0	313.035
31.01.01	300	Projekt RESOWEST (EFRE-Programm)	0		11.740
980 20-0	892	An Hst. 0120/380 20-6 für das Projekt	0	0	9.381
31.01.01	300	Chance IV DPA	0		0
980 21-9	892	An Hst. 0120/380 21-4 für das Projekt Chance IV	0	0	28.773
31.01.01	300	Einstieg in das Recycling	0		1.119
980 22-7	892	An Hst. 0101/380 22 für das Projekt Chance IV	0	0	28.044
31.01.01	300		0		22.274
980 23-5	892	An Hst. 0201/380 22-7 für ESF-Projekt "Wirkungs-	0	0	0
31.01.01	300	analyse Qualitätsmanagement WiQi"	0		0
980 24-3	892	An Hst. 0120/380 24-9 für ESF Projekt Koordination	0	0	0
31.01.01	300	von Projekten und Diagnostik, Profiling und Assess- ment für Strafgefangene (Chance IV)	0		0
980 25-1	892	An Hst. 0101/380 25-4 für ESF Projekt Koordination	0	0	0
31.01.01	300	von Projekten und Diagnostik, Profiling und Assess- ment für Strafgefangene (Chance IV)	0		0
980 30-8	892	An HSt. 0201/380 30-8 für EFRE-Projekt "Innovativ	0	0	990.000
31.01.01	300		0		0
980 40-5	892	An Hst. 0305/380 41-5 für Weiterbildungsberatung,	0	0	0
31.01.01	300	Sach- und Verwaltungskosten	0		0
980 41-3	892	An Hst. 0300/380 41-7 für Weiterbildungsberatung,	0	0	0
31.01.01	300	Personalkosten	0		0
980 45-6	892	An Hst. 0305/380 45-8 für "Bremer Weiterbildungs-	0	0	0
31.01.01	300	schecks"	0		0
980 89-8	892	An Hst. 0300/380 99-9, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.01.01	300	ausgaben (ESF 2007 - 2013)	0		520.347
980 94-4	892	An Hst. 0306/380 99-6, Erstattung von Personal-	0	0	0
31.01.01	300	ausgaben (ESF)	0		113.311
980 98-7	892	An Hst. 0306/380 99-0, Erstattung von Personalaus-	0	0	141.208
31.01.01	300	gaben (ESF, 2014-2020)	0		0

Kapitel 0308
Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
980 99-5	892	An Hst. 0300/380 99-9, Erstattung von Personalaus-	0	0	327.514
31.01.01	300	gaben (ESF, 2014-2020)	0		0
981 10-0	892	An Hst. 0101/381 40-4, Erstattungen für das	0	0	0
31.01.01	300	Projekt RESOWEST (EFRE 2007-2013)	0		0
		1. Siehe zu 686 48-5.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 20-7	892	An Hst. 0120/381 20-2 für das Projekt Chance IV	0	0	0
31.01.01	300	DPA (EFRE 2007-2013)	0		0
		1. Siehe zu 686 48-5.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 21-5	892	An Hst. 0120/381 21-0 für das Projekt Chance IV	0	0	0
31.01.01	300	Einstieg in das Recycling (EFRE 2007-2013)	0		0
		1. Siehe zu 686 48-5.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 22-3	892	An Hst. 0101/381 22-6 für das Projekt Chance IV	0	0	0
31.01.01	300	(EFRE 2007-2013)	0		0
		1. Siehe zu 686 48-5.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 23-1	892	An Hst. 0201/381 22-3 für das Projekt "Wirkungs-	0	0	0
31.01.01	300	analyse Qualitätsmanagement WiQi" (ESF 2007-2013)	0		0
		1. Siehe zu 686 48-5.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 24-0	892	An Hst. 0120/381 24-5 für Projekt Chance V	0	0	0
31.01.01	300	DPA (ESF 2014-2020)	0		0
		1. Siehe zu 686 53-1.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 25-8	892	An Hst. 0101/381 25-0 für Projekt Chance V	0	0	0
31.01.01	300	DPA (ESF 2014-2020)	0		0
		1. Siehe zu 686 53-1.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 30-4	892	An Hst. 0201/381 30-4 für Projekt "InnoAktiv"	0	0	0
31.01.01	300	(EFRE 2007-2013)	0		0
		1. Siehe zu 686 48-5.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 40-1	892	An Hst. 0305/381 40-3 für "Weiterbildungsberatung"	0	0	0
31.01.01	300	Sach- und Verwaltungskosten	0		0
		1. Siehe zu 686 53-1.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 41-0	892	An Hst. 0300/381 41-3 für "Weiterbildungsberatung"	0	0	0
31.01.01	300	Personalkosten	0		0
		1. Siehe zu 686 53-1.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 45-2	892	An Hst. 0305/381 45-4 für "Bremer Weiterbildungs-	0	0	0
31.01.01	300	schecks"	0		0
		1. Siehe zu 686 53-1.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			
981 54-1	892	An Hst. 0300/381 78-2 für Personalausgaben	0	0	0
31.01.01	300	(ESF 2014-2020)	0		0
		1. Siehe zu 686 53-1.			
		2. Die Mittel sind übertragbar.			

Kapitel 0308
Förderungen aus dem europäischen Sozialfonds (ESF)

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
984 14-1	892	An Hst. 3216/384 14-7 für ESF-Projekt "Leonardo da	0	0	0
31.01.01	300	Vinci II" (ESF 2007-2013) 1. Siehe zu 686 48-5. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
984 16-8	892	An Hst. 3216/384 16-3 für ESF-Projekt "Fö-Ju-	0	0	63.307
31.01.01	300	Werksschule" (ESF 2007-2013) 1. Siehe zu 686 48-5. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		18.500
984 22-2	892	An Hst. 3239/384 22-5 für ESF-Projekt "GIBO	0	0	49.293
31.01.01	300	(Fortsetzungsprojekt Robot)" (ESF 2007-2013) 1. Siehe zu 686 48-5. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
984 26-5	892	An Hst. 3239/384 26-8 für ESF-Projekt "Übergangs	0	0	31.154
31.01.01	300	optimierung Bremen Nord (ESF 2007-2013) 1. Siehe zu 686 48-5 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		87.245
984 43-5	892	An Hst. 3216/384 43-0 für ESF-Projekt "ILA	0	0	58.293
31.01.01	300	(Fortsetzungsprojekt BBO-LURA + LURA-Azubi)" (ESF 2007-2013) 1. Siehe zu 686 48-5. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
985 53-9	892	An Hst. 6405/385 02-1 für "Jugendberufsagentur"	0	0	0
31.01.01	300	(ESF 2014-2020) Siehe zu 686 53-1.	0		0
Gesamtausgaben Kapitel 0308			6.450.000	6.450.000	12.770.544
			6.450.000		10.328.019
Abschluss Kapitel 0308					
Gesamteinnahmen Kapitel 0308			6.450.000	6.450.000	15.057.818
			6.450.180		23.235.919
Zuschuss/Überschuss			0	0	2.287.274
			180		12.907.900

Kapitel 0331
Amt für Versorgung und Integration Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0331 Amt für Versorgung und Integration Bremen					
EINNAHMEN					
111 00-7	219	Gebühren, sonstige Entgelte	2.500	2.500	4.478
31.02.01	331		2.500		2.909
111 10-4	291	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken	530.000	530.000	619.143
31.02.01	331		530.000		651.115
119 00-8	219	Sonstige	150.010	130.000	296.497
31.02.01	331		138.620		128.798
119 10-5	291	Einnahmen aus Regressen nach dem OEG	0	0	0
31.02.01	331		0		0
124 00-1	219	Mieten und Pachten	0	0	3.788
31.02.01	331		0		6.146
124 08-7	219	Nutzungsentgelte für Behördenparkplätze	0	0	0
31.02.01	331		0		0
231 00-2	219	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom	849.000	682.000	865.355
31.02.01	331	Bund <i>Siehe zu 681 10-5.</i>	884.000		674.252
236 01-2	219	Erstattungen von Krankenkassen nach dem	0	0	0
31.02.01	331	Aufwendungsausgleichsgesetz	0		0
380 20-2	892	Von Hst. 0304/980 20-6 für die Refinanzierung von	0	0	1.371
31.02.01	331	Personal (Ausgleichsabgabe)	0		0
381 20-9	892	Von Hst. 0304/981 20-2 für die Refinanzierung von	0	0	0
31.02.01	331	Personal (Ausgleichsabgabe) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 428 20-5.	0		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0331			1.531.510	1.344.500	1.790.632
			1.555.120		1.463.221

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
412 00-7	219	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	910	900	336
31.02.01	331		920		694
422 01-0	219	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und	1.766.940	1.830.100	1.777.525
31.02.01	331	Beamten	1.775.390		1.741.429
	925				
422 72-0	219	Bezüge der Beamten (Altersteilzeit) -refinanziert-	0	0	0
31.02.01	331		0		0
	925	Die Mittel sind übertragbar.			
425 01-0	219	Vergütungen der Angestellten	0	0	0
31.02.01	331		0		0
	925				
428 01-9	219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.421.490	2.281.520	2.348.251
31.02.01	331		2.429.880		2.376.523
	925				
428 20-5	219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	2.805
31.02.01	331	(Ausgleichsabgabe) -refinanziert-	0		0
	925	Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 381 20-9 geleistet werden.			
441 01-5	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	76.410	0	0
31.02.01	331	innen und Versorgungsempfänger	78.700		0
	928				
441 20-1	011	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
31.02.01	331	innen und Versorgungsempfänger	0		0
	928	(Ausgleichsabgabe) -refinanziert-			
443 07-7	219	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	2.620	3.530	1.795
31.02.01	331	Verordnungen -Einsatz an ADV-Anlagen usw.-	2.700		1.491
511 00-5	219	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Aus-	59.670	58.960	63.321
31.02.01	331	stattungs-/Ausrüstungs-/sonst.Gebrauchsgegenstände Einnahmen aus dem Teilleistungsvertrag mit der Deutschen Post fließen den Mitteln zu.	61.160		49.243
514 00-4	219	Haltung von Fahrzeugen und dgl.	3.000	5.080	1.015
31.02.01	331		3.000		350
517 00-3	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	80.000	89.860	88.190
31.02.01	331		80.000		98.309
518 00-0	219	Mieten und Pachten	8.330	8.330	5.299
31.02.01	331		8.330		5.257

Kapitel 0331
Amt für Versorgung und Integration Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
518 50-6	219	Miet- und Pachtzahlungen an das	252.710	244.910	261.716
31.02.01	331	Sondervermögen Immobilien und Technik 1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen bis zur Höhe von 100.000 EUR sind mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen und darüber hinaus nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	228.720		261.716
519 00-6	219	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0	0
31.02.01	331		0		0
525 00-6	219	Aus- und Fortbildung, Umschulung	7.500	4.210	7.896
31.02.01	331		7.500		11.905
	924				
526 00-2	219	Gerichts- und ähnliche Kosten	51.750	50.530	57.288
31.02.01	331		53.040		39.509
527 00-9	219	Dienstreisen	6.450	6.370	12.191
31.02.01	331		6.450		13.285
	924				
531 50-2	219	Beweiserhebung und Kostenerstattung	740.000	574.790	678.006
31.02.01	331		740.000		688.284
532 40-1	219	Entgelte für Gebäudedienstleistungen (Hausmeister-	50.400	42.100	37.356
31.02.01	331	dienste)	51.400		54.526
532 55-0	219	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für	0	0	0
31.02.01	331	Dienstleistungen (Innenreinigung)	0		0
532 61-4	219	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	21.840	25.390	21.763
31.02.01	331	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.	21.860		22.152
532 63-0	219	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	0	0	0
31.02.01	331	(refinanziert)	0		0
532 72-0	219	An Performa Nord, Entgelte für Postdienst-	62.600	87.960	93.670
31.02.01	331	leistungen	62.600		89.556
532 75-4	219	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	31.000	37.430	30.873
31.02.01	331		32.000		30.530
532 80-0	219	Entgelte für Tul-Dienstleistungen	0	0	0
31.02.01	331		0		0
532 85-1	219	Entgelte für Werksvertrag (E-Government)	0	0	0
31.02.01	331		0		0
539 01-5	219	Umzugs- und Verlegungskosten	90.000	0	0
31.02.01	331		0		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
539 33-3	219	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	0	0
31.02.01	331	Pflege	0		0
539 99-6	219	Vermischte Verwaltungsausgaben	0	0	0
31.02.01	331		0		0
631 00-0	219	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an	143.100	170.310	73.618
31.02.01	331	Bund	143.100		197.668
631 10-8	291	Erstattungen an den Bund gemäß Par. 66 SchwBG	0	0	0
31.02.01	331		0		0
634 98-0	011	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
31.02.01	331		0		0
636 10-0	229	Erstattung von Verwaltungsausgaben an	25.000	45.860	108
31.02.01	331	Sozialversicherungsträger	26.000		13.081
681 10-5	291	Entschädigungen nach dem OEG	2.778.530	2.788.630	4.240.528
31.02.01	331	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 231 00-2 geleistet werden.	3.125.250		3.229.212
681 12-1	241	Kosten aufgrund des verwaltungsrechtlichen	2.000	3.280	2.283
31.02.01	331	Rehabilitierungsgegesetzes	2.050		1.914
681 15-6	291	Versorgungsleistungen wegen Impfschäden	390.000	360.280	388.353
31.02.01	331		399.750		338.879
681 16-4	291	Entschädigungen nach dem Anti-D-Hilfe-	8.000	5.520	6.322
31.02.01	331	gesetz	8.200		6.111
700 00-2	219	Kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere	0	0	0
31.02.01	331	Instandsetzungen	0		0
700 10-0	219	Umbau- und Renovierungskosten	0	0	366.350
31.02.01	331		0		0
719 00-5	219	Bau von Fernmeldeanlagen	0	0	0
31.02.01	331		0		0
790 00-1	219	Sonstige Baumaßnahmen	0	0	4.016
31.02.01	331		0		0
812 00-5	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und	59.500	44.000	41.055
31.02.01	331	Ausrüstungsgegenständen im Inland	59.500		6.774
812 02-1	219	Erwerb von Inventar	0	0	0
31.02.01	331		0		0
812 04-8	219	Projekt elektronische Befundberichts-anforderung	0	0	0
31.02.01	331	Ärzte (eIS-A)	0		0

Kapitel 0331
Amt für Versorgung und Integration Bremen

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
812 33-1	219	Erwerb von Softwarelizenzen	0	0	0
31.02.01	331		0		0
980 41-2	892	An Hst. 0950/380 41-1, Erstattung von Kosten im	0	5.500	4.090
31.02.01	331	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		3.960
981 41-9	892	An Hst. 0950/381 41-8, Erstattung von Kosten im	0	0	0
31.02.01	331	Zusammenhang mit der elektronischen Arbeitszeit- erfassung	0		0
985 10-4	891	An Hst. 6402/385 03 für Arbeitsplatzkosten	4.140	4.130	4.140
31.02.01	331	Außenstelle AVIB	4.240		4.420
Gesamtausgaben Kapitel 0331			9.143.890	8.779.480	10.620.161
			9.411.740		9.286.779
Abschluss Kapitel 0331					
Gesamteinnahmen Kapitel 0331			1.531.510	1.344.500	1.790.632
			1.555.120		1.463.221
Zuschuss/Überschuss			-7.612.380	-7.434.980	-8.829.529
			-7.856.620		-7.823.558

Arbeit

3307 **Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem SVG, ZDG
und OEG**

Kapitel 3307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3307		Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem SVG, ZDG und OEG			
		Die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 9 sind gegenseitig deckungsfähig.			
		Am Jahresende sind Einnahmen, die nicht für Ausgaben verwendet worden sind, einer Rücklage zuzuführen. Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, ist ein Ausgleich durch Rücklagenentnahme durchzuführen.			
		EINNAHMEN			
162 61-9	241	Zinsen auf Darlehen für sonstige Berechtigte im	0	0	0
31.02.01	331	Inland	0		0
182 61-0	241	Tilgung auf Darlehen für sonstige Berechtigte im	0	0	0
31.02.01	331	Inland	0		0
231 14-9	241	Kostenanteil des Bundes an den Leistungen	80.000	91.780	89.653
31.02.01	331	der Kriegsopferfürsorge	71.000		101.488
281 10-3	241	Erstattungen von Kosten der Kriegsopferfürsorge	1.500	1.000	2.766
31.02.01	331		1.500		0
281 11-1	241	Erstattungen von Leistungen für Berechtigte nach	0	0	0
31.02.01	331	dem ZDG	0		0
281 20-0	241	Erstattungen für Hilfeempfänger, für die das Land	0	0	0
31.02.01	331	kostenpflichtig ist	0		0
359 10-2	851	Entnahme aus der Rücklage Kriegsopferfürsorge	0	0	14.206
31.02.01	331		0		0
	900				
384 10-7	892	Von Hst. 0307/984 10-5 nach § 7 Brem.VOKOF	0	0	0
31.02.01	331	in Verbindung mit § 6 Abs.2 BRAGBSHG	0		0
		Gesamteinnahmen Kapitel 3307	81.500	92.780	106.624
			72.500		101.488

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
681 21-7	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 22-5	241	Beihilfen nach § 26 B BVG an Hinterbliebene	0	0	533
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 25-0	241	Beihilfen für häusliche Pflege an Beschädigte	8.000	17.360	10.317
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	7.000		18.415
681 26-8	241	Beihilfen für sonstige Pflege an Beschädigte	0	0	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 27-6	241	Beihilfen für häusliche Pflege an Hinterbliebene	9.000	9.650	9.423
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	8.000		7.083
681 28-4	241	Beihilfen für sonst. Pflege an Hinterbliebene	0	0	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 31-4	241	Beihilfen nach § 26 D BVG an Beschädigte	0	960	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 32-2	241	Beihilfen nach § 26 D BVG an Hinterbliebene	0	0	0
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 36-5	241	Beihilfen nach § 26 E BVG an Beschädigte	0	0	520
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	0		0
681 37-3	241	Beihilfen nach § 26 E BVG an Hinterbliebene	4.500	5.210	4.902
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	4.000		4.845
681 43-8	241	Erziehungsbeihilfen zum Hochschulstudium	0	0	0
31.02.01	331		0		0
681 46-2	241	Beihilfen nach § 27 A BVG an Beschädigte	15.000	19.290	18.664
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	12.000		25.111
681 47-0	241	Beihilfen nach § 27 A BVG an Hinterbliebene	60.000	57.870	64.109
31.02.01	331	(sonstige Berechtigte im Inland)	55.000		59.560
681 61-6	241	Wohnungshilfe: Beihilfen an sonstige Berechtigte	0	0	0
31.02.01	331	im Inland	0		0
681 68-3	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an sonstige	0	0	0
31.02.01	331	Berechtigte im Inland	0		0
681 69-1	241	Sonstige Beihilfen nach § 27 D BVG an	4.000	2.890	5.026
31.02.01	331	Hinterbliebene im Inland	3.000		3.669

Kapitel 3307
Kriegsopferfürsorge, Leistungen nach dem SVG, ZDG und OEG

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
681 90-0	241	Leistungen an Berechtigte nach dem ZDG	0	0	550
31.02.01	331	(ausgenommen Darlehen)	0		550
919 10-8	851	Zuführung an die Rücklage	0	0	0
31.02.01	331	Kriegsopferfürsorge	0		68.815
	900				
Gesamtausgaben Kapitel 3307			100.500	113.230	114.044
			89.000		188.048
Abschluss Kapitel 3307					
Gesamteinnahmen Kapitel 3307			81.500	92.780	106.624
			72.500		101.488
Zuschuss/Überschuss			-19.000	-20.450	-7.420
			-16.500		-86.560

0801 **Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und
Luftverkehrsbehörde**

Kapitel 0801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
0801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde			
		EINNAHMEN			
111 01-7	731	Verwaltungsgebühren (Hafenwirtschaft/	100.000	113.520	166.967
<i>81.01.02</i>	800	Hafeninfrastruktur)	100.000		154.059
111 10-6	731	Verwaltungsgebühren (Luftverkehrsbehörde)	40.000	0	0
<i>81.01.03</i>	800	Mehreinnahmen sind zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 981 53-4.	40.000		0
111 11-4	751	Prüfungsgebühren der Luftfahrtverwaltung	5.000	5.000	3.447
<i>81.01.03</i>	800		5.000		38.351
111 51-3	731	Verwarnungsgelder	0	0	0
<i>81.01.02</i>	800		0		0
112 01-3	731	Geldbußen, Zwangs- und Erzwingungsgelder	50.000	51.280	64.201
<i>81.01.02</i>	800	(Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur)	50.000		75.665
112 02-1	731	Geldbußen, Zwangs- und Erzwingungsgelder	1.000	0	0
<i>81.01.03</i>	800	(Luftverkehrsbehörde)	1.000		0
119 99-9	731	Vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	779
<i>81.01.02</i>	800		0		0
272 23-1	731	Von der EU für das Projekt "Log All"	0	0	0
<i>81.01.01</i>	800	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 526 15-2.	0		0
272 24-0	732	Von der EU für das Projekt CASSANDRA	0	0	75.416
<i>81.01.01</i>	800	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 531 20-2.	0		0
272 30-4	732	Von der EU für das Projekt CORE	0	0	68.124
<i>81.01.01</i>	800	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 30-3.	0		0
282 20-2	731	Von Dritten für die Durchführung von Projekten im	0	0	73.500
<i>81.01.01</i>	800	Häfenbereich Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 686 10-9.	0		0
282 30-0	751	Von Dritten für die Beteiligung an der Auditierung	0	0	11.534
<i>81.01.03</i>	800	im Luftverkehr Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 671 10-1.	0		0
331 10-6	731	Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen	10.737.000	10.737.000	10.737.000
<i>81.01.02</i>	800		10.737.000		10.737.000
359 01-9	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	0
<i>81.01.01</i>	800		0		0
359 02-7	851	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für	0	0	0
<i>81.01.01</i>	800	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		0
	900				

**Kapitel 0801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
359 03-5	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	5.161.400
81.01.02	800		0		4.023.775
	900				
359 07-8	851	Entnahme aus der Sonderrücklage "Deichschutz	0	0	0
81.01.02	800	Bremerhaven"	0		0
	900				
359 10-8	851	Entnahme aus der Sonderrücklage Kajen Fischerei-	0	0	0
81.01.01	800	hafen	0		0
	900				
386 10-5	892	Von Hst. 3801/986 10-1, Finanzierung OTB	11.000.000	0	0
81.01.02	800	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 884 21-0.	32.700.000		7.100.000
387 10-1	891	Von Hst. 6962/987 01, Deichbeiträge für den	0	1.325.000	1.426.200
81.01.02	800	Deichschutz Bremerhaven	0		1.304.732
389 10-4	891	Von Hst. 6962/989 01, Deichbeiträge für den	1.325.000	0	0
81.01.02	800	Deichschutz Bremerhaven Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 521 10-0, 981 10-0, 981 20-8 und 985 10-6.	1.325.000		0
Gesamteinnahmen Kapitel 0801			23.258.000	12.231.800	17.788.568
			44.958.000		23.433.582

Kapitel 0801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
427 11-1	731	Kosten für Luftfahrerprüfungen	0	4.480	2.277
81.01.03	800		0		2.402
	925				
427 13-8	731	Kosten für Luftfahrerprüfungen (Luftverkehrs-	4.520	0	0
81.01.03	800	behörde)	4.570		0
	925				
441 12-2	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	14.550	0	0
81.01.02	800	innen/-empfänger (Hafenwirtschaft/Hafen-	14.990		0
	928	infrastruktur)			
441 13-0	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	4.630	0	0
81.01.03	800	innen/-empfänger (Luftverkehrsbehörde)	4.770		0
	928				
441 52-1	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
81.01.02	800	innen/-empfänger -refinanziert- (Hafenwirtschaft/	0		0
	928	Hafeninfrastruktur)			
441 53-0	841	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger-	0	0	0
81.01.03	800	innen/-empfänger -refinanziert- (Luftverkehrs-	0		0
	928	behörde)			
521 10-0	625	Deichschutz Bremerhaven	1.325.000	1.325.000	671.920
81.01.02	800		1.325.000		524.461
		1. Ausgaben bei 521 10-0, 981 10-0, 981 20-8 und 985 10-6 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 389 10-4 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 981 10-0, 981 20-8 und 985 10-6.			
526 10-1	731	Kosten für Gutachten und Sachverständige	19.000	18.000	48.495
81.01.02	800		19.000		81.887
526 11-0	731	Kosten der Fluglärmkommission	1.000	0	736
81.01.03	800		1.000		3.141
526 15-2	731	Förderung des Bereichs Logistik	20.000	50.000	44.391
81.01.02	800		20.000		-3.670
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 23-1 geleistet werden.			
526 20-9	731	Aufbau eines Netzwerks Clean Ship	40.000	51.840	0
81.01.02	800		20.000		0
531 20-2	732	Kosten für das EU-Projekt CASSANDRA	0	0	67.080
81.01.02	800		0		9
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 24-0 geleistet werden.			
532 50-0	731	Sonstige Kosten der Hafenverwaltung	5.000	0	0
81.01.02	800		5.000		0

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
532 61-6	011	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	8.800	8.140	9.160
81.01.02	800		8.800		6.486
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
564 11-9	831	Zinsen für Projekt 9703-L	531.000	697.000	862.800
81.01.02	800	Fischereihafenschleuse Bremerhaven	364.000		1.028.517
	900				
634 11-7	813	Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen	3.500.000	1.250.000	1.265.167
81.01.02	800	(konsumtiv) -Sachkosten-	3.500.000		2.568.000
634 12-5	813	Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen	1.480.000	1.480.000	1.480.000
81.01.02	800	(konsumtiv) -Personalkosten-	1.480.000		1.455.580
671 10-1	751	Aufgaben der Luftaufsicht	173.000	173.000	184.058
81.01.03	800		173.000		268.777
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 30-0 geleistet werden.			
685 02-1	731	Mitgliedsbeiträge	50.000	40.000	27.070
81.01.02	800		55.000		31.662
685 20-0	731	Mitgliedsbeitrag an den Weserbund e.V.	45.000	48.650	55.000
81.01.02	800		45.000		55.000
685 23-4	731	Zuschüsse für Konferenzen und Symposien	10.000	10.000	2.432
81.01.02	800		10.000		8.326
685 50-1	731	Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs	15.000	0	15.000
81.01.02	800		15.000		0
686 10-9	731	Sonstige Zuschüsse für Projekte	55.000	52.650	69.724
81.01.02	800		55.000		3.268
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 282 20-2 geleistet werden.			
686 30-3	732	Kosten für das EU-Projekt CORE	106.500	0	68.124
81.01.02	800		106.500		0
		Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 272 30-4 geleistet werden.			
799 99-0	883	Globale Minderausgabe	0	0	0
81.01.02	800		0		0
881 10-6	731	Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaß-	2.500.000	2.500.000	0
81.01.02	800	nahmen an der Mittelweser	2.500.000		2.500.000
881 31-9	731	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des	0	200.000	200.000
81.01.02	800	Mittelland- und Küstenkanals	0		200.000

Kapitel 0801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag		IST
			2016 2017	2015	
			EUR		
884 11-3	813	Zuführung an das Sondervermögen Fischereihafen	0	1.550.000	5.504.433
81.01.02	800	(investiv) Verpflichtungsermächtigung:	0		1.950.000
		2016	2017		
		Anschlag: 0 EUR	Anschlag: 1.000.000 EUR		
		Abdeckung: 2017	Abdeckung: 2018		
		0 EUR	1.000.000 EUR		
		2018	2019		
		0 EUR	0 EUR		
		2019	2020		
		0 EUR	0 EUR		
		2020ff	2021ff		
		0 EUR	0 EUR		
884 21-0	813	Zuführung an das SV Fischereihafen für den	30.000.000	19.000.000	11.089.220
81.01.02	800	Offshore Terminal Bremerhaven	51.700.000		24.145.526
		Für 2016 und 2017: Über 19.000.000 Euro hinaus, dürfen Ausgaben in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 386 10-5 geleistet werden.			
891 12-8	831	Fischereihafenschleuse Bremerhaven	3.861.000	3.861.000	3.861.000
81.01.02	800	(BKF 9703 L)	3.861.000		3.860.946
891 81-0	692	Anbindung des Offshore Terminals (Luneort) (UVI)	0	0	0
81.01.02	800		0		1.799.220
893 10-4	692	Baukosten Cherbourger Straße	3.860.000	5.333.000	0
81.01.02	800		0		0
919 01-4	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	0
81.01.02	800		0		1.180
919 03-0	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	3.080.292
81.01.02	800		0		5.161.400
	901				
919 05-7	851	Zuführung an die Budgetrücklage "Kajen	0	0	0
81.01.02	800	Fischereihafen"	0		0
919 07-3	851	Zuführung an die Sonderrücklage "Deichschutz	0	0	586.639
81.01.02	800	Bremerhaven"	0		579.570
	900				
980 10-4	892	An Hst. 0627/380 10-0, Deichbeiträge (konsumtiv)	0	0	80.209
81.01.02	800		0		117.670
980 20-1	892	An Hst. 0700/380 95-5, Erstattung von Personalaus-	0	0	84.621
81.01.02	800	gaben (Deichschutz) (konsumtiv)	0		82.055
980 40-6	892	An Hst. 0687/380 40-1, für Baukosten	0	0	8.331.000
81.01.02	800	Cherbourger Straße	0		7.598.000
980 50-3	892	An Hst. 0900/380 78-0 für Finanzkontrolle der EU-	0	0	1.914
81.01.02	800	Förderprogramme	0		0
981 10-0	892	An Hst. 0627/381 10-7, Deichbeiträge (konsumtiv)	0	0	0
81.01.02	800		0		0
		Siehe zu 521 10-0.			

Kapitel 0801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
981 20-8	892	An Hst. 0800/381 52-5, Erstattung von Personalaus-	0	0	0
81.01.02	800	gaben (Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur) (Deichschutz) 1. Siehe zu 521 10-0. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
981 40-2	892	An Hst. 0687/381 40-8, für Baukosten	0	0	0
81.01.02	800	Cherbourger Straße	0		0
981 53-4	892	An Hst. 0800/381 53-3, Erstattung von Personal-	0	0	0
81.01.03	800	ausgaben (Luftverkehrsbehörde) 1. Ausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 10-6 geleistet werden. 2. Die Mittel sind übertragbar.	0		0
984 10-0	892	An Hst. 3801/384 10-1, Kostenerstattung für Häfen	43.753.400	31.119.460	32.581.700
81.01.02	800		38.253.500		63.364.970
985 10-6	891	An Hst. 6120/385 01 und 6502/385 07 Kostenerstat-	0	0	2.812
81.01.02	800	tung (Deichschutz) an Bremerhaven (konsumtiv) Siehe zu 521 10-0.	0		976
Gesamtausgaben Kapitel 0801			91.382.400	68.772.220	70.277.272
			103.541.130		117.395.358
Abschluss Kapitel 0801					
Gesamteinnahmen Kapitel 0801			23.258.000	12.231.800	17.788.568
			44.958.000		23.433.582
Zuschuss/Überschuss			-68.124.400	-56.540.420	-52.488.704
			-58.583.130		-93.961.775

Häfen

3801	Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde
3854	Hafenbehörde

Kapitel 3801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3801		Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde			
		EINNAHMEN			
234 01-0	813	Abführung vom Sondervermögen Hafen	0	1.500.000	10.000.000
81.01.01	800		0		0
334 10-4	813	Zuweisung des SV Hafen für OTB	11.000.000	0	0
81.01.01	800	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 986 10-1.	32.700.000		7.100.000
359 01-8	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	0
81.01.01	800		0		71.780
359 02-6	851	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für	0	0	0
81.01.01	800	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		127.511
	900				
359 03-4	851	Entnahme aus der investiven Budgetrücklage	0	0	234.180
81.01.01	800		0		453.724
	900				
359 90-5	851	Entnahme aus der Budgetrücklage	0	0	0
81.01.01	800	(Baggergutentsorgung)	0		0
	900				
384 10-1	892	Von Hst. 0801/984 10-0, Kostenerstattung für Häfen	43.753.400	31.119.460	32.581.700
81.01.01	800		38.253.500		63.364.970
		Gesamteinnahmen Kapitel 3801	54.753.400	32.619.460	42.815.880
			70.953.500		71.117.985

**Kapitel 3801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
564 13-4	831	Zinsen für Projekt 9201-S	0	0	0
81.01.01	800	Baggertgutentsorgung Bremen	0		4.000
564 14-2	831	Zinsen für Projekt 9902-S	71.000	119.180	132.350
81.01.01	800	Schleuse Oslebshausen	56.000		150.000
564 15-0	831	Zinsen für Projekt 9001-S	2.532.000	3.319.000	3.384.000
81.01.01	800	Containerterminal III Nord	2.328.000		3.828.000
564 16-9	831	Zinsen für Projekt 9901-S	1.442.000	2.340.000	2.435.000
81.01.01	800	Containerterminal III a	1.376.000		2.535.000
564 17-7	831	Zinsen für Projekt 9805-S	206.000	298.000	312.000
81.01.01	800	Baggertgut Bremerhaven (Zuwässerungskanal Überseehafen)	183.000		340.000
564 18-5	831	Zinsen für Projekt 0301-S	482.000	524.000	544.000
81.01.01	800	Umgestaltung Osthafen	621.000		565.000
564 19-3	831	Zinsen für Projekt 0601 S	7.432.000	8.922.000	9.270.000
81.01.01	800	Neubau der Kaiserschleuse	7.006.000		9.675.000
564 30-4	831	Zinsen für Projekt 0403-S (CT IV)	7.800.000	7.800.000	7.800.000
81.01.01	800		7.800.000		7.800.000
564 31-2	831	Zinsen für Projekt 0501-S	1.491.000	1.896.000	1.930.000
81.01.01	800	Jade-Weser-Port	1.453.000		1.845.000
634 11-6	813	Zuführung an das Sondervermögen Hafen (konsumtiv)	22.019.400	25.494.640	25.636.840
81.01.01	800	(Sachkosten)	22.468.800		25.253.000
634 20-5	332	Zuweisung an das Sondervermögen Hafen zur Deckung	108.700	108.720	108.720
81.01.01	800	der Mehrbelastung aus der getrennten Abwassergebühr	108.700		100.720
884 10-4	813	Zuführung an das SV Überseestadt	0	0	0
81.01.01	800		0		300.000
884 11-2	813	Zuführung an das Sondervermögen Hafen (investiv)	0	0	0
81.01.01	800		0		0
884 13-9	813	Zuführung an SV Hafen - Unterbringung Hafenschlick	0	0	0
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung)	0		236.000
884 14-7	813	Zuführung an das SV Hafen - Schleuse	506.000	484.000	471.000
81.01.01	800	Oslebshausen (Kapitaldienstfinanzierung) -	522.000		453.000

Kapitel 3801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
884 15-5	813	Zuführung an das SV Hafen - CT III	7.347.000	7.364.000	7.618.000
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung) -	7.077.000		7.618.000
884 16-3	813	Zuführung an das SV Hafen - CT IIIa	2.380.000	2.346.000	2.313.000
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung)	2.416.000		2.275.000
884 17-1	813	Zuführung an das SV Hafen - Hafenzuwässerung	681.000	687.000	706.000
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung)	665.000		710.000
884 18-0	813	Zuführung an das SV Hafen CT IV	4.000.000	4.000.000	4.000.000
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung)	4.000.000		4.000.000
884 19-8	813	Zuführung an das SV Hafen - Neubau der	9.376.000	9.090.000	8.846.000
81.01.01	800	Kaiserschleuse (Kapitaldienstfinanzierung)	9.817.000		8.441.000
884 20-1	813	Zuführung an das SV Hafen -Umgestaltung Osthafen-	602.000	604.000	606.000
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung)	365.000		610.000
884 21-0	813	Zuführung an das SV Hafen - Jade-Weser-Port	948.000	1.021.000	992.000
81.01.01	800	(Kapitaldienstfinanzierung)	1.073.000		1.078.000
884 22-8	813	An das Sondervermögen Hafen für Investitionen	17.349.000	22.690.000	18.622.276
81.01.01	800		6.422.000		43.004.924
		Verpflichtungsermächtigung:			
			2016		2017
		Anschlag:	5.000.000 EUR	Anschlag:	15.000.000 EUR
		Abdeckung:		Abdeckung:	
		2017	5.000.000 EUR	2018	10.000.000 EUR
		2018	0 EUR	2019	5.000.000 EUR
		2019	0 EUR	2020	0 EUR
		2020ff	0 EUR	2021ff	0 EUR
919 01-3	851	Zuführung an die Budgetrücklage	0	0	0
81.01.01	800		0		0
919 03-0	851	Zuführung an die investive Budgetrücklage	0	0	95.183
81.01.01	800		0		234.180
	901				
972 99-2	883	Minderausgaben	0	0	0
81.01.01	852		0		0
986 01-2	892	An Hst. 0700/386 02-3 für die Wahrnehmung von	940.730	775.490	775.490
81.01.01	800	Gemeindeaufgaben	940.730		0
986 10-1	892	An Hst. 0801/386 10-5, Finanzierung OTB	11.000.000	0	0
81.01.01	800		32.700.000		7.100.000
		Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 334 10-4 geleistet werden.			

Kapitel 3801
Hafenwirtschaft/Hafeninfrastruktur und Luftverkehrsbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
		Gesamtausgaben Kapitel 3801	98.713.830 109.398.230	99.883.030	96.597.859 128.155.824
		Abschluss Kapitel 3801			
		Gesamteinnahmen Kapitel 3801	54.753.400 70.953.500	32.619.460	42.815.880 71.117.985
		Zuschuss/Überschuss	-43.960.430 -38.444.730	-67.263.570	-53.781.979 -57.037.839

Kapitel 3854
Hafenbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
3854		Hafenbehörde			
		EINNAHMEN			
111 01-8	731	Verwaltungsgebühren	92.000	260.680	106.193
<i>81.01.04</i>	854		92.000		142.502
111 45-0	018	Einnahmen aus dem Hafenslotsdienst	389.460	280.980	534.159
<i>81.01.04</i>	854	(Versorgungsbeitrag) Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 432 14-0 446 14-1.	380.650		512.662
112 01-4	731	Geldbußen	5.000	21.000	25.789
<i>81.01.04</i>	854		5.000		26.249
119 16-7	731	Von Dritten für Niederschlags- und Abwasser-	0	0	0
<i>81.01.04</i>	854	untersuchungen	0		0
119 99-0	731	Vermischte Einnahmen	40.000	50.000	62.693
<i>81.01.04</i>	854		40.000		63.763
281 20-7	731	Erstattung von Personalkosten (Angestellte)	0	0	0
<i>81.01.04</i>	854		0		0
281 21-5	731	Erstattung von Personalkosten (Arbeiter)	0	0	0
<i>81.01.04</i>	854		0		0
281 22-3	731	Erstattungen von Personalkosten (Arbeitnehmer)	138.040	138.040	124.325
<i>81.01.04</i>	854	Siehe zu 428 54-2.	138.040		146.237
281 86-0	731	Erstattung der Kosten für heimgeschaffte Seeleute	0	0	0
<i>81.01.04</i>	854		0		0
359 02-8	851	Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für	0	0	0
<i>81.01.04</i>	800	Folgeeffekte der Altersteilzeit	0		0
	900	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 422 76-5 und 428 76-3.			
		Gesamteinnahmen Kapitel 3854	664.500	750.700	853.159
			655.690		891.413

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
AUSGABEN					
422 01-3	731	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	925.900	1.033.740
81.01.04	854		0		1.022.740
	925				
422 14-5	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	3.256.080	0	0
81.01.04	854	(Hafenbehörde)	3.250.800		0
	925				
422 54-4	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten	0	0	0
81.01.04	854	-refinanziert- (Hafenbehörde)	0		0
	925				
422 76-5	731	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	0	0	0
81.01.04	854	(Altersteilzeit)	0		24.925
	925				
		1. Ausgaben bei 422 76-5 und 428 76-3 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 359 02-8 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 76-3.			
428 01-1	731	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	3.128.790	3.575.508
81.01.04	854		0		3.499.912
	925				
428 14-3	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	898.910	0	0
81.01.04	854	(Hafenbehörde)	894.210		0
	925				
428 54-2	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	138.040	0	0
81.01.04	854	-refinanziert- (Hafenbehörde)	138.040		0
	925				
		Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 281 22-3 geleistet werden.			
428 75-5	731	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	138.040	130.959
81.01.04	854	(refinanziert)	0		142.127
	925				
428 76-3	731	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
81.01.04	800	(Altersteilzeit)	0		47.030
	925				
		Siehe zu 422 76-5.			
432 14-0	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten	389.460	0	0
81.01.04	854	-Hafenlotsen- (Hafenbehörde)	380.650		0
	925				
		1. Ausgaben bei 432 14-0 und 446 14-1 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 111 45-0 geleistet werden.			
		2. Gegenseitig deckungsfähig mit 446 14-1.			
432 29-9	018	Versorgungsbezüge der Beamten im einstweiligen	0	0	0
81.01.04	854	Ruhestand	0		0
	925				
432 85-0	018	Versorgungsbezüge der Beamten (Hafenlotsen)	0	280.980	437.762
81.01.04	854		0		443.771
	925				

**Kapitel 3854
Hafenbehörde**

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
443 07-0	731	Kosten für ärztliche Untersuchungen und	0	940	401
81.01.04	854	Verordnungen - Einsatz an ADV-Anlagen -	0		1.481
443 14-2	011	Kosten für ärztliche Untersuchungen und Verordnung	1.110	0	0
81.01.04	854	(Hafenbehörde)	1.140		0
446 14-1	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen,	0	0	0
81.01.04	854	Versorgungsempfänger -Hafenlotsen- (Hafenbehörde)	0		0
	928	Siehe zu 432 14-0.			
446 85-0	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger (Hafenlotsen)	0	0	12.803
81.01.04	854		0		14.955
	928				
511 01-6	731	Geschäftsbedarf	37.780	40.060	31.672
81.01.04	854		45.110		29.905
514 01-5	731	Dienst- und Schutzkleidung	5.000	5.000	3.173
81.01.04	854		5.000		2.510
514 02-3	731	Treibstoffkosten für Dienstfahrzeuge	12.000	13.500	10.000
81.01.04	854		12.000		10.577
514 03-1	731	Sonstige Kosten für Dienstfahrzeuge	40.000	40.500	30.673
81.01.04	854		40.000		37.713
517 00-6	731	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und	82.000	65.000	73.987
81.01.04	854	Räume	82.000		85.479
517 96-0	731	Fremdleistungen	2.500	2.850	569
81.01.04	854		2.500		1.134
518 01-0	731	Mieten	168.000	165.000	161.170
81.01.04	854		168.000		166.205
519 04-1	731	Gebäudeunterhaltung durch das HBH Bremerhaven	2.500	2.500	0
81.01.04	854		2.500		71
521 20-8	731	Betrieb und Bewirtschaftung der Hafenanlagen	1.400	1.000	1.399
81.01.04	854		1.400		-2.320
521 25-9	731	Haltung von Fahrzeugen für den Unterhaltungsdienst	65.000	65.000	64.875
81.01.04	854		65.000		70.235
525 03-3	731	Fortbildung von Bediensteten	2.000	2.000	946
81.01.04	854		2.000		3.795
526 01-3	731	Gerichts- und ähnliche Kosten	900	540	925
81.01.04	854		900		648
527 01-0	731	Reisekosten	13.000	11.000	10.833
81.01.04	854		11.000		9.517
	924				

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschatg 2016	Anschatg 2015	IST 2014
			2017	EUR	
531 01-7	731	Kosten für Veröffentlichungen	500	500	0
81.01.04	854		500		0
531 03-3	731	Inventarversicherungen	1.000	1.000	82
81.01.04	854		1.000		239
531 10-6	731	Kosten im Zusammenhang von Deichschau	0	0	0
81.01.04	854		0		32
531 14-9	731	Kosten für Delegationen und Besucher	800	800	809
81.01.04	854		800		651
532 29-3	731	Kosten der Überwachung von Niederschlags- und	500	500	0
81.01.04	854	Abwassereinleitungen	500		0
532 55-2	731	An Immobilien Bremen (AöR), Entgelte für	0	0	0
81.01.04	854	Dienstleistungen (Innenreinigung)	0		0
532 61-7	731	An Performa-Nord, Entgelte für Dienstleistungen	22.220	20.710	22.182
81.01.04	800		22.290		20.400
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind nicht übertragbar.			
532 62-5	731	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	600	1.300	465
81.01.04	800	(refinanziert)	600		885
		1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.			
		2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.			
		3. Die Mittel sind übertragbar.			
532 71-4	731	An Performa Nord, Entgelte für	5.940	1.200	1.215
81.01.04	854	Dienstreiseabrechnungen	5.940		941
	924				
532 72-2	731	An Performa Nord, Entgelte f. Postdienstleistungen	8.000	9.000	6.729
81.01.04	854		8.000		8.413
532 75-7	731	Entgelte für Telekommunikationsleistungen	23.000	35.500	21.678
81.01.04	854		23.000		26.073
532 80-3	731	Entgelte für Tul-Dienstleistungen	0	500	0
81.01.04	854		0		0
532 99-4	731	Mehrausgaben für IT-Querschnitt-/Fachanwendungen	0	0	0
81.01.04	854		0		0
539 09-3	731	Stellenausschreibungen	7.000	6.000	1.847
81.01.04	854		9.000		6.139
539 21-2	731	IT-Kosten für den laufenden Betrieb	0	0	0
81.01.04	854	(IT-Fachverfahren)	0		0
539 33-6	731	Kosten für Lizenzen für Software sowie Wartung und	0	0	0
81.01.04	854	Pflege	0		0

Kapitel 3854
Hafenbehörde

Titel PGr.	FKZ BKZ FBZ	ZWECKBESTIMMUNG Haushaltsvermerke / Erläuterungen	Anschlag 2016	Anschlag 2015	IST 2014
			2017	EUR	
539 99-9	731	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.000	1.000	230
81.01.04	854		1.000		230
634 54-1	813	Zuführung an die Anstalt für Versorgungsvorsorge	0	0	0
81.01.04	854	-refinanziert- (Hafenbehörde)	0		0
671 10-2	731	Vertäudienst auf den Schleusen	0	0	0
81.01.04	854		0		0
684 10-7	731	Abführung der Geldbußen an die Deutsche Gesell-	100	100	0
81.01.04	854	schaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)	100		0
812 02-4	731	Erwerb von Inventar	40.000	40.000	3.067
81.01.04	854		40.000		1.750
812 05-9	731	Erwerb von ADV-Geräten (einschließlich Arbeits-	0	0	0
81.01.04	854	platzausstattungen)	0		0
812 10-5	731	Erwerb größerer Werkzeuge und Geräte	10.000	10.000	0
81.01.04	854		10.000		0
812 33-4	731	Erwerb von Softwarelizenzen	0	0	0
81.01.04	854		0		0
980 09-1	892	An Hst. 3992/380 50-0, Pauschalanteil an den	0	18.910	18.910
81.01.04	854	Kosten des Haftpflichtschadensausgleich	0		18.910
981 09-8	892	An Hst. 3992/381 50-6, Pauschalanteil an den	18.910	0	0
81.01.04	854	Kosten des Haftpflichtschadenausgleichs	18.910		0
Gesamtausgaben Kapitel 3854			5.255.250	5.035.620	5.658.608
			5.243.890		5.697.074
Abschluss Kapitel 3854					
Gesamteinnahmen Kapitel 3854			664.500	750.700	853.159
			655.690		891.413
Zuschuss/Überschuss			-4.590.750	-4.284.920	-4.805.449
			-4.588.200		-4.805.661

71.01 Wirtschaftsförderung

- 71.01.01 Mittelstand/Industrie/Aussenhandel (L)
- 71.01.02 Innovation / Technologie (L)
- 71.01.03 Gewerbeflächen / Regionalplanung (S)
- 71.01.04 Gewerbeflächen / Regionalplanung (L)
- 71.01.05 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (S)
- 71.01.06 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (L)
- 71.01.07 Wirtschaftsförderung Bremerhaven (L)
- 71.01.08 EU-Programme / -Planung (L)

71.02 Sektorale Wirtschaftsförderung(bis 2015)

- 71.02.01 Sektorale Wirtschaftsförderung(bis 2015)

71.90 Zentrale Dienste

- 71.90.01 Zentrale Dienste

71.99 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift.+AöR

- 71.99.01 SV Gewerbeflächen (L), Teil-SV HB +Brhv.
- 71.99.02 SV Gewerbeflächen (S), Teil-SV HB +Brhv.
- 71.99.03 Sondervermögen Überseestadt (Stadt)
- 71.99.10 WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH
- 71.99.11 Großmarkt Bremen GmbH
- 71.99.12 Fischereihafen-Betriebsgesell.mbH, Brhv.
- 71.99.13 Besitzgesell. Science Center Bremen GmbH
- 71.99.50 BAB Bremer Aufbau-Bank GmbH

Produktplan: 71 Wirtschaft

Verantwortlich: Senator Günthner

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Im Produktplan Wirtschaft sind die Wirtschaftsförderung des Landes und die strukturpolitische Gestaltung günstiger wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft am Standort gebündelt.

Strategische Ziele

Übergeordnetes Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, um bestehende oder neue, zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze in allen Bereichen der Wirtschaft zu sichern bzw. zu schaffen.

Auftragsgrundlage

Strukturkonzept Land Bremen 2020 und hieraus abgeleitete fachspezifische Programmatik wie:
- Konzept "Bremen Innenstadt 2025"; - Gewerbeentwicklungsprogramm 2020; - Tourismuskonzept; - Innovationsprogramm; - Masterplan Industrie; - Maritimer Aktionsplan
EU- und Bundesprogramme (EFRE/GA)
Geschäftsverteilungsplan des Senats

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 0702; 0703; 0704; 0706; 0709; 0715; 0716; 0717; 0754; 3700; 3701; 3708; 3709; 3754

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	87,5	91,9	87,1	100,2	97,6	95,0	92,6	90,2
Personalbestand	102,3	90,7	90,3	99,5	96,2	94,0	90,1	85,4
=> Netto-Personalbedarf	-14,7	1,2	-3,3	0,7	1,4	1,1	2,5	4,8
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	3,8	3,6	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	26,5	27,8	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	54,9	55,9	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	29,7	30,9	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	6,8	4,7	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Neu geschaffene Arbeitsplätze Zusagen [ST]				797,000	966,000	966,000	966,000	966,000
Gesicherte Arbeitsplätze [ST]				2.790,000	3.009,000	3.009,000	3.009,000	3.009,000
Leistungen								
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl).

Produktbereich: 71.01 Wirtschaftsförderung

Verantwortlich: Siering

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Strukturpolitische Gestaltung günstiger wirtschafts-, innovations- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven in den Bereichen

- Mittelstand / Industrie / Außenwirtschaft,
- Innovation / Technologie
- Gewerbeflächen-Regionalplanung
- Dienstleistung / Tourismus / Zentren
- Wirtschaftsförderung Bremerhaven

Strategische Ziele

Übergeordnetes Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, um bestehende oder neue, zukunftsfähige und existenzsichernde Arbeitsplätze in allen Bereichen der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven zu sichern bzw. zu schaffen.

Auftragsgrundlage

Strukturkonzept Land Bremen 2020 und hieraus abgeleitete fachspezifische Programmatik wie:

Konzept "Bremen Innenstadt 2025", Gewerbeentwicklungsprogramm 2020, Tourismuskonzept, Innovationsprogramm, EU- und Bundesprogramme (EFRE/GA), Programme Bremerhaven, Masterplan Industrie, Maritimer Aktionsplan

Geschäftsverteilung im Senat

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 0703; 0704; 0706; 0709; 0715; 0716; 0717; 0754; 3708; 3709; 3754

Land und Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	37,2	36,7	35,2	39,3	38,3	37,3	36,4	35,4
Personalbestand	41,5	36,1	37,9	43,1	42,5	41,1	39,7	37,1
=> Netto-Personalbedarf	-4,3	0,6	-2,7	-3,7	-4,2	-3,7	-3,4	-1,7
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	3,3	4,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	24,4	23,8	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	54,4	54,2	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	29,6	34,6	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	3,7	2,4	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land und Stadtgemeinde

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Neu geschaffene Arbeitsplätze Zusagen [ST]				797,000	966,000	966,000	966,000	966,000
Gesicherte Arbeitsplätze [ST]				2.790,000	3.009,000	3.009,000	3.009,000	3.009,000
Leistungen								
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl).

Produktgruppe: 71.01.01 Mittelstand/Industrie/Aussenhandel (L)

Verantwortlich: Dr. Kühling

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Mittelstand / Industrie:

- Verbesserung der Standortbedingungen insbesondere für KMU durch Investitionsförderung und Existenzgründungsförderung
- Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur,
- Festigung und Weiterentwicklung der industriellen Kernbereiche im Kontext des Strukturwandels, Stärkung des Dienstleistungsbereiches
- Verstärkung der internationalen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit

Außenwirtschaft:

Aufgabe der Außenwirtschaftsförderung und des internationalen Standortmarketings ist es, die Internationalisierung des Wirtschaftsstandortes Bremen weiter zu steigern.

Maßnahmen: Internationales Standortmarketing, Begleitung von internationalen Ansiedlungsprozessen, Förderung von Messeauftritten von Bremer KU auf internationalen Fachmessen in den Bereichen der Innovationscluster und -schwerpunkte.

Strategische Ziele

Mittelstand / Industrie:

- Verbesserung der Standortbedingungen insbesondere für KMU durch Investitionsförderung und Existenzgründungsförderung
- Diversifizierung der Unternehmens- und Branchenstruktur,
- Festigung und Weiterentwicklung der industriellen Kernbereiche im Kontext des Strukturwandels
- Verstärkung der internationalen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit

Außenwirtschaft:

- Steigerung der Internationalisierung von Bremer Unternehmen und Ansiedlung von internationalen Unternehmen in Bremen.

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2020, - Landesförderprogramme und Richtlinien
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen, und mittleren Unternehmen (Mittelstandförderungsgesetz)
- Beleihungsgesetz / Beleihungsverträge / Geschäftsbesorgungsverträge
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgaben

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 0703; 0704; 0716; 0717

Land

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	15	20	0	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	15	20	0	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	3	798	759	3	3	3
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.175	1.753	954	259	299	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.353	1.606	1.343	1.343	1.343	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	3.528	3.359	2.300	2.400	2.401	3	3	3
Saldo	-3.513	-3.339	-2.300	-2.400	-2.401	-3	-3	-3
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	0,43	0,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			1.830	0	1.830			
investiv			0	0	0			

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	37,2	36,7	35,2	11,6	11,3	11,0	10,7	10,5
Personalbestand	41,5	36,1	37,9	13,0	12,9	11,8	11,7	11,5
=> Netto-Personalbedarf	-4,3	0,6	-2,7	-1,4	-1,5	-0,8	-0,9	-1,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	3,3	4,5	22,5					
Beschäftigte über 55 Jahre	24,4	23,8	17,5					
Frauenquote	54,4	54,2	50,0					
Teilzeitquote	29,6	34,6	35,0					
Schwerbehindertenquote	3,7	2,4	6,0					
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
Die Ist-Ausgaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl).

* Arbeitsplätze

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der Bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel der Wirtschaftsförderung werden nur für Vorhaben bereitgestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte. Es werden Mittel zur Unterstützung von Projekten, die die Wettbewerbsfähigkeit bremischer Firmen sichern bzw. steigern, bereitgestellt. Ein erheblicher Teil der veranschlagten Mittel wird zur Finanzierung bereits bewilligter Projekte benötigt. Wegen der begrenzten Haushaltsmittel erfolgt bei allen Entscheidungen über die Bewilligung neuer Projekte eine Prüfung hinsichtlich der Effizienz des Mitteleinsatzes. Bremen erhält für die Durchführung dieser Aufgaben in erheblichem Umfang finanzielle Unterstützungen durch Bundes- und EU-Mittel. Diese Drittmittel werden in vollem Umfang in Anspruch genommen und als Einnahmen im Haushalt veranschlagt. Die EU-Mittel werden ausschließlich im Rahmen von genehmigten EU-Programmen eingesetzt. Die Förderprogramme sind insbesondere auf die Stärkung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen sowie die Verbesserung ihrer Marktchancen angelegt. Sie werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Effizienz überprüft. Die wesentlichen Fördermaßnahmen werden unten detailliert dargestellt:

Luft- und Raumfahrt

In diesem Spektrum ist auf die Luft- und Raumfahrt insofern hervorhebend hinzuweisen, als es sich hierbei für Bremen nicht nur um einen zentralen Hochtechnologie-Bereich, sondern auch um einen industriellen Schlüssel-Sektor handelt. Zur Stärkung dieses Sektors wird eine langfristige Strategie zur Sicherung und Weiterentwicklung des Luft- und Raumfahrtstandorts Bremen und damit maßgeblich des Hochtechnologie-Standorts Bremen verfolgt. Dazu dienen die Umsetzung des Bremischen Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramms (LuRaFo) im Rahmen des EFRE-Programms 2014 - 2020 sowie im Kontext des EcoMaT. Ziel ist es vor allem auch, zunächst durch Vorleistungen Bremens im Wege der Förderung landesspezifischer, überwiegend größer dimensionierter Vorhaben die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich bremische Luft- und Raumfahrtakteure im Industrieunternehmensbereich u. a. nachhaltig in neuen Marktsegmenten und Produktionsverfahren positionieren können sowie in die Lage versetzt werden, vermehrt an Förderprogrammen auf nationaler und europäischer Ebene zu partizipieren. Zudem ist der Bereich Luft- und Raumfahrt ein prioritäres innovationspolitisches Handlungsfeld im Rahmen des aktuellen "Strukturkonzept Land Bremen 2020" und gilt damit als ein wesentlicher integraler Bestandteil der landesseitigen wirtschaftsstrukturpolitischen Aktivitäten.

Mittelstandsförderung:

Mittelstands- und Existenzgründungsoffensive (BEGIN):

Nach der Bremischen Landesverfassung besteht eine Verpflichtung des Landes zur Förderung der Wirtschaft (Art. 39 BremLV) und insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen (Art. 40 BremLV).

Vor diesem Hintergrund hat das Land Bremen 1998 die BremerExistenzGründungsINitiative (B.E.G.IN) initiiert. Diesem Netzwerk gehören inzwischen 17 Institutionen an und unterstützen mit ihrem vielseitigen Beratungsangebot Gründerinnen und Gründer beim Sprung in die Selbstständigkeit. Es hilft, junge Unternehmen in eine sichere Zukunft zu führen, erste Anlaufschwierigkeiten zu meistern und ein auf Nachhaltigkeit und Sicherung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen ausgerichtetes Unternehmensziel umzusetzen.

In der B.E.G.IN - Gründungsleitstelle laufen die Fäden des Netzwerks zusammen. Hier steht ein Team von kompetenten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für erste Gespräche zur Verfügung und koordiniert in seinen drei Coaching # Büros in Bremen, Bremen # Nord und Bremerhaven erfolgreich u. a. den Kontakt zu Wirtschaftsfördereinrichtungen und Beratungsinstitutionen sowie das B.E.G.IN - Netzwerk.

Das Land Bremen kommt mit B.E.G.IN seit 1998 seiner Verpflichtung aus den Artikeln 39 und 40 der Bremischen Landesverfassung in einem wichtigen Bereich # nämlich der Förderung von kleinsten, kleinen und mittelgroßen Unternehmen - nach.

Außenwirtschaftsförderung:

Aufgabe der Außenwirtschaftsförderung und des internationalen Standortmarketings ist es, die Internationalisierung des Wirtschaftsstandortes Bremen weiter zu steigern.

Maßnahmen sind hierbei internationales Standortmarketing, Begleitung von internationalen Ansiedlungsprozessen, Förderung von Messeauftritten von Bremer KU auf internationalen Fachmessen in den

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen (Fortsetzung)

Bereichen der Innovationscluster und -schwerpunkte.

Unter der Zielsetzung einer effizienten und nachhaltigen Förderung des Außenwirtschaftsstandortes wird mit den Marketinginstrumenten #Auslandspräsenzen# und #Messebeteiligungen im In- und Ausland# das Land Bremen als internationaler Investitionsstandort beworben. Seitens der internationalen Akquisition durch die WFB wurden allein in den Jahren 2013 und 2014 21 Unternehmen mit rd. 120 Arbeitsplätzen und einem Investitionsvolumen von rd. 13,5 Mio. # für eine Ansiedlung in Bremen gewonnen.

Zudem wurden in den letzten Jahren im Durchschnitt rd. 50 Messeauftritte von KUs aus Bremen auf internationalen Fachmessen im Rahmen des aus dem EFRE-Programm 2007-2013 finanzierten Bremischen Außenwirtschaftsförderungsprogramm unterstützt.

Die vorgesehene Fortführung der Außenwirtschaftsförderung umfasst die internationale Akquisition der WFB unter Konzentration auf drei Zielländer China, USA, Türkei sowie die Innovationscluster Erneuerbare Energien/Windenergie, Maritime Wirtschaft/Logistik, Luft- und Raumfahrt und Automotive einschließlich des Betriebs von Außenwirtschaftsrepräsentanzen und Außenwirtschaftsförderung i.w.S. sowie die Präsentation des Standortes auf internationalen Messen. Die Unterstützung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten Bremer Unternehmen und damit die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen in Bremen erfolgt v.a. im Rahmen des #Bremischen Messeförderungsprogramms#, durch Unterstützung verschiedenster Netzwerkaktivitäten in Bremen und die Organisation von Wirtschaftsdelegationsreisen für bremische Unternehmen.

LIP 2014:

Das Landesinvestitionsförderprogramm LIP 2014 ist einschließlich der darin integrierten Komponente der Investitionsförderung nach der - auf Grundlage eines Bundesgesetzes eingerichteten - Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe #Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur# (GRW) seit Jahren das in Bremen zentrale und etablierte Instrument, um Investitionsmaßnahmen in das Land Bremen zu lenken und sowohl die Neuschaffung als auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen zu initiieren.

Zielgruppe sind im Wesentlichen gewerbliche Unternehmen, die ihre Produkte und Dienstleistungen überregional absetzen und die sich dementsprechend in einem Standortwettbewerb befinden.

Die Förderung wird zum großen Teil von kleinen und mittleren Unternehmen in Anspruch genommen.

Ziel der Förderung ist neben der Neuschaffung bzw. Sicherung von wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und die Stärkung und Weiterentwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Zusätzliche Bonusförderungen können für die Neuschaffung zusätzlicher Dauerarbeitsplätze für Frauen sowie zusätzlicher Ausbildungsplätze ausgesprochen werden.

Bremen erhält für die Durchführung dieser Aufgaben finanzielle Unterstützungen durch Bundes- und EU-Mittel. Diese Drittmittel werden in vollem Umfang in Anspruch genommen und als Einnahmen im Haushalt veranschlagt. Nahezu alle Bewilligungen im Rahmen des Förderprogramms werden über die Drittmittelprogramme finanziert. Die Bundesmittel werden zur Förderung von GRW Maßnahmen eingesetzt, erstmalig können auch Zinsverbilligungen für Investitionsdarlehen der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) mit GRW Mitteln refinanziert werden. Der Einsatz von EU Mitteln ist im Rahmen einer ergänzenden KMU Förderung im Rahmen eines EFRE Darlehensfonds vorgesehen, aus dem ausschließlich Darlehensförderungen finanziert werden sollen.

Das Förderprogramm LIP 2014 wird auch angesichts der knappen Haushaltsmittel ständig einer kritischen Überprüfung unterzogen, welche die Notwendigkeit und Effektivität des Förderprogramms beurteilt und in Folge dieser Beurteilung die Schwerpunkte der Förderrichtlinien neu justiert. Seit dem Jahr 2007 ist das LIP in einzelnen Bereichen stark eingeschränkt und einzelne Fördertatbestände wurden aufgehoben; andererseits erfolgt eine weitgehende Umstellung von Zuschuss- auf Darlehensförderung aus Eigenmitteln der Bremer Aufbau-Bank (BAB). Zuletzt sind folgende Modifikationen des Programms vorgenommen worden: Ausschluss der Förderung von neugeschaffenen Dauerarbeitsplätzen, die mit Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern besetzt werden sollen, sowie verbesserte Fördermöglichkeiten bei Investitionsmaßnahmen, die in besonderer Weise zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder in besonderer Weise zur Neuschaffung von Dauerarbeitsplätzen für Frauen beitragen.

Gemeinschaftsaufgabe (GRW):

Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) bildet den ordnungspolitischen Rahmen für die in der Zuständigkeit der Länder liegende regionale Strukturpolitik.

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in der GRW ist verfassungsrechtlich in Art. 91a Grundgesetz geregelt und im Gesetz über

die GRW konkretisiert.

Ziele der GRW sind:

- Standortnachteile strukturschwacher Regionen auszugleichen, so dass diese Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung halten können
- regionale Entwicklungsunterschiede abzubauen
- den Strukturwandel in diesen Regionen durch Investitionsanreize zu erleichtern
- dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern.

Mögliche Fördergegenstände sind Investitionen der gewerblichen Wirtschaft (z.B. Errichtung oder Erweiterung einer Betriebsstätte), Wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen (z.B. die Erschließung und Wiederherrichtung von Industrie- und Gewerbegebäude) sowie weitere Maßnahmen wie die Förderung von Kooperationsnetzwerken und Clustermanagement. Die Effekte aus den Förderungen für wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen finden sich in der Produktgruppe 71.01.03 (Gewerbeebenen / Regionalplanung (S)) sowie für Kooperationsnetzwerke und Clustermanagement in der Produktgruppe 71.01.02 (Innovation / Technologie) wieder.

Bremen erhält für die Durchführung dieser Aufgaben finanzielle Unterstützungen durch Bundesmittel in Höhe von 50 %. Diese Drittmittel werden in vollem Umfang in Anspruch genommen und als Einnahmen im Haushalt veranschlagt. Speziell die Investitionsförderung wird im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms LIP 2014 umgesetzt

Produktgruppe: 71.01.02 Innovation / Technologie (L)

Verantwortlich: Dr. Kühling

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Aufgabe der Innovationspolitik ist es, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen zu schaffen, um Bremen/Bremerhaven als einen führenden Technologiestandort Deutschlands zu festigen und in Europa zu positionieren und damit einen Beitrag für Wertschöpfung und Wachstum im Land Bremen zu leisten. Das Spektrum der Maßnahmen reicht dabei von der Bereitstellung geeigneter Infrastrukturen über die Forcierung des Transfers von Forschungs- und Entwicklungsleistungen in die regionale Wirtschaft bis hin zu vielfältigen Finanzierungs- und Beratungsangeboten, Unterstützungsmöglichkeiten bei der Fachkräftegewinnung und -qualifizierung sowie bei der Unternehmensgründung.

Strategische Ziele

1. Die Wettbewerbsfähigkeit der Region weiter zu stärken und diese in den Top Ten der Technologieregionen Deutschlands fest zu etablieren;
2. Die Kooperationen von Wirtschaft und Wissenschaft weiter auszubauen und dabei vorrangig Kleine und Mittlere Unternehmen einzubeziehen;
3. Mit einer gestaffelten Förderung vorrangig die Clusterstrukturen zu stärken und weitere Kompetenzfelder auszubauen;
4. Den Technologie- und Wissenstransfer innerhalb und zwischen den Clustern und Kompetenzfeldern zu forcieren sowie Kooperationen zu initiieren;
5. Innovative Existenzgründungen zu befördern, diese mit den bestehenden Clustern und Kompetenzfeldern zu verknüpfen und perspektivisch am Standort zu binden;
6. Innovationsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen, von einer geeigneten Infrastruktur bis hin zu persönlichen Begegnungsplattformen;
7. Gezielte Unterstützung einzelner Unternehmen durch passgenaue Finanzierungsinstrumente, insbesondere ein verstärktes Angebot an Wagniskapital

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2020, Landesförderprogramme und -Richtlinien, Innovationsprogramm,
- EU- und Bundesprogramme
- EU-Vorschriften
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgaben

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 0703

Land

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	240	35	0	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	240	35	0	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	413	417	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.493	4.322	250	6.547	7.424	250	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.043	11	6.295	30	25	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	449	40	0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	5.985	4.373	6.545	6.990	7.866	250	0	0
Saldo	-5.745	-4.338	-6.545	-6.990	-7.866	-250	0	0
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	4,01	0,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal konsumtiv			0	0	0			
investiv			1.500	1.500	1.500			
			0	0	0			

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	5,6	5,4	5,3	5,2	5,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	-0,7	-0,8	-0,8	-0,9	-0,9
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
Die Ist-Ausgaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Land

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Existenzgründungen [ST]				16,000	16,000	16,000	16,000	16,000
Gesicherte Arbeitsplätze [ST]				1.174,000	1.174,000	1.174,000	1.174,000	1.174,000
Neue Arbeitsplätze [ST]				134,000	134,000	134,000	134,000	134,000
Zugesagte Inv./Projektvolumen der Untern [TEU]				2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
Leistungen								
Qualität								

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl).

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung besteht eine Verpflichtung des Landes zur Förderung der Wirtschaft (Art. 39 BremV).

Auf der Grundlage des Strukturkonzept Land Bremen 2020 (Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes) bilden das Innovationsprogramm 2020 und die daraus abgeleitete Clusterstrategie 2020 für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung den programmatischen Rahmen für die Innovations- und Technologiepolitik des Landes Bremen.

Dabei fokussiert Bremens auf vier Kerninstrumente:

1. Ausbau der Infrastrukturen im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation (z.B. Technologiezentrum EcoMaT);
2. Stärkung der betrieblichen Forschung, Entwicklung und Innovation (z.B. Förderprogramm FEI: Forschung, Entwicklung und Innovation);
3. Förderung der Cluster- und Netzwerkentwicklung, Transferprojekte;
4. Förderung innovativer Unternehmensgründungen (z.B. Programm BRUT).

Die Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen findet primär in den Unternehmen statt, häufig in Zusammenarbeit mit Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Neue Technologien und Dienstleistungen, gesellschaftliche Veränderungen und globale Herausforderungen sind Treiber für Innovationen. Die wesentliche Aufgabe der Wirtschafts- und Strukturpolitik des Senats, und damit der Innovationspolitik, ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um zu einer erfolgreichen Entwicklung der Unternehmen und der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes beizutragen.

Produktgruppe: 71.01.03 Gewerbeflächen / Regionalplanung (S)

Verantwortlich: Dr. Kühling

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Aufgabe der Gewerbeflächen- und Regionalplanung ist es, durch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächen die Voraussetzungen zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung, Unterstützung des wirtschaftsstrukturellen Wandels und Stärkung der Finanzkraft des öffentlichen Haushalts zu schaffen.

Strategische Ziele

- Profilierung der Gewerbestandorte weiter intensivieren
- Bestandspflege und -entwicklung in den Fokus der Gewerbeentwicklung rücken
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten Gewerbeflächenangebots sicher stellen
- Schwerpunktsetzung der Flächenentwicklung auf Binnenentwicklung und Nachverdichtung
- Förderung der Entwicklung und Reattraktivierung von Bestandsimmobilien
- Gewerbeflächenentwicklung und Netzwerke stärken
- "Standort Wasser" stärker nutzen
- Qualifizierung von Dienstleistungsstandorten zu urbanen Nutzungsräumen unterstützen
- Einbindung privater Investitionen in die zukünftige Gewerbeentwicklung verstärken
- Potenziale der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten für die Gewerbeentwicklung verstärkt nutzen

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2020
- Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2020
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgaben

Zuzuordnende Kapitel

3708; 3709

Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
 Die Ist-Ausgaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Stadtgemeinde

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (HB) [ST]				1.287,000	1.534,000	862,000	837,000	785,000
Vermarktung von Gewerbeflächen (HB) [HAR]				29	38	18	18	17
Erschließung neuer Gewerbeflächen (HB) [HAR]				15	29	35	21	19
Leistungen								
Qualität								

Stadtgemeinde

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl).

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel werden nur für Vorhaben bereit gestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte.

In diesem Zusammenhang ist es Aufgabe der Gewerbeflächen- und Regionalplanung, durch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächen die Voraussetzungen zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung, Unterstützung des wirtschaftsstrukturellen Wandels und Stärkung der Finanzkraft des öffentlichen Haushalts zu schaffen.

Die folgenden strategischen Ziele werden verfolgt:

- Profilierung der Gewerbestandorte weiter intensivieren
- Bestandspflege und -entwicklung in den Fokus der Gewerbeentwicklung rücken
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten Gewerbeflächenangebots sicher stellen
- Schwerpunktsetzung der Flächenentwicklung auf Binnenentwicklung und Nachverdichtung
- Förderung der Entwicklung und Reattraktivierung von Bestandsimmobilien
- Gewerbeflächenentwicklung und Netzwerke stärken
- "Standort Wasser" stärker nutzen
- Qualifizierung von Dienstleistungsstandorten zu urbanen Nutzungsräumen unterstützen
- Einbindung privater Investitionen in die zukünftige Gewerbeentwicklung verstärken
- Potenziale der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten für die Gewerbeentwicklung verstärkt nutzen.

Produktgruppe: 71.01.04 Gewerbeflächen / Regionalplanung (L)

Verantwortlich: Dr. Kühling

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Aufgabe der Gewerbeflächen- und Regionalplanung ist es, durch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächen die Voraussetzungen zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung, Unterstützung des wirtschaftsstrukturellen Wandels und Stärkung der Finanzkraft des öffentlichen Haushalts zu schaffen.

Strategische Ziele

- Profilierung der Gewerbestandorte weiter intensivieren
- Bestandspflege und -entwicklung in den Fokus der Gewerbeentwicklung rücken
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten Gewerbeflächenangebots sicher stellen
- Schwerpunktsetzung der Flächenentwicklung auf Binnenentwicklung und Nachverdichtung
- Förderung der Entwicklung und Reattraktivierung von Bestandsimmobilien
- Gewerbeflächenentwicklung und Netzwerke stärken
- "Standort Wasser" stärker nutzen
- Qualifizierung von Dienstleistungsstandorten zu urbanen Nutzungsräumen unterstützen
- Einbindung privater Investitionen in die zukünftige Gewerbeentwicklung verstärken
- Potenziale der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten für die Gewerbeentwicklung verstärkt nutzen

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2020
- Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2020
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgaben

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 0715

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	9,4	9,2	8,9	8,7	8,5
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	10,5	10,3	10,2	9,9	8,2
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	-1,1	-1,1	-1,2	-1,2	0,3
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
Die Ist-Angaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Keine Kennzahlen, da derzeit keine Erschließungen bzw. Flächenvermarktungen geplant sind!

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel werden nur für Vorhaben bereit gestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte.

In diesem Zusammenhang ist es Aufgabe der Gewerbeflächen- und Regionalplanung, durch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächen die Voraussetzungen zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigung, Unterstützung des wirtschaftsstrukturellen Wandels und Stärkung der Finanzkraft des öffentlichen Haushalts zu schaffen.

Die folgenden strategischen Ziele werden verfolgt:

- Profilierung der Gewerbestandorte weiter intensivieren
- Bestandspflege und -entwicklung in den Fokus der Gewerbeentwicklung rücken
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten Gewerbeflächenangebots sicher stellen
- Schwerpunktsetzung der Flächenentwicklung auf Binnenentwicklung und Nachverdichtung
- Förderung der Entwicklung und Reattraktivierung von Bestandsimmobilien
- Gewerbeflächenentwicklung und Netzwerke stärken
- "Standort Wasser" stärker nutzen
- Qualifizierung von Dienstleistungsstandorten zu urbanen Nutzungsräumen unterstützen
- Einbindung privater Investitionen in die zukünftige Gewerbeentwicklung verstärken
- Potenziale der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten für die Gewerbeentwicklung verstärkt nutzen.

Produktgruppe: 71.01.05 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (S)

Verantwortlich: Dr. Kühling

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Aufgaben der überregionalen Dienstleistungsförderung durch Tourismus- und Zentrenförderung sind Vermarktung, Stärkung, Weiterentwicklung und Stabilisierung des Tourismusstandortes, des Messe- und Veranstaltungsstandortes, der Zentren nach dem Bremer Zentrenkonzept insbesondere Bremer City und Zentrums Vegesack sowie des Arbeits-, Wirtschafts- und Freizeitstandortes Bremen.

Strategische Ziele

- Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren
- Stärkung und Weiterentwicklung des Tourismus in Bremen durch überregional bedeutsame Veranstaltungen, Marketing im In- und Ausland und durch den gezielten Ausbau der touristischen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Ansätze und Potentiale in Bremen-Nord.
- Stärkung und Weiterentwicklung des Messe- und Veranstaltungsstandortes Bremen
- Stärkung von Image, Identität und Bekanntheit des Arbeits-, Wirtschafts- und Freizeitstandortes Bremen durch ein entsprechendes regionales und nationales Standortmarketing

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2020, - Konzept "Bremen Innenstadt 2025"; und Kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen und Messekonzept, - Tourismusprogramm Land Bremen
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien, - Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgaben
- Bremisches Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren

Zuzuordnende Kapitel

3754

Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

Bei den städtischen Aufgaben handelt es sich um:

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

staatliche Auftragsangelegenheiten

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	348	344	0	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	75	55	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	423	399	0	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	4.408	4.313	3.693	4.163	4.209	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	5.181	4.577	3.283	3.796	2.038	1.000	2.000	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	354	0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	9.589	9.244	6.976	7.959	6.247	1.000	2.000	0
Saldo	-9.166	-8.845	-6.976	-7.959	-6.247	-1.000	-2.000	0
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	4,41	4,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			0	0	0			
investiv			0	3.000	0			

Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
Die Ist-Angaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Stadtgemeinde

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Übernachtungen [ST]				2.000.000,000	2.000.000,000	2.000.000,000	2.000.000,000	2.000.000,000
Besucher von Veranstaltungen/Messen* [ST]				925.000,000	925.000,000	925.000,000	925.000,000	925.000,000
Leistungen								
Qualität								

Stadtgemeinde

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Zahlen beziehen sich auf Besucher der Messe und ÖVB Arena in der Stadt Bremen
[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl)

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel werden nur für Vorhaben bereitgestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte.

Die Dienstleistungsförderung sowie die Tourismus- und Zentrenförderung leisten einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Bremen, der Lebensqualität und wirken bei entsprechender Vermarktung als positiver Standortfaktor (siehe auch "Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020" Punkt 4.5 und 6.8).

Die Förderung erzeugt bei den betreffenden Unternehmen sowie den vor und nachgelagerten Betrieben Umsätze, sichert insofern Arbeitsplätze und Einkommen und führt zu Steuereinnahmen. Das gilt für den Tourismus und hier insbesondere das Messe- und Veranstaltungswesen sowie für die überregional ausstrahlenden Zentren. Das gilt auch für die Förderung der Bremer Innenstadt und des Zentrums Vegesack, da diese Besucher und Kaufkraft aus dem Umland anziehen. Die Förderung des Stadtteilmarketing stärkt indessen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vor Ort, den inneren Zusammenhalt in den Stadtteilen und die lokale Wirtschaft in den Zentren.

Hinzu kommt, dass die überregionalen Dienstleistungen in erheblichem Umfang zur Lebensqualität Bremens beitragen und insofern nicht nur für Unternehmen, Beschäftigte und Auszubildende attraktiv sind, sondern allen Einwohnern zugutekommen.

Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Einnahmequellen nutzen bereits zwei Standortinitiativen in Bremen im Rahmen des Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren, die ihre Finanzierung über die nach diesem Gesetz mögliche Abgabe sicherstellen.

Mittel für Standortmarketing (insbesondere Förderung überregional bedeutsamer Kultur- und Sportveranstaltungen, Marketing für die Cities, touristisches Marketing und Marketing für den Veranstaltungsstandort) ergänzen die in erheblichem Umfang eingesetzten Mittel Dritter.

Messen und Veranstaltungen mit Aussichten auf einen wirtschaftlichen Erfolg werden in Beteiligungsgemeinschaft realisiert.

Produktgruppe: 71.01.06 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (L)

Verantwortlich: Dr. Kühling

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Aufgaben der überregionalen Dienstleistungsförderung durch Tourismus- und Zentrenförderung sind Vermarktung, Stärkung, Weiterentwicklung und Stabilisierung des Tourismusstandortes, des Messe- und Veranstaltungsstandortes, der Zentren nach dem Bremer Zentrenkonzept insbesondere Bremer City und Zentrums Vegesack sowie des Arbeits-, Wirtschafts- und Freizeitstandortes Bremen.

Strategische Ziele

- Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren
- Stärkung und Weiterentwicklung des Tourismus in Bremen durch überregional bedeutsame Veranstaltungen, Marketing im In- und Ausland und durch den gezielten Ausbau der touristischen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Ansätze und Potentiale in Bremen-Nord.
- Stärkung und Weiterentwicklung des Messe- und Veranstaltungsstandortes Bremen
- Stärkung von Image, Identität und Bekanntheit des Arbeits-, Wirtschafts- und Freizeitstandortes Bremen durch ein entsprechendes regionales und nationales Standortmarketing

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2020, - Konzept "Bremen Innenstadt 2025" und - Kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen und Messekonzept, - Tourismusprogramm Land Bremen
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat, - Ministerielle Aufgaben
- Bremisches Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 0717; 0754

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	7,5	7,3	7,2	7,0	6,8
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	8,0	7,9	7,9	7,1	7,1
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,6	-0,7	-0,2	-0,3
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
Die Ist-Angaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die Kennzahlen für diese Produktgruppe werden in der PG 71.01.05 dargestellt

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel werden nur für Vorhaben bereitgestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte.

Die Dienstleistungsförderung sowie die Tourismus- und Zentrenförderung leisten einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Bremen, der Lebensqualität und wirken bei entsprechender Vermarktung als positiver Standortfaktor (siehe auch "Konzept für eine ressortübergreifende Strukturpolitik des Landes Bremen mit der Perspektive 2020" Punkt 4.5 und 6.8).

Die Förderung erzeugt bei den betreffenden Unternehmen sowie den vor und nachgelagerten Betrieben Umsätze, sichert insofern Arbeitsplätze und Einkommen und führt zu Steuereinnahmen. Das gilt für den Tourismus und hier insbesondere das Messe- und Veranstaltungswesen sowie für die überregional ausstrahlenden Zentren. Das gilt auch für die Förderung der Bremer Innenstadt und des Zentrums Vegesack, da diese Besucher und Kaufkraft aus dem Umland anziehen. Die Förderung des Stadtteilmarketing stärkt indessen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vor Ort, den inneren Zusammenhalt in den Stadtteilen und die lokale Wirtschaft in den Zentren.

Hinzu kommt, dass die überregionalen Dienstleistungen in erheblichen Umfang zur Lebensqualität Bremens beitragen und insofern nicht nur für Unternehmen, Beschäftigte und Auszubildende attraktiv sind, sondern allen Einwohnern zugutekommen.

Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Einnahmequellen nutzen bereits zwei Standortinitiativen in Bremen im Rahmen des# Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels # und Dienstleistungszentren#, die ihre Finanzierung über die nach diesem Gesetz mögliche Abgabe sicherstellen.

Mittel für Standortmarketing (insbesondere Förderung überregional bedeutsamer Kultur- und Sportveranstaltungen, Marketing für die Cities, touristisches Marketing und Marketing für den Veranstaltungsstandort) ergänzen die in erheblichem Umfang eingesetzten Mittel Dritter.

Messen und Veranstaltungen mit Aussichten auf einen wirtschaftlichen Erfolg werden in Beteiligungsgemeinschaft realisiert.

Produktgruppe: 71.01.07 Wirtschaftsförderung Bremerhaven (L)

Verantwortlich: Peters

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Wirtschaftsförderung in der Stadt Bremerhaven ist kommunal organisiert aber auch eng in den Kontext der Landesentwicklung und der hier bestehenden programmatischen Schwerpunktsetzungen eingebunden. Im Detail soll der Wirtschafts- und Veranstaltungsort Bremerhaven entwickelt, gestärkt und vermarktet werden. Die FHB finanziert die wirtschaftsfördernde Gesellschaft aus allgemeinen strukturpolitischen, volkswirtschaftlichen oder allgemeinpolitischen Gründen auf Grundlage des Haushaltsrechts mit Zuschüssen für den laufenden Betrieb. Zur Erledigung Ihrer satzungsgemäßen Aufgaben ist die Wirtschaftsförderung in der Seestadt als öffentlich-rechtlich beliehene Gesellschaft organisiert.

Strategische Ziele

- Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowie die Verbesserung des Erscheinungsbildes und der Außendarstellung der FHB durch Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft und der Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastrukturen sowie der städtebaulichen Situation, Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden;
- Akquisition und Durchführung von Veranstaltungen und Kongressen aller Art, des Ausstellungs- und Messewesens, der Gastronomie, der Unterhaltung, der Kultur, des Sports, der sonstigen Freizeitgestaltung sowie die Koordinierung und Steuerung der Unternehmen in diesen Bereichen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist.
- Begründung, Entwicklung, Umsetzung, Koordination und Förderung von Marketing sowie die Förderung der FHB als Außenwirtschaftsstandort

Auftragsgrundlage

- Strukturkonzept Land Bremen 2016/17, Landesförderprogramme und -Richtlinien, Masterplan Fischereihafen, EU- und Bundesprogramme und - EU-Vorschriften
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat, - Ministerielle Aufgaben
- Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative Bremerhaven
- Gesellschaftszweck des Gesellschaftsvertrag der GmbH in der jeweils gültigen Fassung
- § 65 Landeshaushaltsordnung (Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen)

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0706; 0716

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	5,2	5,1	4,9	4,8	4,7
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	5,3	5,2	5,1	5,0	4,4
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	0,3
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Anschlag enthält noch nicht die Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.
Die Ist-Ausgaben enthalten Aufstockungen aus zentral veranschlagten EU-Mitteln.

Land

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Vermarktung von Gewerbeflächen (BHV) [HAR]				3	3	3	3	3
Erschließung neuer Gewerbeflächen (BHV) [HAR]				1	3	3	3	3
Messeauftritte der BIS (BHV) [ST]				5,000	5,000	5,000	5,000	5,000
Veranstaltungen (BHV) [ST]				23,000	23,000	23,000	23,000	23,000
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (BHV) [ST]				7,000	7,000	7,000	7,000	7,000
Existenzgründungen (BHV) [ST]				5,000	5,000	5,000	5,000	5,000
Invest.-vol./Zusagen d. Unternehm. (BHV) [TEU]				3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00	3.000,00
Gesicherte Arbeitsplätze (BHV) [ST]				280,000	280,000	280,000	280,000	280,000
Neu geschaff. Arbeitsplätze/Zusagen BHV [ST]				30,000	30,000	30,000	30,000	30,000
Veranstaltungsbesucher (BHV) [ST]				452.000,000	452.000,000	452.000,000	452.000,000	452.000,000
Ansiedlungen national/internat. (BHV) [ST]				5,000	5,000	5,000	5,000	5,000
Leistungen								
Qualität								

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

In den Kennzahlen sind alle AP-Effekte der Drittmittelprogramme enthalten.

[ST](Stück): Anzahl der Förderfälle, Projekte, Arbeitsplätze, Schiffe usw. (je nach Kennzahl).

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Sonderprogramm Bremerhaven

Projekte des Innenstadtprogramms Bremerhaven:

Die Zins- und Tilgungszahlungen dienen der Abfinanzierung von Projekten, die zum Zwecke der Wirtschaftsförderung von den zuständigen parlamentarischen Gremien des Landes Bremen beschlossen wurden.

Erschließung südlicher Fischereihafen/Masterplan Fischereihafen/Infrastrukturinvestitionen in Bremerhaven/BIS

Der Fischereihafen Bremerhaven ist das größte und wichtigste Gewerbegebiet in Bremerhaven und der Region. Auf einer Fläche von rd. 630 ha (480 ha Land- und 150 ha Wasserfläche) werden in den rd. 400 Betrieben unterschiedlichster Größe und Branche ca. 9.000 Arbeiterinnen und Arbeitnehmer in traditionellen, maritim ausgerichteten Unternehmen, wie z.B. Lebensmittelindustrie/Fischwirtschaft, Verbrauchs- und Investitionsgütersektor (Stahlbau, Anlagenbau, Schiffbau, Holzbearbeitung, Keramikindustrie) und zentralen Zukunftsbranchen (Windenergie/Offshore, Blaue Biotechnologie) beschäftigt.

Voraussetzung für die hohe Standortgunst des Fischereihafens ist die permanente Modernisierung der z.T. aus der Gründerzeit (Anfang des 20. Jahrhunderts) stammenden Infrastruktur und ihre gezielte Anpassung an die sich verändernden Bedingungen und Anforderungen der vorhandenen Wirtschaftsbetriebe, aber auch der neu anzusiedelnden Unternehmen, insbesondere der Offshore-Windenergie.

Für die weitere Entwicklung wurde durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in Abstimmung mit dem Magistrat Bremerhaven im Jahr 2008 ein Masterplan Fischereihafen erarbeitet und der Deputation für den Fischereihafen sowie der Deputation für Wirtschaft und Häfen zur Kenntnis gegeben. Auf der Basis dieses Masterplans werden notwendige Projekte priorisiert.

Im Vordergrund steht die weitere Umsetzung des Ansiedlungskonzepts Offshore Windenergie Bremerhaven, das sich direkt an den beschlossenen Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven orientiert und diese maßgebliche Infrastruktur kohärent landseitig erschließt. Dabei handelt es sich um die operative Umsetzung der vom Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossenen Strategie, Bremerhaven als Entwicklungs- und Produktionsstandort der Offshore-Windenergie zu positionieren. Dieses Ansiedlungskonzept sieht vor, den südlichen Fischereihafen Zug um Zug für die besonderen Bedarfe des

Großanlagenbaus zu erschließen.

Insgesamt erfolgt die Umsetzung zentraler Drittmittelprogramme (Beleihung der BIS) einschließlich der Umsetzung der GRW und Europäischen Fischereifonds bzw. dessen Nachfolgefonds. Im Bereich des Tourismus werden nur wesentliche Veranstaltungen anhand des Veranstaltungsfonds durch die FHB unterstützt.

IFÖ-Brunnenwasserversorgung

Im Zuge der bevorstehenden Ansiedlung der Bundesfischereiforschung wurde aus Mitteln des Konjunkturprogramms II die von der FHB vertraglich zugesicherte Brunnenwasserversorgung hergestellt. Die veranschlagten Mittel dienen der baulichen Unterhaltung der Brunnenanlage.

FuE-Meile Bremerhaven

Die erfolgreiche Entwicklung der FuE-Meile Bremerhaven soll baulich durch eine stärkere Vernetzung insbesondere zu den wissenschaftlichen Einrichtungen in Fischereihafen Bremerhaven sowie der Innenstadt fortgesetzt werden.

Fortsetzung Havenwelten

Veranschlagt werden Mittel für punktuelle Weiterentwicklungen im touristischen Areal Havenwelten. Hierzu gehören weitere Flächensanierungen, Platzgestaltungen sowie ergänzende Investitionen in bestehende Einrichtungen.

DSM - Deutsches Schifffahrtsmuseum

Entsprechend des vom DSM entwickelten Masterplans soll eine Modernisierung des DSM in den nächsten Jahren erfolgen. Hierzu werden Bundesmittel durch landes- und kommunale Mittel ergänzt werden.

Zuschuss an die BIS:

Veranschlagt werden Geschäftsbesorgungsentgelte für die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH. Grundlage für diese Zahlungen an die BIS ist der jeweils gültige Wirtschaftsplan und die Zahlungen erfolgen im Rahmen eines Zuwendungsbescheides (institutionelle Förderung).

Institutionelle Förderungen TTZ, Flugplatzbetriebsgesellschaft mbH:

Veranschlagt werden Zuschüsse zu den Personal-, Sach- und Investitionskosten für die ttz Bremerhaven GmbH sowie das Institut für Fischqualität und ein Betriebskostenzuschuss für die Flugplatzbetriebsgesellschaft mbH Bremerhaven.

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen (Fortsetzung)

EFF/EMFF:

Als Nachfolgeprogramm des EFF wurde der #Europäische Meeres- und Fischereifonds# EMFF aufgelegt. Darin bestehen im Wesentlichen die bisherigen Fördermöglichkeiten weiter. Lediglich der förderungsfähige Adressatenkreis ist auf bestimmte Unternehmensgrößen beschränkt worden, was voraussichtlich zu einem erheblichen Rückgang des Fördervolumens im Bereich der Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe in Bremerhaven führen wird.

Das Operationelle Programm der Bundesrepublik Deutschland zum EMFF benennt mehrere Gebiete als förderungswürdige Gebiete, darunter auch den #Fischereihafen Bremerhaven#. Hier wird ein Ausgleich für wegfallende einzelbetriebliche Fördermöglichkeiten gesehen, soweit bremische Ko-Finanzierung zur Verfügung steht und es gelingt, privatwirtschaftliche Vorhaben zu akquirieren.

Damit stehen dort Mittel zur Verfügung, die zur Stärkung der Fischerei und der Fischwirtschaft an den Standorten Bremerhaven und Bremen dienen können. Die Finanzierung der EMFF-Maßnahmen erfolgt mit einer Drittmittelfinanzierungsquote von 25 % aus Mitteln des Europäischen Fischereifonds.

Produktgruppe: 71.01.08 EU-Programme / -Planung (L)

Verantwortlich: Wiebe

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) trägt zur Erreichung der Ziele der "Europa 2020 Strategie" der Europäischen Union bei. Diese Ziele sind Grundlage des "Strukturkonzepts Bremen 2020", welches den strategischen Rahmen für die Strukturpolitik des Landes insgesamt setzt und ist damit die Dachstrategie für den Einsatz des EFRE bildet.

Strategische Ziele

Mit dem EFRE werden im Land Bremen folgende Ziele verfolgt:

- Ausbau der Infrastruktur im Bereich Forschung und Innovation und der Kapazitäten für die Entwicklung von F&I-Spitzenleistungen;
- Anwendungsorientierte Förderung von Investitionen der Unternehmen in F &I,
- Unterstützung der Fähigkeit von KMU, sich am Wachstum der regionalen, nationalen und internationalen Märkte sowie am Innovationsprozess zu beteiligen
- Förderung des Unternehmergeists und Förderung von Unternehmensgründungen, auch durch Gründerzentren
- Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien in Unternehmen
- Förderung von Strategien zur Senkung des CO2-Ausstoßes in ausgewählten städtischen Gebieten
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und Diskriminierung

Auftragsgrundlage

- EU-Richtlinien, EU-Verordnungen,
- Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat, - Ministerielle Aufgaben

Zuzuordnende Kapitel

0709

Land

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	426	396	1.053	583	1.882	0	0	0
Investive Einnahmen	18.792	5.488	21.946	11.520	20.292	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	9.389	12.582	14.399	17.458	17.349	0	0	0
Gesamteinnahmen	28.607	18.466	37.398	29.561	39.523	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	7.380	9.042	11.256	8.718	9.410	2.200	5.000	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	14.555	13.608	35.592	30.354	39.134	13.000	7.000	0
Verrechnungen/Erstattungen	18.117	25.359	8.310	11.789	9.437	0	0	0
Gesamtausgaben	40.052	48.009	55.158	50.861	57.981	15.200	12.000	0
Saldo	-11.445	-29.543	-17.760	-21.300	-18.458	-15.200	-12.000	0
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	71,42	38,46	67,80	58,12	68,17	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			10.000	8.000	10.000			
investiv			36.000	31.000	36.000			

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Bremen erhält für die Durchführung der in der Auftragsgrundlage benannten Aufgaben in erheblichem Umfang finanzielle Unterstützungen durch EU-Mittel. Diese Drittmittel sollen in vollem Umfang in Anspruch genommen werden und werden als Einnahmen im Haushalt veranschlagt und im Rahmen von genehmigten EU-Programmen eingesetzt. Im Rahmen der EFRE-Förderung werden Mittel für die Durchführung verschiedener Förderprogramme zu Gunsten bremischer Firmen eingesetzt. Die Förderprogramme sind insbesondere auf die Stärkung und Modernisierung der mittelständischen Unternehmen sowie die Verbesserung ihrer Marktchancen angelegt. Sie werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Effizienz überprüft. Aktuell sind die Fördermodalitäten einzelner Programme eingeschränkt und einzelne Fördertatbestände aufgehoben worden.

EU-Programm EFRE Bremen 2014 - 2020:

Das EFRE-Programm Bremen 2014 - 2020 hat das Ziel zu einer Stärkung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Land Bremen beizutragen. Es entspricht damit der Vorgabe der bremischen Landesverfassung, dass der Staat die Wirtschaft zu fördern hat (vgl. Artikel 39 und 40 der BremLV).

Der Einsatz von EFRE-Mitteln setzt voraus, dass die geförderten Projekte einen regionalwirtschaftlichen Nutzen und damit einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Standortes überzeugend nachweisen können. Dies gilt für alle geförderten Projekte unabhängig davon, ob es sich um einzelbetriebliche Förderungen, Infrastrukturprojekte, Projekte zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers oder sonstige Förderungen handelt.

Bei allen Entscheidungen über die Bewilligung neuer Projekte ist die Effizienz des Mitteleinsatzes zu gewährleisten. Die Mittel für das EFRE-Programm werden von der Europäischen Kommission in Jahrestanchen bereitgestellt. Die Jahrestanchen müssen jeweils innerhalb von drei Jahren gegenüber der EU mit tatsächlich entstandenen und geprüften Ausgaben nachgewiesen werden. Gelingt dies nicht, gehen die von der EU bereitgestellten Mittel automatisch verloren (sog. n+3-Regelung). Daher muss die erforderliche Gesamtfinanzierung der Projekte inklusive der nationalen Ko-Finanzierung sowie eine kontinuierliche Umsetzung und Abrechnung der Projekte gewährleistet werden.

Produktbereich: 71.90 Zentrale Dienste

Verantwortlich: Siering

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Ressortstrategie, Personalverwaltung, IT und Organisation sowie innere Dienste, Aufstellung und Vollzug der Haushalte, Projektfinanzierungen, Controlling, Zuwendungsangelegenheiten, EFRE- und ESF-Programme, abteilungsübergreifende Aufgaben, Gender-Beauftragte

Strategische Ziele

Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Ressorts hinsichtlich Personal- und Sachmittelausstattung.
Unterstützung der Amtsleitung in Fragen parlamentarischer und sonstiger Gremien.
Wahrnehmung der Ressourcenverantwortung für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Bei diesen strategischen Zielen handelt es sich für die nächsten Jahre um Haltepositionen, da die genannten ministeriellen Aufgaben weiterhin durchzuführen sind.

Auftragsgrundlage

- Personalrechtliche Vorschriften
- Deputationsgesetz, Geschäftsordnungen von Bürgerschaft, Senat etc.
- Haushaltsrechtliche Vorschriften
- EU-Vorschriften

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 3700; 3701

Land und Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	60,8	59,3	57,7	56,2	54,8
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	56,1	53,4	52,6	50,1	48,1
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	4,7	5,9	5,1	6,1	6,7
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land und Stadtgemeinde

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Produktgruppe: 71.90.01 Zentrale Dienste

Verantwortlich: Wiebe

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Personalverwaltung, IT und Organisation sowie innere Dienste, Aufstellung und Vollzug der Haushalte, Projektfinanzierungen, Controlling, Zuwendungsangelegenheiten, Behörden der EU-Programme EFRE und ESF, abteilungsübergreifende Aufgaben, Gender-Beauftragte.
Diese Produktgruppe beinhaltet die zentralen Dienste für alle Bereiche des Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Strategische Ziele

Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Ressorts hinsichtlich Personal- und Sachmittelausstattung, Wahrnehmung der Ressourcenverantwortung für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Auftragsgrundlage

- Personalrechtliche Vorschriften
- Deputationsgesetz, Geschäftsordnungen von Bürgerschaft, Senat etc.
- Haushaltsrechtliche Vorschriften
- EU-Vorschriften

Zuzuordnende Kapitel

0700; 0701; 3700; 3701

Land und Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

Bei den städtischen Aufgaben handelt es sich um:

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

staatliche Auftragsangelegenheiten

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	410	863	591	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	2.804	3.532	3.532	3.961	3.961	0	0	0
Gesamteinnahmen	3.214	4.395	4.123	3.961	3.961	0	0	0
Personalausgaben	9.959	9.974	8.509	4.337	4.319	5.847	5.807	5.768
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.677	1.603	1.433	1.952	1.964	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	21	65	42	56	56	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	2.583	2.762	2.756	3.021	3.021	0	0	0
Gesamtausgaben	14.240	14.404	12.740	9.366	9.360	5.847	5.807	5.768
Saldo	-11.026	-10.009	-8.617	-5.405	-5.399	-5.847	-5.807	-5.768
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	22,57	30,51	32,36	42,29	42,32	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			0	0	0			
investiv			0	0	0			

Land und Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	60,8	59,3	57,7	56,2	54,8
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	56,1	53,4	52,6	50,1	48,1
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	4,7	5,9	5,1	6,1	6,7
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land und Stadtgemeinde

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land			Stadtgemeinde		
	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)						
Konsumtive Einnahmen	591	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	3.532	3.961	3.961	0	0	0
Gesamteinnahmen	4.123	3.961	3.961	0	0	0
Personalausgaben	8.450	4.320	4.302	59	17	17
Sonst. konsumtive Ausgaben	1.428	1.947	1.959	5	5	5
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	42	56	56	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	2.756	3.021	3.021
Gesamtausgaben	9.920	6.323	6.317	2.820	3.043	3.043
Saldo	-5.797	-2.362	-2.356	-2.820	-3.043	-3.043
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2016	Anschlag 2017		Anschlag 2016	Anschlag 2017
Personal konsumtiv		0	0		0	0
investiv		0	0		0	0
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Beschäftigungszielzahl	0,0	60,8	59,3	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	56,1	53,4	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	4,7	5,9	0,0	0,0	0,0

	Land			Stadtgemeinde		
	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
C. Leistungskennzahlen						
Wirkungen						
Leistungen						
Qualität						
D. Erläuterungen zu 4. A - C						

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Produktbereich: 71.99 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift.+AöR

Verantwortlich: Siering

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Zur Erfüllung der öffentlichen strukturpolitischen Aufgaben in den Bereichen der Wirtschaftsförderung haben Land und Stadtgemeinde Bremen Sondervermögen errichtet (Gewerbe- u. Veranstaltungsflächen, Überseestadt,) und öffentliche wirtschaftsfördernde Unternehmen in privatrechtlicher Form gegründet oder sich an solchen beteiligt.

Strategische Ziele

Die Sondervermögen dienen dem Zweck, die ihm zugewiesenen und die durch Erwerb hinzukommenden Grundstücke und Flächen, darauf befindliche Gebäude und bauliche Anlagen nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu erhalten, zu entwickeln und zu verwerten.

Die öffentlichen wirtschaftsfördernden Unternehmen orientieren die Ziele ihrer Geschäftstätigkeit an den zentralen Zielstellungen der Wirtschaftsförderung des Landes. Dazu zählen in erster Linie, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Finanzierung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sowie zu Attraktivierung und Belebung des Tourismus, des Markgeschehens und der Infrastruktur des Wirtschaftsstandorts.

Auftragsgrundlage

- Geschäftsverteilung im Senat
- Errichtungsgesetze über die Sondervermögen,
- Gesellschaftsverträge der Gesellschaften,
- Beleihungsgesetz
- Dienstleistungs- und Geschäftsbesorgungsverträge
- § 65 Landeshaushaltsordnung (Beteiligung an privatrechtlicher Unternehmen)

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Vermarktung von Gewerbeflächen (SV) [HAR]				13	13	11	10	9
Erschließung neuer Gewerbeflächen (SV) [HAR]				15	29	35	21	19
Direkte Darleh. an d. gewerbl Wirtschaft [TEU]				9.600,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00	9.600,00
Vermietungsstand Großmarkt [%]				94,51	94,51	94,51	94,51	94,51
Besucher Universum Science Center HB [ST]				220.000,000	220.000,000	220.000,000	220.000,000	220.000,000
Leistungen								
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Mit dem Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens Gewerbeflächen vom 20.5.2003, zuletzt geändert am 24.1.2012 wurden dem Sondervermögen rückwirkend zum 1.1.2003 die im Eigentum der Landes Bremen stehenden Gewerbegrundstücke einschließlich ihrer wesentlichen Bestandteile innerhalb des Landes Bremen rechtlich zugewiesen.

Das Sondervermögen Gewerbeflächen Land gliedert sich in die Teilsondervermögen

- Gewerbeflächen in Bremen, verwaltet durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH,
- Gewerbeflächen in Bremerhaven (Carl-Schurz-Gelände), verwaltet durch die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH.

Die Geschäftstätigkeit des SV umfasst die Bewirtschaftung, Erhaltung und Verwertung sowie sonstige Aufgaben des Grundstücksverkehrs für bebaute und unbebaute Gewerbegrundstücke und #flächen, einschließlich der für gewerbliche Projekte erforderlichen Flächen für Ausgleichs-Ersatzmaßnahmen sowie ggfls. Überhangflächen und alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen, auch das Führen von Prozessen.

Strategische Ziele

Das Sondervermögen dient dem Zweck, die ihm zugewiesenen und die durch Erwerb hinzukommenden Grundstücke und Flächen, darauf befindliche Gebäude und bauliche Anlagen nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu erhalten und zu verwerten.

Die Bewirtschaftung des Teil-SV Gewerbeflächen in Bremen erfolgt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die WFB.

Die Bewirtschaftung des Teil-SV Gewerbeflächen in Bremerhaven erfolgt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die BIS.

Neben der Bewirtschaftung (Vermietung, Verpachtung, Instandhaltung etc.) der dem Teilsondervermögen zugewiesenen Gebäude und Flächen, verfolgen die Teil-SV die folgenden Ziele:

- Bestandspflege und Akquisition von Firmen
- Erschließung neuer Gewerbeflächen
- Vermarktung von Gewerbeflächen
- Einhaltung des Wirtschaftsplanes

Auftragsgrundlage

Mit dem Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens Gewerbeflächen vom 20.03.2003, zuletzt geändert am 24.01.2012 wurden dem Sondervermögen rückwirkend zum 01.01.2003 die im Eigentum des Landes stehenden Gewerbegrundstücke einschließlich ihrer wesentlichen Bestandteile innerhalb des Landes Bremen rechtlich zugewiesen.

Das Sondervermögen Gewerbeflächen Land gliedert sich in die Teilsondervermögen

- Gewerbeflächen in Bremen Stadt, verwaltet durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen mbH, und
- Gewerbeflächen in Bremerhaven (Carl-Schurz-Gelände), verwaltet durch die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH.

Die Verwaltung durch die Gesellschaften erfolgt auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

*Plan-Zahlen sind null, da im Sondervermögen Gewerbeflächen Land derzeit keine Erschließungen bzw. Flächenvermarktungen geplant sind!

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Das Sondervermögen dient dem Zweck, die ihm zugewiesenen und die durch Erwerb hinzukommenden Grundstücke und Flächen, darauf befindliche Gebäude und bauliche Anlagen nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu erhalten und zu verwerten. Für die nicht durch Eigenmittel finanzierbaren Aufwendungen und Investitionen erhält das Sondervermögen Zuführungen aus dem Haushalt. Die Geschäftstätigkeit der die Teilsondervermögen verwaltenden Gesellschaften des Sondervermögens umfasst die Bewirtschaftung, Erhaltung und Verwertung sowie sonstige Aufgaben des Grundstücksverkehrs für bebaute und unbebaute Gewerbegrundstücke und -flächen, einschließlich der für gewerbliche Projekte erforderlichen Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie ggfls. Überhangflächen und alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen, auch das Führen von Prozessen. Die im Haushalt veranschlagten Beträge sind zur Zweckerfüllung des Sondervermögens erforderlich.

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Mit dem Ortsgesetz über die Errichtung des Sondervermögens Gewerbeflächen vom 20.5.2003, zuletzt geändert am 24.1.2012 wurden dem Sondervermögen rückwirkend zum 1.1.2003 die im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen stehenden Gewerbegrundstücke einschließlich ihrer wesentlichen Bestandteile innerhalb der Stadtgemeinde rechtlich zugewiesen.

Das Sondervermögen Gewerbeflächen der Stadtgemeinde Bremen gliedert sich in die Teilsondervermögen

- Gewerbeflächen in Bremen, verwaltet durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH,
- Veranstaltungsflächen (Bürgerweise, Glocke, Weserstadion, Rennbahn), verwaltet durch die WFB,
- Gewerbeflächen in Bremerhaven (Carl-Schurz-Gelände), verwaltet durch die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH.

Die Geschäftstätigkeit des SV umfasst die Bewirtschaftung, Erhaltung und Verwertung sowie sonstige Aufgaben des Grundstücksverkehrs für bebaute und unbebaute Gewerbegrundstücke und #flächen, einschließlich der für gewerbliche Projekte erforderlichen Flächen für Ausgleichs-Ersatzmaßnahmen sowie ggfls. Überhangflächen und alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen, auch das Führen von Prozessen

Strategische Ziele

Das Sondervermögen dient dem Zweck, die ihm zugewiesenen und die durch Erwerb hinzukommenden Grundstücke und Flächen, darauf befindliche Gebäude und bauliche Anlagen nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu erhalten und zu verwerten.

Die Bewirtschaftung des Teil-SV Gewerbeflächen in Bremen erfolgt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die WFB.

Die Bewirtschaftung des Teil-SV Gewerbeflächen in Bremerhaven erfolgt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die BIS.

Die Flächen des Teil-SV Veranstaltungsflächen werden in Geschäftsbesorgung von der WFB an die WFB (Bürgerweidenkomplex) und an Dritte verpachtet

Neben der Bewirtschaftung (Vermietung, Verpachtung, Instandhaltung etc.) der dem Teilsondervermögen zugewiesenen Gebäude und Flächen, verfolgen die Teil-SV die folgenden Ziele:

- Bestandspflege und Akquisition von Firmen
- Erschließung neuer Gewerbeflächen
- Vermarktung von Gewerbeflächen
- Einhaltung des Wirtschaftsplanes

Auftragsgrundlage

Mit dem Ortsgesetz über die Errichtung des Sondervermögens Gewerbeflächen vom 20.03.2003, zuletzt geändert am 24.01.2012 wurden dem Sondervermögen rückwirkend zum 01.01.2003 die im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen stehenden Gewerbegrundstücke einschließlich ihrer wesentlichen Bestandteile innerhalb des Landes Bremen rechtlich zugewiesen. Das Sondervermögen Gewerbeflächen Land gliedert sich in die Teilsondervermögen

- Gewerbeflächen in Bremen Stadt, verwaltet durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen mbH,
- Veranstaltungsflächen, verwaltet durch die WFB, und
- Gewerbeflächen in Bremerhaven (Carl-Schurz-Gelände), verwaltet durch die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH.

Die Verwaltung durch die Gesellschaften erfolgt auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen.

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen Arbeitspl aufgr Vermarkt (TSV Gew HB S) [ST] Vermarkt. von Gewerbefl (TSV Gew. HB S) [HAR] Erschließ. Gewerbefl. (TSV Gew.HB Stadt) [HAR]				441,000	441,000	440,000	415,000	363,000
				10	10	9	8	7
				12	25	35	21	11
Leistungen								
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Das Sondervermögen dient dem Zweck, die ihm zugewiesenen und die durch Erwerb hinzukommenden Grundstücke und Flächen, darauf befindliche Gebäude und bauliche Anlagen nach kaufmännischen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu erhalten und zu verwerten. Für die nicht durch Eigenmittel finanzierbaren Aufwendungen und Investitionen erhält das Sondervermögen Zuführungen aus dem Haushalt. Die Geschäftstätigkeit der die Teilsondervermögen verwaltenden Gesellschaften des Sondervermögens umfasst die Bewirtschaftung, Erhaltung und Verwertung sowie sonstige Aufgaben des Grundstücksverkehrs für bebaute und unbebaute Gewerbegrundstücke und -flächen, einschließlich der für gewerbliche Projekte erforderlichen Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie ggfls. Überhangflächen und alle damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen, auch das Führen von Prozessen. Die im Haushalt veranschlagten Beträge sind zur Zweckerfüllung des Sondervermögens erforderlich.

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Dem Sondervermögen wurden zum 1. Januar 2001 die im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen stehenden Grundstücke und Wasserflächen einschließlich ihrer wesentlichen Bestandteile innerhalb der Hafendreiecke rechts der Weser zugewiesen. Hierzu gehören auch Straßenverkehrsflächen, öffentliche Grünflächen und Hafeninfrastrukturflächen. Das Sondervermögen dient dem Zweck, das Entwicklungskonzept zur Umstrukturierung der Hafendreiecke rechts der Weser zu finanzieren. Die Erlöse aus der Vermietungen und Veräußerungen von Grundstücken fließen dem Sondervermögen zu.

Strategische Ziele

Die Bewirtschaftung des Sondervermögens Überseestadt erfolgt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der WFB.
Die Entwicklung des Gebietes wird gemäß der vom Senat im Juni 2000 beschlossenen Entwicklungskonzeption sowie ergänzend dem am 25.3.2003 vom Senat beschlossenen Masterplan Überseestadt durchgeführt.
Neben der Bewirtschaftung (Vermietung, Verpachtung, Instandhaltung etc.) der dem Teilsondervermögen zugewiesenen Gebäude und Flächen verfolgt das TSV die folgenden Ziele:

- Bestandspflege und Akquisition von Firmen
- Erschließung von Gewerbe-/Wohnbauflächen
- Vermarktung von Gewerbe-/Wohnbauflächen
- Einhaltung des Wirtschaftsplanes

Auftragsgrundlage

Auf der Grundlage der vom Senat im Juni 2000 beschlossenen Entwicklungskonzeption wurden dem Sondervermögen mit dem Ortsgesetz vom 19.12.2000, zuletzt geändert am 19.03.2013 zum 01.01.2001 die im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen stehenden Grundstücke und Wasserflächen einschließlich ihrer wesentlichen Bestandteile innerhalb der Hafendreiecke rechts der Weser zugewiesen. Hierzu gehören auch Straßenverkehrsflächen, öffentliche Grünflächen und Hafeninfrastrukturflächen.
Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH sowie durch die bremenports GmbH & Co. KG in Bezug auf die hafenbezogenen Aufgaben auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen.

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen Arbeitspl aufgr Vermarkt-SV Überseestadt [ST] Vermarkt. v. Gewerbefl (SV Überseestadt) [HAR] Erschließ v. Gewerbefl (SV Überseestadt) [HAR]				311,000	311,000	150,000	150,000	150,000
				3	3	2	2	2
				3	4	0	0	8
Leistungen								
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Bremen entwickelt, stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Veranstaltungsstandort Bremen eigenverantwortlich gemäß ihres Gesellschaftszwecks und im Interesse des Landes Bremen.

FHB finanziert die Gesellschaft aus allgemeinen strukturpolitischen, volkswirtschaftlichen oder allgemeinpolitischen Gründen auf Grundlage des Haushaltsrechts mit Zuschüssen für den laufenden Betrieb.

Die WFB kann Aufgaben der FHB im Rahmen wirtschaftspolitischer Zielsetzungen zur Förderung der Wirtschaftsstruktur in der FHB auch als öffentlich-rechtlich beliehene Gesellschaft übernehmen und auf Tochtergesellschaften übertragen.

Die WFB übt die Aufgaben einer Holding gegenüber Tochtergesellschaften aus.

Die ist in vier Geschäftsbereiche gegliedert. (Wirtschaftsförderung, Standortmarketing, Messe & ÖVB-Arena sowie Kaufmännische Dienste)

Das Stammkapital der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH der i. H. v. 102,25 Mio. EURO wird gehalten vom Land (97,25 %), von der Stadtgemeinde (6,95 %) sowie von der Stadt Bremerhaven (0,78 %).

Strategische Ziele

- Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowie die Verbesserung des Erscheinungsbildes und der Außendarstellung der FHB durch Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft und der Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastrukturen sowie der städtebaulichen Situation, Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden;
- Akquisition und Durchführung von Veranstaltungen und Kongressen aller Art, insbesondere auf dem Gebiet des Tourismus, des Ausstellungs- und Messewesens, der Gastronomie, der Unterhaltung, der Kultur, des Sports, der sonstigen Freizeitgestaltung sowie die Koordinierung und Steuerung der Unternehmen in diesen Bereichen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, den Betrieb von Veranstaltungs- und Gastronomieeinrichtungen sowie deren Weitervermietung oder Verpachtung; Begründung,
- Entwicklung, Umsetzung, Koordination und Förderung von Marketing sowie die Förderung der FHB als Außenwirtschaftsstandort.

Auftragsgrundlage

- Gesellschaftsvertrag der GmbH in der jeweils gültigen Fassung
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat, - Ministerielle Aufgabe
- Beleihungsgesetz, - Dienstleistungs- und Geschäftsbesorgungsverträge
- § 65 Landeshaushaltsordnung (Beteiligung an privatrechtlicher Unternehmen)

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Gesicherte Arbeitsplätze (WFB) [ST]				2.510,000	2.729,000	2.729,000	2.729,000	2.729,000
Investitionsvolumen (WFB) [TEU]				91.880,00	110.500,00	110.500,00	110.500,00	110.500,00
Ansiedlungen national/international-WFB [ST]				24,000	24,000	24,000	24,000	24,000
Neu geschaff. Arbeitsplätze Zusagen-WFB [ST]				767,000	936,000	936,000	936,000	936,000
Gesicherte Arbeitsplätze (WFB) [ST]				2.510,000	2.729,000	2.729,000	2.729,000	2.729,000
Investitionsvolumen (WFB) [TEU]				91.880,00	110.500,00	110.500,00	110.500,00	110.500,00
Existenzgründungen (WFB) [ST]				16,000	16,000	16,000	16,000	16,000
Veranstaltungen (WFB) [ST]				57,000	57,000	57,000	57,000	57,000
Ansiedlungen national/international-WFB [ST]				24,000	24,000	24,000	24,000	24,000
Neu geschaff. Arbeitsplätze Zusagen-WFB [ST]				767,000	936,000	936,000	936,000	936,000
Veranstaltungsbesucher (WFB) [ST]				925.000,000	925.000,000	925.000,000	925.000,000	925.000,000
Leistungen								
Messeauftritte der WFB [ST]				15,000	15,000	15,000	15,000	15,000
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Zur Erfüllung der öffentlichen strukturpolitischen Aufgaben in den Bereichen der Wirtschaftsförderung sind das Land Bremen (97,25%), die Stadtgemeinde Bremen (6,95%) und die Stadt Bremerhaven (0,78%) an der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH beteiligt.
Die WFB erfüllt die Aufgaben als öffentlich-rechtlich beliehene Gesellschaft.
Der Gesellschaftszweck erstreckt das eigenverantwortliche Betätigungsfeld der WFB auf die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowie die Optimierung des Erscheinungsbildes und der Außendarstellung der FHB.
Die FHB finanziert die WFB aus allgemeinen strukturpolitischen, volkswirtschaftlichen oder allgemeinpolitischen Gründen auf Grundlage des Haushaltsrechts mit Zuschüssen für den laufenden Betrieb.

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Ratskeller Bremen GmbH wurde im Jahre 2013 rückwirkend zum 01.01.2013 auf die Großmarkt Bremen GmbH verschmolzen. Alleinige Gesellschafterin der Großmarkt Bremen GmbH ist die Stadtgemeinde Bremen. Die Gesellschaft erhält ab 2016 keine Zuschüsse mehr für den Geschäftsbereich Ratskeller (u.a. für Repräsentationsaufgaben für die FHB).

Strategische Ziele

- Betrieb des Großmarktes Bremen.
- Betrieb von Wochenmärkten und Spezialmärkten.
- Weinhandel mit deutschem Wein unter der Handelsmarke "Bremer Ratskeller"
- Verwaltung und Nutzung der Räumlichkeiten des Ratskellers
- Pflege der bremischen Weintradition und der Schatzkammer deutscher Weinkultur

Auftragsgrundlage

- Gesellschaftsvertrag (27.08.2013)
- Strukturkonzept Land Bremen 2020
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgabe

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Verkaufte Flaschen (Ratskeller) [ST]				358.500,000	358.500,000	358.500,000	358.500,000	358.500,000
Vermietungsstand Großmarkt [%]				94,51	94,51	94,51	94,51	94,51
Leistungen								
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel werden nur für Vorhaben bereit gestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte.

Aufgaben der Großmarkt GmbH sind gemäß Gesellschaftsvertrag:

- Betrieb des Großmarktes Bremen.
- Betrieb von Wochenmärkten und Spezialmärkten.
- Weinhandel mit deutschem Wein unter der Handelsmarke "Bremer Ratskeller"
- Verwaltung und Nutzung der Räumlichkeiten des Ratskellers
- Pflege der bremischen Weintradition und der Schatzkammer deutscher Weinkultur

Die Ratskeller Bremen GmbH wurde im Jahre 2013 rückwirkend zum 01.01.2013 auf die Großmarkt Bremen GmbH verschmolzen. Alleinige Gesellschafterin der Großmarkt Bremen GmbH ist die Stadtgemeinde Bremen. Die Gesellschaft hat für den Geschäftsbereich Ratskeller letztmals im GJ. 2015 einen Institutionellen Zuschuss u.a. für Repräsentationsaufgaben für die FHB in Höhe von 47.000 Euro erhalten (2014: 122.000 Euro). Ab 2016 erhält die Gesellschaft keine Zuschüsse der FHB mehr.

Produktgruppe: 71.99.12 Fischereihafen-Betriebsgesell.mbH, Brhv.

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG) ist eine 100 prozentige landeseigene Gesellschaft mit einem Stammkapital in Höhe von 256.000,- Euro.
Die FBG betreibt und bewirtschaftet den landeseigenen Fischereihafen in Bremerhaven und ist Geschäftsbesorger für das Sonstige Sondervermögen Fischereihafen Landseite.

Strategische Ziele

- Verwaltung, Bewirtschaftung und Entwicklung der landeseigenen Immobilien im Fischereihafen
- Energie- und Wasserversorgung im Fischereihafen
- Dienstleistungen (handwerkliche Dienstleistungen, Messen, Vertäudienste)
- Betrieb und Entwicklung des Schaufensters Fischereihafen

Auftragsgrundlage

- Gesellschaftsvertrag der GmbH in der jeweils gültigen Fassung
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat
- Ministerielle Aufgabe
- Dienstleistungs- und Geschäftsbesorgungsverträge
- § 65 Landeshaushaltsordnung (Beteiligung an privatrechtlicher Unternehmen)

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Gegenstand des Unternehmens ist gem. Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14. Juli 2009 die Betriebsführung des Fischereihafenbetriebes Bremerhaven und die wirtschaftliche Entwicklung des Fischereihafengebietes sowie Maßnahmen, die der Förderung des Fangs, der Verwertung und des Absatzes von Seefisch dienen, einschließlich der Vermittlungs- und Beratungstätigkeit auf diesen und verwandten Gebieten. Neben den betreffenden Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung (LHO) bilden insbesondere die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung die Basis der Zuschüsse. Sofern die weiteren Voraussetzungen des Umsatzsteuergesetzes (UStG) vorliegen, handelt es sich um eine Finanzierung durch echte (nicht der Umsatzsteuer unterliegende) Zuschüsse.

Produktgruppe: 71.99.13 Besitzgesell. Science Center Bremen GmbH

Verantwortlich: Dr. Kühling

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Gegenstand der BSC , eine zu 100 % kommunalen Gesellschaft, ist die Trägerschaft und Nutzungsüberlassung von Science Centern und vergleichbaren touristischen Einrichtungen mit überwiegend überregionaler Reichweite in Bremen. Die BSC hält zu 100 % die Anteil der Universum Management Gesellschaft (UMG), die das Universum Bremen betreibt. Seit dem 1.1.2104 betreibt die BSC die Dauerausstellung "Spicarium" im Hafenspeicher Vegesack.
Stammkapital 50 Tsd. Euro.

Strategische Ziele

Sicherung eines attraktiven Betriebes, Weiterentwicklung der Inhalte, Fortentwicklung der Konzepte sowie Verwaltung, Erwerb und ggfs. Verwertung eigenen Vermögens.

Auftragsgrundlage

- Gesellschaftervertrag (7.5.2009)
- Strukturkonzept Land Bremen 2020
- Beschlüsse der für Wirtschaftspolitik zuständigen Gremien
- Geschäftsverteilung im Senat

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Staat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen. Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, in deren Folge die Sicherung bestehender und Schaffung neuer zukunftsfähiger und existenzsichernder Arbeitsplätze erreicht werden soll. Die Mittel werden nur für Vorhaben bereit gestellt, deren regionalwirtschaftlicher Nutzen überzeugend nachgewiesen werden konnte.

In diesem Zusammenhang hat die BSC gemäß Gesellschaftervertrag folgende Aufgaben:

- Trägerschaft und die Nutzungsüberlassung von Science Centern und vergleichbaren tourismusbezogenen Einrichtungen mit überwiegend überregionaler Reichweite
 - Planung, Errichtung und der Betrieb durch Nutzungsüberlassung von Immobilien
 - Sicherstellung der für den Betrieb des Science Center erforderlichen baulichen Strukturen
 - Sicherung eines attraktiven Betriebes, Weiterentwicklung der Inhalte (Reattraktivierung), Fortentwicklung der Konzepte der Science Center
 - Verwaltung, Erwerb und Verwertung eigenen Vermögens, auch in Gestalt von Erbbaurechten, im Bereich von Science Centern und vergleichbaren tourismusbezogenen Einrichtungen, auch Conference Center
- Die BSC erhält in 2016 einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 344 Tsd. Euro, in 2017 von 371 Tsd. Euro und in 2018 von 397 Tsd. Euro für den Betrieb des Universums Science Centers. Weiterhin erhält sie einen Betriebskostenzuschuss von 130 Tsd. Euro p.a. für den Betrieb der Dauerausstellung Spicarium im alten Hafenspeicher Vegesack. Die FHB hält alle Gesellschafteranteile an der BSC. Die BSC hält alle Gesellschafteranteile an der Betreibergesellschaft Universum Management Gesellschaft (UMG).

Produktgruppe: 71.99.50 BAB Bremer Aufbau-Bank GmbH

Verantwortlich: Dr. Kühling

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Gegenstand der Gesellschaft sind die Finanzierung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung einschließlich Infrastrukturförderung.

Strategische Ziele

Gegenstand der Gesellschaft sind die Finanzierung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung einschließlich Infrastrukturförderung (Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltstruktur), der Wohnungs- und Städtebauförderung sowie die Übernahme sonstiger Finanzierungsaufgaben einschließlich des Bürgschaftsgeschäftes im Interesse der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) sowie der Stadt Bremerhaven in Übereinstimmung mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Gemeinschaft. Die Aufgaben der Gesellschaft - bezogen auf die Wirtschaftsförderung - umfassen die Aufbringung und die Durchleitung von Finanzierungsmitteln, die insbesondere für Fördermaßnahmen in den Bereichen Mittelstandsfinanzierung und der Existenzgründung.

Auftragsgrundlage

Satzung
LHO

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Als Förderbank des Landes Bremen unterstützt die BAB im Rahmen von Verständigung II die Finanzierung von (insb. kleinsten, kleinen und mittleren) Unternehmen im Lande. Dabei ermöglicht sie u. a. den Zugang zu günstigen Durchleitungskrediten der KfW oder engagiert sich mit den regionalen Banken für die Finanzierungen von Gründungs-, Investitions-, Wachstumsvorhaben. Des Weiteren unterstützt sie Unternehmen, die in wirtschaftliche oder finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Die BAB erhält dafür keine Zuwendungen oder sonstige Leistungen aus dem Haushalt. Die von ihr im Auftrag der FHB (Beleihung) durchgeführten Förderprogramme und die in diesem Kontext eingesetzten Haushaltsmittel werden unmittelbar in den jeweiligen Produktgruppen berücksichtigt, so dass eine erneute Darstellung in dieser Produktgruppe zu Dopplungen führen würde.

31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprog.

- 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr.
- 31.01.02 Arbeitsförderung im Land Bremen

31.02 Soziale Sicherheit

- 31.02.01 Amt für Versorgung und Integration
- 31.02.03 Lastenausgleich, Wiedergutmachung

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Arbeitsmarktpolitik: Ministerielle Angelegenheiten des SGB III (Arbeitsförderungsrecht), Selbstverwaltungsgremien der Bundesagentur für Arbeit (BA), ministerielle Angelegenheiten des SGB II, darunter oberste Landesbehörde in Angelegenheiten des SGB II, kommunale Trägerschaft in der Trägerversammlung des Jobcenters; Arbeitserlaubnisrecht
Arbeitsmarktförderung im Operationellen Programm des Europäischen Sozialfonds und Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm des Landes Bremen
Arbeits- und Sozialrecht, Lastenausgleich und Wiedergutmachung:
Arbeitsrecht; Heimarbeit; Lohn- und Tarifwesen einschließlich Tarifregister; Soziales Entschädigungsrecht; Schwerbehindertenrecht; Kriegsopferfürsorge; Lastenausgleich einschließlich Aufgaben des Landesausgleichsamtes und des Ausgleichsamtes; Wiedergutmachung einschließlich Aufgaben des Landesamtes für Wiedergutmachung.
Arbeits- und Sozialrecht, Lastenausgleich und Wiedergutmachung:
Arbeitsrecht; Heimarbeit; Lohn- und Tarifwesen einschließlich Tarifregister; Soziales Entschädigungsrecht; Schwerbehindertenrecht; Kriegsopferfürsorge; Lastenausgleich einschließlich Aufgaben des Landesausgleichsamtes und des Ausgleichsamtes; Wiedergutmachung einschließlich Aufgaben des Landesamtes für Wiedergutmachung.

Strategische Ziele

Arbeitsmarktpolitik und -förderung sollen hauptsächlich zur Armutsbekämpfung im Land Bremen beitragen, indem Menschen durch verschiedene Förderungen und Unterstützungen eine existenzsichernde Beschäftigung erhalten. Der Anpassung der Förderstrategie und -programme an die Entwicklung der Einwanderung ist dabei eine wichtige Herausforderung.
Die Umsetzung der gesetzlichen Aufgaben des Arbeits- und Sozialrecht, des Lastenausgleich und der Wiedergutmachung verfolgt ebenfalls das Ziel der Armutsbekämpfung durch Nachteilsausgleich.
Das soziale Entschädigungsrecht sieht Leistungen für Menschen vor, die Gesundheitsschäden erlitten haben, etwa weil der Staat von ihnen Sonderopfer aufgrund von Wehrdienst /Kriegsdienst/ Wehrrersatzdienst abverlangt hat oder Opfer von Gewalttaten nicht genügend schützen konnte.

Auftragsgrundlage

AFBG - Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Deputationsvorlagen zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm, Operationelles Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Lande Bremen; Gesetzliche Grundlagen zur Förderung Schwerbehinderter Menschen (Ausgleichsabgabe)
Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit den Nebengesetzen, die das BVG für anwendbar erklären (insbesondere Opferentschädigungsgesetz - OEG -, Zivildienstgesetz - ZDG -, Infektionsschutzgesetz - IfSG -, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz - SED-UnBerG -, Häftlingsgesetz - HHG -), soziales Entschädigungsrecht - SER -, SGB IX
Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Richtlinien zu Bremer Härterege lung für vergessene Opfer des NS-Regimes, lastenausgleichrechtliche Gesetze

Zuzuordnende Kapitel

0300; 0301; 0304; 0305; 0306; 0307; 0308; 0331; 0401; 3307

Land und Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	35.764	28.612	16.916	17.016	17.291	0	0	0
Investive Einnahmen	57	23	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	35.821	28.635	16.916	17.016	17.291	0	0	0
Personalausgaben	8.733	8.765	8.775	7.843	7.812	8.463	8.393	8.323
Sonst. konsumtive Ausgaben	30.614	31.383	25.780	27.529	30.979	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.216	1.721	1.587	1.549	1.549	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	623	1.791	6	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	41.186	43.660	36.148	36.921	40.340	8.463	8.393	8.323
Saldo	-5.365	-15.025	-19.232	-19.905	-23.049	-8.463	-8.393	-8.323
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	86,97	65,59	46,80	46,09	42,86	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			8.050	8.178	8.050			
investiv			0	0	0			

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	160,1	147,9	152,9	136,8	134,1	132,0	129,9	127,8
Personalbestand	142,8	144,8	132,5	136,2	131,8	125,6	121,3	116,2
=> Netto-Personalbedarf	17,3	3,1	20,4	0,6	2,3	6,4	8,6	11,6
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	6,7	7,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	32,0	27,9	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	70,1	70,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	36,9	37,9	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	13,8	15,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Leistungen								
beratene Menschen [PRS]				10.886,000	10.886,000	10.886,000	10.886,000	10.886,000
geförderte Menschen [PRS]				2.421,000	2.421,000	2.421,000	2.421,000	2.421,000
Qualität								
beratene Menschen, davon Frauen [%]				55,00	55,00	55,00	55,00	55,00
geförderte Menschen, davon Frauen [%]				46,00	46,00	46,00	46,00	46,00
beratene Menschen, davon Migranten [%]				41,00	41,00	41,00	41,00	41,00
geförderte Menschen, davon Migranten [%]				38,00	38,00	38,00	38,00	38,00

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Geförderte Menschen = Über den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Menschen

beratene Menschen = Über den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Beratungen von Menschen

Produktbereich: 31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprog.

Verantwortlich: Jansen

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Durchführung der regionalen aktiven Arbeitsmarktförderung mit dem Ziel der Armutsprävention und -bekämpfung. Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit sollen mittel- bzw. kurzfristig beendet werden.

Strategische Ziele

- Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) zielt konsequent auf Armutsbekämpfung durch Integration in existenzsichernde Arbeit.
- Allen Jugendlichen und junge Erwachsene sollen Zugänge zu Ausbildung und Arbeit ermöglicht werden und dafür insbesondere die Übergänge aus dem allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Bildung so organisiert werden, dass überflüssige Warteschleifen im Übergangssystem vermieden werden. Gemäß Senatsbeschluss vom 17. Dezember 2013 sind dabei der Aufbau von Jugendberufsagenturen in Bremen und Bremerhaven und eine Ausbildungsgarantie die Schwerpunkte.
- Von der künftigen Arbeitsmarktförderung des Landes sollen insbesondere Arbeitslose (v.a. SGB II), alleinerziehende Eltern, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen profitieren.
- Abschlussbezogene Maßnahmen für Frauen und Männer, die den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.
- Die Angebote abschlussbezogener Qualifizierung für un- und angelernte Beschäftigte werden weiterentwickelt, um ihre Arbeitsmarktposition zu verbessern, ihre Aufwärtsmobilität zu erhöhen und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.
- Für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose werden Maßnahmen fortentwickelt und angeboten, die zwar sozialintegrativ ausgerichtet sind, dabei aber auf Erwerbsorientierung als weiteren Schritt der Entwicklung zielen.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose verzahnt arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen sofern möglich mit bestehenden Bedarfen sozial benachteiligter Stadtteile.
- Im Sinne einer Mittelkonzentration werden die vielfältige Beratungslandschaft übersichtlicher gestaltet und Mehrfachstrukturen vermieden.
- Der gleichberechtigte Zugang von Menschen mit Behinderungen, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Abbau regionaler/lokaler Unterschiede sind Querschnittsziele des BAP.

Auftragsgrundlage

AFBG - Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Deputationsvorlagen zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm, Operationelles Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Lande Bremen; Gesetzliche Grundlagen zur Förderung Schwerbehinderter Menschen (Ausgleichsabgabe)

Zuzuordnende Kapitel

0300; 0301; 0305; 0306; 0308

Land

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	25.225	17.229	7.308	7.233	7.246	0	0	0
Investive Einnahmen	57	23	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	21	34	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	25.303	17.286	7.308	7.233	7.246	0	0	0
Personalausgaben	2.287	2.418	2.103	3.575	3.524	1.954	1.937	1.920
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.677	13.619	12.239	14.048	17.068	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	93	41	3	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	812	1.900	0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	17.869	17.978	14.345	17.623	20.592	1.954	1.937	1.920
Saldo	7.434	-692	-7.037	-10.390	-13.346	-1.954	-1.937	-1.920
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	141,60	96,15	50,94	41,04	35,19	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			8.050	8.050	8.050			
investiv			0	0	0			

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	34,0	30,6	33,2	53,9	52,6	51,7	50,9	50,1
Personalbestand	27,8	28,4	23,9	55,3	51,7	48,3	45,7	43,5
=> Netto-Personalbedarf	6,1	2,1	9,3	-1,4	0,9	3,5	5,2	6,6
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,2	0,7	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	37,5	38,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	73,8	69,5	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	47,2	45,8	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	0,5	2,4	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

yg M., dir.Ausbildförd.+Berat. = Junge Menschen, deren Ausbildung direkt gefördert wird und deren Ausbildung durch Beratung unterstützt wird

an/ungel.Besch.abschl.Qali. = An- und ungelernete Beschäftigte in abschlussbezogenen Qualifizierungsmaßnahmen

SGBII-Bezieh.abschl.Quali+Stabilförd. = SGBII-Beziehende in abschlussbezogenen Qualifizierungsmaßnahmen und Stabilisierungs- und Förderungsmaßnahmen

d.Migr = davon Menschen mit Migrationshintergrund

d. Frau = davon Frauen

Produktgruppe: 31.01.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogr.

Verantwortlich: Jansen

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Durchführung der regionalen aktiven Arbeitsmarktförderung mit dem Ziel der Armutsprävention und -bekämpfung. Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit sollen mittel- bzw. kurzfristig beendet werden.

Strategische Ziele

- Das BAP zielt konsequent auf Armutsbekämpfung durch Integration in existenzsichernde Arbeit.
- Allen Jugendlichen und junge Erwachsene sollen Zugänge zu Ausbildung und Arbeit ermöglicht werden und dafür insbesondere die Übergänge aus dem allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Bildung so organisiert werden, dass überflüssige Warteschleifen im Übergangssystem vermieden werden. Gemäß Senatsbeschluss vom 17. Dezember 2013 sind dabei der Aufbau von Jugendberufsagenturen in Bremen und Bremerhaven und eine Ausbildungsgarantie die Schwerpunkte.
- Von der künftigen Arbeitsmarktförderung des Landes sollen insbesondere Arbeitslose (v.a. SGB II), alleinerziehende Eltern, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen profitieren.
- Abschlussbezogene Maßnahmen für Frauen und Männer, die den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.
- Die Angebote abschlussbezogener Qualifizierung für un- und angelernte Beschäftigte werden weiterentwickelt, um ihre Arbeitsmarktposition zu verbessern, ihre Aufwärtsmobilität zu erhöhen und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.
- Für besonders arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose werden Maßnahmen fortentwickelt und angeboten, die zwar sozialintegrativ ausgerichtet sind, dabei aber auf Erwerbsorientierung als weiteren Schritt der Entwicklung zielen.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose verzahnt arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen sofern möglich mit bestehenden Bedarfen sozial benachteiligter Stadtteile.
- Im Sinne einer Mittelkonzentration werden die vielfältige Beratungslandschaft übersichtlicher gestaltet und Mehrfachstrukturen vermieden.

Auftragsgrundlage

AFBG - Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, Deputationsvorlagen zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm, Operationelles Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Lande Bremen; Gesetzliche Grundlagen zur Förderung Schwerbehinderter Menschen (Ausgleichsabgabe)

Zuzuordnende Kapitel

0300; 0301; 0305; 0308

Land

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	24.472	15.756	7.308	7.233	7.246	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	24.472	15.756	7.308	7.233	7.246	0	0	0
Personalausgaben	308	320	0	3.575	3.524	8	9	9
Sonst. konsumtive Ausgaben	12.381	12.986	11.922	14.042	17.062	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	2.667	2.121	0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	15.356	15.427	11.922	17.617	20.586	8	9	9
Saldo	9.116	329	-4.614	-10.384	-13.340	-8	-9	-9
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	159,36	102,13	61,30	41,06	35,20	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			8.050	8.050	8.050			
investiv			0	0	0			

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	53,9	52,6	51,7	50,9	50,1
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	55,3	51,7	48,3	45,7	43,5
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	-1,4	0,9	3,5	5,2	6,6
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die Leistungsdaten werden im Produktbereich 31.01 abgebildet.

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP), das die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten des Landes Bremen umfasst, werden Programme der Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung, Existenzgründungen sowie Förderungen von beschäftigungsrelevanten betrieblichen Innovationen umgesetzt. Außerdem werden die sich aus Bundesgesetz ergebenden gesetzlichen Anspruchsleistungen der Aufstiegsfortbildungsförderung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz AFBG) erbracht.

Über das BAP wird sowohl ein Beitrag zur Vermeidung der Entstehung von Arbeitslosigkeit geleistet als auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt gefördert. Ohne die Förderprogramme des BAP zur positiven Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials könnten die arbeitsmarktpolitischen und damit auch die struktur-, sozialpolitischen und fiskalischen Interessen des Landes nicht oder nicht in ausreichendem Maße verfolgt werden. Arbeitsmarktpolitik stellt dabei nicht zuletzt eine unabdingbare Ergänzung von Wirtschafts- und Innovationsförderung dar. Neben der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit und deren negativen sozialen Folgen sowie der Verbesserung der Ausbildungsstellenmarktsituation ist die Zielsetzung des BAP daher auch die qualifikatorische Flankierung des Strukturwandels. Einem künftigen Fachkräftemangel wird entgegengewirkt. Die Beschäftigungsfähigkeit wird zur Sicherung vorhandener Beschäftigung erhalten bzw. verbessert und zur Schaffung neuer Beschäftigung im Sinne einer nachhaltigen Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt hergestellt. Durch aktive Arbeitsmarktpolitik werden positive fiskalische Wirkungen erzielt (Steueraufkommen, Senkung der Kosten für kommunale Aufgaben i. R. des SGB II und XII).

Der Einsatz von Landesmitteln wird auf ein notwendiges Minimum begrenzt. Vorrangig werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft Drittmittel einzusetzen. Erst durch den Einsatz von Landesmitteln können die Strukturfondsmittel der EU gebunden werden, die Bremen aufgrund seiner struktur- und arbeitsmarktpolitischen Situation zur Verfügung gestellt werden. Für die Ausgestaltung und Durchführung des BAP ist bereits ein ausgeprägtes Finanz- und Fachcontrolling maßgebend, bei dem Kennzahlen zur Messung und Steuerung von Wirtschaftlichkeit eine zentrale Bedeutung einnehmen.

Produktgruppe: 31.01.02 Arbeitsförderung im Land Bremen

Verantwortlich: NN

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Produktgruppe 31.01.02 wird Ende 2015 aufgelöst und die Daten in die Produktgruppe 31.01.01 integriert.

Strategische Ziele

Die Produktgruppe 31.01.02 wird Ende 2015 aufgelöst und die Daten in die Produktgruppe 31.01.01 integriert.

Auftragsgrundlage

Zuzuordnende Kapitel

0306

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	34,0	30,6	33,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	27,8	28,4	23,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	6,1	2,1	9,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	0,2	0,7	22,5					
Beschäftigte über 55 Jahre	37,5	38,5	17,5					
Frauenquote	73,8	69,5	50,0					
Teilzeitquote	47,2	45,8	35,0					
Schwerbehindertenquote	0,5	2,4	6,0					
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Die Produktgruppe 31.01.02 wird Ende 2015 aufgelöst und die Daten in die Produktgruppe 31.01.01 integriert.

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die Produktgruppe 31.01.02 wird Ende 2015 aufgelöst und die Daten in die Produktgruppe 31.01.01 integriert.

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Die Produktgruppe 31.01.02 wird Ende 2015 aufgelöst und die Daten in die Produktgruppe 31.01.01 integriert.

Produktbereich: 31.02 Soziale Sicherheit

Verantwortlich: Jansen

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Durchführung der Aufgaben des sozialen Entschädigungsrechts, Sicherung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen-in Arbeit,-Beruf und Gesellschaft, des Lastenausgleichs und der Wiedergutmachung.

Strategische Ziele

- Konzentration der Aufgaben im Amt für Versorgung und Integration Bremen und deren Weiterentwicklung
- Vorbereitung des Abschlusses des Lastenausgleichs (verstärkte Archivierung)
- Fortführung der Aktivitäten des Landes im Bereich "Wiedergutmachung"

Auftragsgrundlage

Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit den Nebengesetzen, die das BVG für anwendbar erklären (insbesondere Opferentschädigungsgesetz - OEG -, Zivildienstgesetz - ZDG -, Infektionsschutzgesetz - IfSG -, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz - SED-UnBerG -, Haftlingsgesetz - HHG -), soziales Entschädigungsrecht - SER -, SGB IX
Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Richtlinien zu Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes, lastenausgleichrechtliche Gesetze

Zuzuordnende Kapitel

0301; 0304; 0307; 0331; 3307

Land und Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	10.533	11.382	9.608	9.783	10.045	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	10.533	11.382	9.608	9.783	10.045	0	0	0
Personalausgaben	4.120	4.131	4.116	4.268	4.288	4.171	4.134	4.097
Sonst. konsumtive Ausgaben	15.561	17.306	13.237	13.481	13.911	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.119	1.676	1.538	1.549	1.549	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	330	217	6	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	21.130	23.330	18.897	19.298	19.748	4.171	4.134	4.097
Saldo	-10.597	-11.948	-9.289	-9.515	-9.703	-4.171	-4.134	-4.097
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	49,85	48,79	50,84	50,69	50,87	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			0	128	0			
investiv			0	0	0			

Land und Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	88,1	84,3	117,2	82,9	81,6	80,3	79,0	77,7
Personalbestand	82,2	82,3	102,5	80,1	79,4	76,6	74,9	72,0
=> Netto-Personalbedarf	5,9	2,0	14,7	2,8	2,2	3,7	4,1	5,7
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	7,4	11,1	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	23,6	20,4	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	72,7	73,4	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	36,3	38,7	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	22,5	21,5	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

KOV = Kriegsopferversorgung
NG = Nebengesetze (z.B. Soldatenversorgungsgesetz, Opferentschädigungsrecht, Häftlingshilfegesetz)

Produktgruppe: 31.02.01 Amt für Versorgung und Integration

Verantwortlich: Geduldig

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Erbringung von Leistungen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER) im Rahmen der Kriegsoferversorgung (KOV), Opferentschädigung und anderer Nebengesetze (u. A. Renten, Heilbehandlung) und der Kriegsopferversorgung (KOF), Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung, Feststellung des Grades der Behinderung, des Vorliegens von Voraussetzungen für Nachteilsausgleiche sowie Verfahren der Ausweiserteilung nach dem Schwerbehindertenrecht - SGB IX; Aufgaben des Integrationsamtes, wie begleitende Hilfen im Arbeitsleben, Kündigungsschutz, Strukturverantwortung für die Integrationsfachdienste, Arbeitsmarktprogramme für schwerbehinderte Menschen, Integrationsunternehmen, Erstattung von Fahrgeldausfällen im Nahverkehr.

Strategische Ziele

Erbringung von Leistungen der Versorgung einschl. Kriegsopferversorgung an Beschädigte und Hinterbliebene, um die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer erlittenen Schädigung oder des Verlustes des Ernährers angemessen auszugleichen oder zu mildern. Entwicklung des Sozialen Entschädigungsrechts hin zu einem modernen Recht für Opfer von Gewalttaten durch neue Einrichtungen wie Traumaambulanzen. Förderung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft, Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen durch Erbringen von persönlichen Hilfen und finanziellen Leistungen aus der Ausgleichsabgabe, Ausgleichen der Einnahmeausfälle durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr.

Auftragsgrundlage

Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit den Nebengesetzen, die das BVG für anwendbar erklären (insbesondere Opferentschädigungsgesetz, Zivildienstgesetz, Infektionsschutzgesetz, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Häftlingshilfegesetz), SGB IX

Zuzuordnende Kapitel

0304; 0307; 0331; 3307

Land und Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

Bei den städtischen Aufgaben handelt es sich um:

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

staatliche Auftragsangelegenheiten

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	10.533	11.382	9.608	9.783	10.045	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	10.533	11.382	9.608	9.783	10.045	0	0	0
Personalausgaben	4.120	4.131	4.116	4.268	4.288	4.171	4.134	4.097
Sonst. konsumtive Ausgaben	14.052	16.047	11.864	12.290	12.785	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.119	1.676	1.538	1.549	1.549	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	330	217	6	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	19.621	22.071	17.524	18.107	18.622	4.171	4.134	4.097
Saldo	-9.088	-10.689	-7.916	-8.324	-8.577	-4.171	-4.134	-4.097
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	53,68	51,57	54,83	54,03	53,94	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			0	128	0			
investiv			0	0	0			

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	88,1	84,3	84,0	82,9	81,6	80,3	79,0	77,7
Personalbestand	82,2	82,3	75,1	79,6	78,9	76,1	74,4	71,5
=> Netto-Personalbedarf	5,9	2,0	8,9	3,3	2,7	4,2	4,6	6,2
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	7,4	11,1	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	23,6	20,4	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	72,7	73,4	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	36,3	38,7	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	22,5	21,5	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Der Ressourceneinsatz dient zum großen Teil der Ausführung von Bundesgesetzen mit Leistungen aus dem Bundeshaushalt. Das Ausgabevolumen bei den Leistungen nach den Nebengesetzen ist abhängig von der Zahl der Anträge und der Schadenshöhe. Daher ist der Mittelbedarf nur bedingt schätzbar. Die Ressourcen dienen auch zur Erledigung der Streitverfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz und zur Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche aus übergegangenem Recht.

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die Leistungsdaten werden im Produktbereich 31.02 dargestellt.

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land			Stadtgemeinde		
	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)						
Konsumtive Einnahmen	9.516	9.702	9.972	93	82	73
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	9.516	9.702	9.972	93	82	73
Personalausgaben	4.116	4.268	4.288	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	11.751	12.189	12.696	113	101	89
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	1.538	1.549	1.549	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	6	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	17.411	18.006	18.533	113	101	89
Saldo	-7.895	-8.304	-8.561	-20	-19	-16
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2016	Anschlag 2017		Anschlag 2016	Anschlag 2017
Personal konsumtiv		0	0		0	0
investiv		128	0		0	0
		0	0		0	0
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Beschäftigungszielzahl	84,0	82,9	81,6	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	75,1	79,6	78,9	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	8,9	3,3	2,7	0,0	0,0	0,0

	Land			Stadtgemeinde		
	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
C. Leistungskennzahlen						
Wirkungen						
Leistungen						
Qualität						

D. Erläuterungen zu 4. A - C

Die Leistungsdaten werden im Produktbereich 31.02 dargestellt.

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Das Amt für Versorgung und Integration Bremen (AVIB) inkl. Integrationsamt und Hauptfürsorgestelle tätigt nur Ausgaben zur Erfüllung bundesgesetzlicher Aufgaben. Das Soziale Entschädigungsrecht (SER) sowie das SGB IX sehen überwiegend Pflichtaufgaben vor, die nicht zu beeinflussen sind. Insbesondere die Leistungen im OEG sind nicht planbar, weder in der Anzahl der Fälle, noch in der Höhe der Ausgaben je Fall, da die Leistungen je Fall stark variieren können. Steuerungsmöglichkeiten gibt es nur beim Integrationsamt. Bei dessen Leistungen handelt es sich überwiegend um Pflichtausgaben, aber auch um Leistungen, die im Ermessen des Amtes und nach Vorgaben der Fachaufsicht ausgeübt werden. Diese Leistungen werden aus den zweckgebundenen Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe erbracht. Die Einnahme aus Wertmarken sowie der Erstattungsanteil des Bundes beim OEG ist in der Höhe nicht zu beeinflussen.

Zu den gesetzlich verpflichteten Ausgaben des AVIB gehören die Leistungen nach dem SER, hierzu gehört das Bundesversorgungsgesetz und weitere Gesetze, wie das Opferentschädigungsgesetz, Infektionsschutzgesetz; Beweiserhebungskosten für das SER sowie das Feststellungsverfahren nach dem SGB IX.

Zu den gesetzlich verpflichteten Ausgaben des Integrationsamtes gehören die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben, hierzu gehört die behindertengerechte Schaffung und Einrichtung von Arbeitsplätzen, Leistungen an Arbeitgeber bei außergewöhnlicher Belastung, Unterstützte Beschäftigung Beauftragung des Integrationsfachdienstes, Zuführungen an den Ausgleichsfonds des Bundes.

Zu den gesetzlich nicht verpflichteten Ausgaben gehören Leistungen für Integrationsprojekte, Leistungen für Einrichtungsförderung, Schaffung von Modell- und Forschungsvorhaben sowie die Beteiligung an Arbeitsmarktprogrammen.

Produktgruppe: 31.02.03 Lastenausgleich, Wiedergutmachung

Verantwortlich: Ötting

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Wiedergutmachung: Fachaufsicht über das Niedersächsische Landesamt für Besoldung und Versorgung (NLBV) zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes für Verfolgte des NS-Regimes (BEG). Vergabe von Leistungen nach der Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Lastenausgleich: Durchführung der lastenausgleichsrechtlichen Gesetze.

Strategische Ziele

Zahlungen der Leistungen an die Entschädigungsberechtigten des BEG hinsichtlich ihrer Ansprüche wie Rentenbezug, Heilverfahren u. a.;

Entscheidungen über Anträge nach der Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes.

Fachaufsicht über das NLBV bezüglich der Betreuung der Entschädigungsberechtigten des BEG

Betreuung der Lastenausgleichsberechtigten hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Abgeltung von Schäden und Verlusten. Rückforderung von Lastenausgleichsleistungen für Wirtschaftsgüter nach deren Rückgabe oder Entschädigung im Zuge der deutschen Einigung. Archivierung und Vorbereitung der teilweisen Aktenabgabe an das Bundesausgleichsamt.

Auftragsgrundlage

Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Richtlinien zur Bremer Härteregelung für vergessene Opfer des NS-Regimes. Lastenausgleichsrechtliche Gesetze.

Zuzuordnende Kapitel

0301

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die Leistungsdaten werden im Produktbereich 31.02 abgebildet.

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Die Ausgaben nach bundesgesetzlichen Vorgaben betreffen Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und dem Lastenausgleichsgesetz (LAG). Es handelt sich um eigene Leistungen (BEG) sowie um die Zuschüsse, die vom Land Bremen an den Bund zu leisten sind (BEG und LAG). Die Ausgaben aufgrund sonstiger Bindungen (Wiedergutmachung von NS-Unrecht, Kosten für den Besuch ehemaliger jüdischer Mitbürger und sonstiger Verfolgter sowie Leistungen an Verfolgte nach der Bremer Härteregelung) resultieren, soweit sie die Härteregelung betreffen, aus dem Senatsbeschluss vom 20.08.1988.

81.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur

- 81.01.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur (S)
- 81.01.02 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur (L)
- 81.01.03 Luftverkehrsbehörde
- 81.01.04 Hafenbehörde

81.99 Eigengesellsch., Sonderverm., Stift.+AöR

- 81.99.01 Sondervermögen Häfen (S)
- 81.99.02 Sondervermögen Fischereihafen (L)
- 81.99.10 bremenports GmbH & Co KG
- 81.99.11 bremenports Beteiligungs-GmbH
- 81.99.12 BLG LOGISTIC GROUP AG & Co. KG
- 81.99.13 Bremer Lagerhaus Gesell. AG v.1877 (BLG)
- 81.99.14 FlughafenBremen GmbH
- 81.99.15 Fähren Bremen-Stedingen GmbH

Produktplan: 81 Häfen

Verantwortlich: Senator Günthner

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Langfristiges Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist es, dass die Freie Hansestadt Bremen über eine Finanzkraft verfügt, die ausreicht, einer sich entfaltenden Wirtschaft günstige Rahmenbedingungen zu bieten und für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu sorgen.

Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in nachhaltiger Weise.

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.

Strategische Ziele

Erfüllung des staatlichen Auftrags, einen reibungslosen Hafenbetrieb zu gewährleisten.

Neubau und Modernisierung von Anlagen mit dem Ziel, den weltweiten Güterverkehr zu sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution marktorientiert anzubieten.

Der Strukturwandel so effektiv zu gestalten, dass sich das Land als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt.

Auftragsgrundlage

Geschäftsverteilung im Senat: "Planung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen".
Hafenordnung, Hafengebührenordnung u.a.

Zuzuordnende Kapitel

0701; 0800; 0801; 3801; 3854

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	96,1	112,4	102,4	90,6	88,2	86,0	83,7	81,5
Personalbestand	111,1	113,6	102,1	105,5	100,7	96,8	91,7	86,3
=> Netto-Personalbedarf	-15,0	-1,2	0,3	-14,9	-12,5	-10,8	-8,0	-4,8
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	6,6	9,4	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	33,2	34,4	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	21,8	21,9	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	14,5	15,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	9,9	8,9	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen Hafenumschlag in Bremen in 1.000 [TO] Hafenumschlag in Bremerhaven in 1.000 [TO] Containerumschlag in Brhv in 1000 T.E.U [ST]				11.000 71.000 6.250,000	11.000 71.500 6.450,000	11.000 71.500 6.450,000	11.000 71.500 6.450,000	11.000 71.500 6.450,000
Leistungen Einnahmen aus Raumgebühren [TEU]				32.000,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00	33.000,00
Qualität								

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Produktbereich: 81.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur

Verantwortlich: Siering

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.

Strategische Ziele

Hafeninfrastruktur an veränderte Nutzungsanforderungen und hinsichtlich Flächenoptimierungen und Produktivitätssteigerung anpassen.
Hafen- und Logistikwirtschaft bei den Themen Prozessoptimierungen beim Umschlag, innovative Logistikdienstleistungen und Sicherheit unterstützen.
Hafennahe und wertschöpfungsstarke Ansiedlungspotenziale identifizieren und durch Ansiedlungsstrategien befördern / gewerbliche Wirtschaft und Hafenwirtschaft verzahnen.
Profil Bremens als bedeutender Reederei- und Schifffahrtsstandort schärfen.
Verbesserung der Hinterlandanbindungen.
Harmonisierung der Anforderungen der europäischen Flora-Fauna-Habitat-, der Wasserrahmenrichtlinie, der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und der Interessen der Hafenwirtschaft und des Schiffsverkehrs.
Die langfristigen Perspektiven werden im Rahmen des "Strukturkonzepts Land Bremen 2015" definiert und weitergeführt. (Senatsbeschluss vom 15.07.2008)

Auftragsgrundlage

Geschäftsverteilung im Senat: "Planung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen".
Hafenordnung, Hafengebührenordnung u.a.

Zuzuordnende Kapitel

0701; 0800; 0801; 3801; 3854

Land und Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	96,1	112,4	102,4	90,6	88,2	86,0	83,7	81,5
Personalbestand	111,1	113,6	102,1	105,5	100,7	96,8	91,7	86,3
=> Netto-Personalbedarf	-15,0	-1,2	0,3	-14,9	-12,5	-10,8	-8,0	-4,8
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	6,6	9,4	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre	33,2	34,4	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote	21,8	21,9	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote	14,5	15,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote	9,9	8,9	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die neue Struktur des Produktgruppenhaushalts sieht u.a. eine deutliche Ausweitung der Kennzahlen vor. Allerdings sind mit der Politik zusammen für den Häfenhaushalt die Kennzahlen #Hafenumschlag# (getrennt nach Bremen und Bremerhaven), #Containerumschlag in Brhv.# sowie die #Einnahmen aus Raumgebühren# entwickelt worden. Aussagen zu einzelnen Hafenaerialen waren und sind nicht aussagekräftig, da einige Schiffe mal im Überseehafen (Stadtbremisch), dann wieder im Fischereihafen (Landeshafen) oder sogar bei einem Anlauf in beiden Bereichen festmachen. Somit sind die Kennzahlen nur im Produktplan abzubilden.

Produktgruppe: 81.01.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur (S)

Verantwortlich: Peters

Land und Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.

Strategische Ziele

Erfüllung des staatlichen Auftrags, entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den reibungslosen Hafenbetrieb sicherzustellen (s.o.).

Wirtschaftlichen Einsatz von Ressourcen. Ressourcen unter Beachtung späterer betrieblicher Aufwendungen so einsetzen, dass mit einem Minimum an Mitteleinsatz die optimale Wirkung erzielt wird (u.a. durch Schadstoffminimierungen sowie Reduzierung der Baggermengen). Steigerung der Umschlagsmengen zur Erzielung höherer Einnahmen (Hafengebühren, Steuern usw.).

Administrative Ziele (Kundenorientierung): Durch moderne Anlagen dem weltweiten Güterverkehr sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution anbieten.

Mitarbeitergerechte Ziele (Mitarbeiterorientierung): Moderne sichere Anlagen / Arbeitsplatzsicherung.

Auftragsgrundlage

Geschäftsverteilung im Senat: "Planung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen".
Hafenordnung, Hafengebührenordnung u.a.

Zuzuordnende Kapitel

0701; 0801; 3801

Land und Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

Bei den städtischen Aufgaben handelt es sich um:

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

staatliche Auftragsangelegenheiten

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	0	10.217	1.500	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	7.100	0	0	11.000	32.700	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	63.365	32.582	31.119	43.753	38.254	0	0	0
Gesamteinnahmen	70.465	42.799	32.619	54.753	70.954	0	0	0
Personalausgaben	0	0	9	35	36	9	9	9
Sonst. konsumtive Ausgaben	25.354	25.746	25.603	22.128	22.578	0	0	0
Zinsausgaben	26.742	25.807	25.218	21.456	20.823	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	68.726	44.174	48.286	43.189	32.357	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	7.102	775	775	11.941	33.641	0	0	0
Gesamtausgaben	127.924	96.502	99.891	98.749	109.435	9	9	9
Saldo	-57.459	-53.703	-67.272	-43.996	-38.481	-9	-9	-9
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	55,08	44,35	32,65	55,45	64,84	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			0	0	0			
investiv			15.000	5.000	15.000			

Land und Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	19,4	35,0	31,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	29,4	32,9	26,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	-10,0	2,1	4,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	8,1	7,2	22,5					
Beschäftigte über 55 Jahre	21,4	23,1	17,5					
Frauenquote	47,4	45,4	50,0					
Teilzeitquote	35,3	37,1	35,0					
Schwerbehindertenquote	10,1	7,0	6,0					
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land und Stadtgemeinde

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die neue Struktur des Produktgruppenhaushalts sieht u.a. eine deutliche Ausweitung der Kennzahlen vor. Allerdings sind mit der Politik zusammen für den Häfenhaushalt die Kennzahlen #Hafenumschlag# (getrennt nach Bremen und Bremerhaven), #Containerumschlag in Brhv# sowie die #Einnahmen aus Raumgebühren# entwickelt worden. Aussagen zu einzelnen Hafengebieten waren und sind nicht aussagekräftig, da einige Schiffe mal im Überseehafen (Stadtbremisch), dann wieder im Fischereihafen (Landeshafen) oder sogar bei einem Anlauf in beiden Bereichen festmachen. Somit sind die Kennzahlen nur im Produktplan abzubilden.

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

	Land			Stadtgemeinde		
	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017
A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)						
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	1.500	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	11.000	32.700
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	31.119	43.753	38.254
Gesamteinnahmen	0	0	0	32.619	54.753	70.954
Personalausgaben	9	0	0	0	35	36
Sonst. konsumtive Ausgaben	0	0	0	25.603	22.128	22.578
Zinsausgaben	0	0	0	25.218	21.456	20.823
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	48.286	43.189	32.357
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	775	11.941	33.641
Gesamtausgaben	9	0	0	99.882	98.749	109.435
Saldo	-9	0	0	-67.263	-43.996	-38.481
Verpflichtungsermächtigungen		Anschlag 2016	Anschlag 2017		Anschlag 2016	Anschlag 2017
Personal konsumtiv		0	0		0	0
investiv		0	0		5.000	15.000
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Beschäftigungszielzahl	31,1	29,9	29,9	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	26,8	31,4	31,4	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	4,3	-1,5	-1,5	0,0	0,0	0,0

	Land			Stadtgemeinde		
	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
C. Leistungskennzahlen						
Wirkungen						
Leistungen						
Qualität						
D. Erläuterungen zu 4. A - C						

Produktgruppe: 81.01.02 Hafenwirtschaft / Hafeninfrastruktur (L)

Verantwortlich: Peters

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen. Auf Bundesebene einsetzen für eine nachhaltige Hinterlandanbindung der bremischen Häfen.

Strategische Ziele

Erfüllung des staatlichen Auftrags, entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den reibungslosen Hafenbetrieb sicherzustellen (s.o.).
Wirtschaftlichen Einsatz von Ressourcen. Ressourcen unter Beachtung späterer betrieblicher Aufwendungen so einsetzen, dass mit einem Minimum an Mitteleinsatz die optimale Wirkung erzielt wird (u.a. durch Schadstoffminimierungen sowie Reduzierung der Baggermengen). Steigerung der Umschlagsmengen zur Erzielung höherer Einnahmen (Hafengebühren, Steuern usw.).
Administrative Ziele (Kundenorientierung): Durch moderne Anlagen dem weltweiten Güterverkehr sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution anbieten.
Mitarbeitergerechte Ziele (Mitarbeiterorientierung): Moderne sichere Anlagen / Arbeitsplatzsicherung.

Auftragsgrundlage

Geschäftsverteilung im Senat: "Planung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen".
Hafenordnung, Hafengebührenordnung u.a.

Zuzuordnende Kapitel

0800; 0801

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	76,7	77,4	71,4	14,1	13,7	13,4	13,0	12,7
Personalbestand	81,7	80,7	75,3	21,4	21,2	20,9	20,7	20,4
=> Netto-Personalbedarf	-5,0	-3,3	-3,9	-7,3	-7,5	-7,6	-7,7	-7,8
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre	6,0	10,7	22,5					
Beschäftigte über 55 Jahre	38,8	40,8	17,5					
Frauenquote	9,5	8,3	50,0					
Teilzeitquote	4,5	2,4	35,0					
Schwerbehindertenquote	9,9	9,9	6,0					
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Die neue Struktur des Produktgruppenhaushalts sieht u.a. eine deutliche Ausweitung der Kennzahlen vor. Allerdings sind mit der Politik zusammen für den Häfenhaushalt die Kennzahlen #Hafenumschlag# (getrennt nach Bremen und Bremerhaven), #Containerumschlag in Brhv# sowie die #Einnahmen aus Raumgebühren# entwickelt worden. Aussagen zu einzelnen Hafenableichen waren und sind nicht aussagekräftig, da einige Schiffe mal im Überseehafen (Stadtbremisch), dann wieder im Fischereihafen (Landeshafen) oder sogar bei einem Anlauf in beiden Bereichen festmachen. Somit sind die Kennzahlen nur im Produktplan abzubilden

Produktgruppe: 81.01.03 Luftverkehrsbehörde

Verantwortlich: Peters

Land

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Luftfahrtbehörde
Luftsicherheitsbehörde
Vollzug Fluglärngesetz

Strategische Ziele

Sicherstellung einer effektiven Luftverkehrsverwaltung im Lande Bremen

Auftragsgrundlage

Bundesgesetzliche Regelungen für den Luftverkehr

Zuzuordnende Kapitel

0800; 0801

Land

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	6,3	6,1	6,0	5,8	5,7
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	1,0	0,8	0,7	0,5	0,4
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Land

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Sicherstellung einer effektiven Luftverkehrsverwaltung im Lande Bremen.
Luftverkehrsbehörde
Luftsicherheitsbehörde
Vollzug Lärmschutzgesetz

Produktgruppe: 81.01.04 Hafenbehörde

Verantwortlich: Mai

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Erfüllung der hoheitlichen Aufgabenstellungen u.a. im Bereich der Hafengebörden Bremerhaven und Bremen, der Hafensicherheit, der Gefahrenabwehr, der Schleusen und Seemannsämler im 24-Stunden Schichtdienst sowie Sicherstellung eines reibungslosen Hafensbetriebs.

Strategische Ziele

Erfüllung des staatlichen Auftrags entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auftragsgrundlage

Bremisches Hafensbetriebsgesetz, Bremische Hafensordnung, Bremische Hafengebietsverordnung u.a

Zuzuordnende Kapitel

3854

Stadtgemeinde

2. Ressourceneinsatz

Bei den städtischen Aufgaben handelt es sich um:

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben

pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

staatliche Auftragsangelegenheiten

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Ist 2013	Ist 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Konsumtive Einnahmen	891	853	751	665	656	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	891	853	751	665	656	0	0	0
Personalausgaben	5.197	5.191	4.475	4.684	4.665	4.614	4.563	4.512
Sonst. konsumtive Ausgaben	479	445	492	503	510	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	2	3	50	50	50	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	19	19	19	19	19	0	0	0
Gesamtausgaben	5.697	5.658	5.036	5.256	5.244	4.614	4.563	4.512
Saldo	-4.806	-4.805	-4.285	-4.591	-4.588	-4.614	-4.563	-4.512
Deckungsgrad (lfd. Rechnung) in %	15,64	15,08	14,91	12,65	12,51	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen			Anschlag 2015	Anschlag 2016	Anschlag 2017			
Personal			0	0	0			
konsumtiv			0	0	0			
investiv			0	0	0			

Stadtgemeinde

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	78,1	73,5	69,8	65,1	60,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	-78,1	-73,5	-69,8	-65,1	-60,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre				22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Beschäftigte über 55 Jahre				17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Frauenquote				50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilzeitquote				35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schwerbehindertenquote				6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

Stadtgemeinde

3. Leistungsangaben

A. Kennzahlen zur Messung der Erreichung der strategischen Ziele	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Wirkungen								
Leistungen								
Qualität								
Schleusenverfügbarkeit in % Hafenkontrollen	[%] [ST]			99,00 1.000,000	99,00 1.000,000	99,00 1.000,000	99,00 1.000,000	99,00 1.000,000

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des reibungslosen Hafenbetriebs in Bremen und Bremerhaven incl. Planung, und Neubau von Hafenanlagen in den Fachbereichen Wasserbau, Straßen- und Tiefbau, Elektro- und Maschinenbau, Eisenbahnbau, Hochbau, Substanzerhaltung und Baggerungen.
Zusammenfassung der dem Produktplan zugewiesenen Eigengesellschaften und Sondervermögen

Strategische Ziele

- Hafeninfrastruktur an veränderte Nutzungsanforderungen und hinsichtlich Flächenoptimierungen und Produktivitätssteigerung anpassen
 - Hafen- und Logistikwirtschaft bei den Themen Prozessoptimierungen beim Umschlag, innovative Logistikdienstleistungen und Sicherheit unterstützen
 - Hafennahe und wertschöpfungsstarke Ansiedlungspotenziale identifizieren und durch Ansiedlungsstrategien befördern / gewerbliche Wirtschaft und Hafenwirtschaft verzahnen
 - Profil Bremens als bedeutender Reederei- und Schifffahrtsstandort schärfen
 - Verbesserung der Hinterlandanbindungen
 - Harmonisierung der Anforderungen der europäischen Flora-Fauna-Habitat- und der Wasserrahmenrichtlinie und der Interessen der Hafenwirtschaft und des Schiffsverkehrs durch den "Integrierten Bewirtschaftungsplan Weser"
- Verantwortungsvoller Umgang mit bremischen Anlagevermögen und Haushaltsmitteln

Auftragsgrundlage

Geschäftsverteilung im Senat "Planung, Bau und Unterhaltung von Hafenanlagen".
Hafenordnung
Hafengebührenordnung u.a.

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Produktgruppe: 81.99.01 Sondervermögen Häfen (S)

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Das im Eigentum Bremens stehenden Sondervermögen Hafen dient dem Zweck, die Hafeninfrastuktur der Freien Hansestadt Bremen in Bremen und Bremerhaven nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu sichern.

Strategische Ziele

Management, Buchführung und Bilanzierung des sonstigen Sondervermögen Hafen im Bereich der bremischen Häfen
Betrieb, Bewirtschaftung und Unterhaltung der bremischen Hafeninfrastuktur einschließlich aller Hafenbauwerke und technische Anlagen
Management und Vermarktung der zugeordneten Immobilien
Werbung und Marketing für die bremischen Häfen

Auftragsgrundlage

Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Hafen (zuletzt geändert am 19.03.2013)

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Produktgruppe: 81.99.02 Sondervermögen Fischereihafen (L)

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Das im Eigentum Bremens stehende Sondervermögen Fischereihafen dient dem Zweck, die Hafeninfrastuktur der Freien Hansestadt Bremen in Bremerhaven nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu sichern.

Strategische Ziele

Management, Buchführung und Bilanzierung des sonstigen Sondervermögen Fischereihafen im Bereich der bremischen Häfen
Betrieb, Bewirtschaftung und Unterhaltung der bremischen Hafeninfrastuktur einschließlich aller Hafengebäude und technische Anlagen
Management und Vermarktung der zugeordneten Immobilien
Werbung und Marketing für die bremischen Häfen

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Fischereihafen (zuletzt geändert am 19.03.2013)

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Das im Eigentum Bremens stehenden Sondervermögen Fischereihafen dient dem Zweck, die Hafeninfrastuktur der Freien Hansestadt Bremen in Bremerhaven nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu sichern.
Management, Buchführung und Bilanzierung des sonstigen Sondervermögen Fischereihafen im Bereich der bremischen Landeshäfen Betrieb, Bewirtschaftung und Unterhaltung der bremischen Hafeninfrastuktur einschließlich aller Hafengebäude und technische Anlagen
Management und Vermarktung der zugeordneten Immobilien
Werbung und Marketing für die bremischen Landeshäfen

Produktgruppe: 81.99.10 bremenports GmbH & Co KG

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die im Eigentum Bremens stehenden Sondervermögen Fischereihafen und Hafen dienen dem Zweck, die Hafeninfrastruktur der Freien Hansestadt Bremen in Bremen und Bremerhaven nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu sichern.

Strategische Ziele

Treuhänderische Verwaltung der Sondervermögen Hafen und Fischereihafen
Management, Buchführung und Bilanzierung der sonstigen Sondervermögen Fischereihafen und Hafen im Bereich der bremischen Häfen
Betrieb, Bewirtschaftung und Unterhaltung der bremischen Hafeninfrastruktur einschließlich aller Hafenanlagen und technische Anlagen
Management und Vermarktung der zugeordneten Immobilien
Werbung und Marketing für die bremischen Häfen

Auftragsgrundlage

Gesellschaftsvertrag vom 08.07.2004

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Produktgruppe: 81.99.11 bremenports Beteiligungs-GmbH

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Gesellschaft ist Komplementärin ohne Einlage der bremenports GmbH & Co.KG, Bremerhaven und nimmt die Geschäftsführung der bremenports GmbH und Co.KG wahr. Über diese Funktion hinaus gibt es keine weiteren operativen Geschäftstätigkeiten.

Strategische Ziele

Die Gesellschaft ist Komplementärin ohne Einlage der bremenports GmbH & Co.KG, Bremerhaven und nimmt die Geschäftsführung der bremenports GmbH und Co.KG wahr. Über diese Funktion hinaus gibt es keine weiteren operativen Geschäftstätigkeiten.

Auftragsgrundlage

Gesellschaftsvertrag

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Da keine operativen Geschäfte getätigt werden, sind keine Leistungsangaben vorhanden.

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage

Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Hält die bremischen Beteiligungen im Bereich der Häfen.

Produktgruppe: 81.99.12 BLG LOGISTIC GROUP AG & Co. KG

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die BLG Logistics Group hat sich auf die Geschäftsbereiche Automobil-, Kontrakt- und Containerlogistik spezialisiert und wickelt die hauptsächlichen Umschlagsaktivitäten für diese Bereiche in den bremischen Häfen ab.

Strategische Ziele

Keine unmittelbaren Zuführungen aus dem Haushalt.
Steigerung der Umschlagsaktivitäten.

Auftragsgrundlage

Gesellschaftsvertrag

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage

Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Die BLG Logistics Group hat sich auf die Geschäftsbereiche Automobil-, Kontrakt- und Containerlogistik spezialisiert und wickelt die hauptsächlichen Umschlagsaktivitäten für diese Bereiche in den bremischen Häfen ab.

Produktgruppe: 81.99.13 Bremer Lagerhaus Gesell. AG v.1877 (BLG)

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG) mit Sitz in Bremen bündelt als Dachgesellschaft die Aktivitäten der diversen Tochtergesellschaften in verschiedenen Hafengebieten.

Strategische Ziele

Keine unmittelbaren Zuführungen aus dem Haushalt
Steigerung der Aktivitäten in möglichst allen Bereichen.

Auftragsgrundlage

Gesellschaftsvertrag

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

Für die Kennzahlen siehe Produktgruppe 81.99.12

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

- bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage
- Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG) mit Sitz in Bremen bündelt als Dachgesellschaft die Aktivitäten der diversen Tochtergesellschaften in verschiedenen Hafengebieten.

Produktgruppe: 81.99.14 FlughafenBremen GmbH

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Bereitstellung der Start- und Landebahnen sowie der zugehörigen Infrastruktur für nationale und internationale Fluggesellschaften und deren Passagiere.

Strategische Ziele

Keine unmittelbaren Zuführungen aus dem Haushalt.
Steigerung der Attraktivität für Fluglinien und Passagiere.

Auftragsgrundlage

Gesellschaftsvertrag

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage

Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Bereitstellung der Start- und Landebahnen sowie der zugehörigen Infrastruktur für nationale und internationale Fluggesellschaften und deren Passagiere.

Produktgruppe: 81.99.15 Fährn Bremen-Stedingen GmbH

Verantwortlich: Peters

1. Basisinformationen

Kurzbeschreibung

Verkehrliche Anbindung des niedersächsischen Umlandes an die Stadtteile in Bremen-Nord

Strategische Ziele

Keine unmittelbaren Zuführungen aus dem Haushalt
Betrieb der Fährn "Farge-Berne", "Blumenthal-Motzen" und Vegesack-Lemwerder"

Auftragsgrundlage

Gesellschaftsvertrag

Zuzuordnende Kapitel

B. Personaldaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)								
<small>(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)</small>								
Beschäftigte unter 35 Jahre								
Beschäftigte über 55 Jahre								
Frauenquote								
Teilzeitquote								
Schwerbehindertenquote								
C. Kapazitätsdaten	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

D. Erläuterungen zu 2. A-C

--

B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken	Ist 2013	Ist 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020

C. Erläuterungen zu 3. A+B

--

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und Ausschöpfung von Einnahmequellen

bundesgesetzliche, landesverfassungsrechtliche oder sonstige Auftragsgrundlage

Hiermit wird bestätigt, dass alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglichen Einnahmequellen eingehend geprüft und ausgeschöpft wurden.

Verkehrliche Anbindung des niedersächsischen Umlandes an die Stadtteile in Bremen-Nord durch den Betrieb der Fähren #Farge-Berne#, #Blumenthal-Motzen# und Vegesack-Lemwerder#.